

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 2.00 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingerechnet in die Postgebühren.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-)gedruckte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Januar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Die erste Schlacht im Wahlrechtskampf ist vorbei. Die Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind geschlagen, aber die „Sieger“ werden ihres Sieges nicht froh sein! Schon wackelt es in den Reihen der Wahlrechtsfeinde, das Häuflein derer um Octavio v. Heblitz hält nicht mehr treu zur Fahne, ein Teil von ihnen hat sich bereits zum Prinzip der geheimen Stimmabgabe bekannt, und wenn die Regierung nach Abschluss ihrer statistischen Erhebungen mit ihrer Pluralwahlrechtsvorlage kommt, dann wird sie außer den Nationalliberalen auch die Freikonservativen auf ihrer Seite haben. Die Grundlage des Dreiklassenwahlrechts, des „festesten Bollwerks gegen den Umsturz“, wackelt an allen Ecken und Enden.

Allerdings sind sämtliche Anträge auf Aenderung des Dreiklassenwahlrechts glatt unter den Tisch gefallen! Für seinen Ertrag durch das Reichstagswahlrecht stimmten nur Freisinnige, Sozialdemokraten, Zentrum und Polen, für das von nationalliberaler Seite beantragte Pluralwahlrecht erhoben sich nur die Antragsteller, dagegen fehlten nur wenige Stimmen und das Dreiklassenparlament hätte sich für das direkte Wahlrecht erklärt. 168 Abgeordnete der Rechten stimmten dagegen, 165 der Linken und des Zentrums dafür; lediglich die verhältnismäßig gute Besetzung der Rechten brachte die direkte Wahl zu Fall. Ebenso ging es mit der Einführung der geheimen Stimmabgabe. Jedes Splitterlein hier einige Freikonservative von der jede Reform ablehnenden Mehrheit ab, aber ihre Stimmen wurden aufgewogen durch die gleiche Anzahl von Nationalliberalen, die im Widerspruch zu dem von der Fraktion eingebrachten Antrage für die Beibehaltung der offenen Stimmabgabe votierten. Die andere Wahlrechtsfrage endlich wurde vom Zentrum, das in dieser Frage mit den Konservativen zusammenging, verworfen.

Hätten sich alle Gegner des Dreiklassenwahlrechts auf einen bestimmten Antrag zu vereinigen vermocht, dann wäre bei vollständiger Besetzung des Hauses das „elendeste aller Wahlsysteme“ mit Mehrheit in den Diskurs verbannt worden. An eine solche Einigung ist natürlich nicht zu denken, so lange das Zentrum zwar für das „gleiche“ Wahlrecht schwärmt, aber eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, die doch die Voraussetzung der Gleichheit bildet, heftigen Widerstand leistet, solange ferner die Nationalliberalen in einem Besitz und Bildung bevorzugenden Pluralwahlrecht das Allheilmittel erblicken, und solange vor allem Freisinn und Zentrum durch ihre Wahlaktive den Konservativen, den verbissenen Gegnern einer jeden Wahlreform, ein Mandat nach dem andern zuschanzen!

„Die Front nach rechts!“ rief Abg. Dr. Wiemer pathetisch aus, nachdem er sich etwa eine halbe Stunde lang in den weitendsten und tödlichsten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie ergangen war. „Die Front nach rechts!“ rief der Bloßfreisinn, als er im Wahlkampf in einer Reihe von Kreisen den Konservativen zum Siege verhalf! Steht der Bloßfreisinn denn wirklich nicht ein, daß es angesichts seiner bisherigen Haltung schwer ist, an den Ernst seines Kampfes für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht zu glauben? Der Bloßfreisinn ist den Konservativen tributpflichtig, er wirft sich ihm trotz des Fußtritts, den ihm erst am Montag wieder der konservative Redner versetzt hat, immer und immer wieder an den Hals. In der Erkenntnis, daß er ohne den Bloß nichts ist, wagt er es nicht, seine Position auszunutzen. Vor die Frage gestellt, ob er seine Zustimmung zur Reichsfinanzreform abhängig machen will von der Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen, antwortet er, daß er eine solche „Erpresserpolitik“, wie er es nannte, nicht mitmachen kann, bewilligt er die neuen Reichsteuern, ohne irgend eine Gegenleistung von der Regierung zu verlangen, und darf dann als artiges Kind weiter im Bloß bleiben. Die Front nach rechts darf der Freisinn erst dann richten, wenn er aus dem Bloß ausgeschaltet und das Zentrum an seine Stelle getreten ist. Bis dahin führt er den Kampf einzig und allein nach links, stößt er diejenigen, auf die er bei der Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in erster Linie angewiesen wäre, von sich ab.

Und genau so wenig Verlaß wie auf den Freisinn ist auf das Zentrum. Unser Genosse Ströbel hat am Montag dieser Jesuitengesellschaft die Maske vom Gesicht gerissen, er hat die Herren entlarvt und sie als das hingestellt, was sie in Wirklichkeit sind: als eine doppelzüngige Gesellschaft, die nur Worte und nichts als Worte übrig hat für das höchste Recht des Volkes, die aber mit dem Augenblick versagt, wo es gilt, den Worten die Tat folgen zu lassen.

Ist so auch dank dem Verrat des Zentrums und dank der taktischen Fehler des Freisinns im Wahlkampf die Wahlrechtsaktion vorläufig resultatlos verlaufen, so ist doch immerhin ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Die Zeiten, in denen sich die angeblichen Wahlrechtsfreunde mit lendenlahmen Phrasen um die Sache herumdrückten konnten, sind vorüber. Ob sie wollen oder nicht, sie müssen Farbe bekennen, die Sozial-

demokratie zwingt sie dazu. Welch ein Unterschied zwischen den Wahlrechtsdebatten vom Januar 1908 und vom Januar 1909! Vor einem Jahre fand niemand im ganzen Hause die richtigen Worte auf die dreiste Provokation des Fürsten Bülow. Ja, es hätte nicht viel gefehlt, und die Freisinnigen hätten ihm sogar noch ihren Dank dafür abgestattet, daß er sich huldvollst herbeigelassen hatte, ihnen überhaupt zu antworten. Diesmal eine wichtige Anlagerede des sozialdemokratischen Vertreters, eines der Sieben, die die Entrechteten gleichsam als Antwort auf die Herausforderung der Regierung in das Junkerparlament entsandt hatten. Diese Rede unseres Genossen Ströbel stand im Mittelpunkt der Debatte vom Dienstag, und sogar der Nationalliberale Dr. Friedberg konnte es sich nicht verkagen, die sozialdemokratische Kritik der Haltung des Zentrums eine so „vernichtende“ zu nennen, daß er ihr nichts hinzuzufügen habe. Daß die sozialdemokratische Kritik an der Haltung der Linken nicht minder vernichtend war, das verschwiegen der nationalliberale Redner wohlweislich.

Was diesen Debatten im Gegensatz zu denen des Vorjahres ihr Gepräge gab, das war der frische Kampfgeist, den die Redner der Linken endlich gegen die Konservativen einschlugen. Wenn ein Dr. Friedberg der Rechten vorwirft, daß sie nur aus Parteiegoismus, nur um ihre Machtposition zu behaupten, an dem Dreiklassenwahlrecht nicht rütteln wolle, wenn ein Dr. Wiemer den Druck von oben auf die abhängigen Wähler und vor allem auf die Beamten von der Tribüne des Landtags herab verurteilt, ein Dr. Wiemer, der bisher nur immer über den Terrorismus der Sozialdemokratie wettern konnte, so sind das Zeichen, die man zwar nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen darf. Das eine jedenfalls steht fest: Auf der Linken fängt man allmählich an, einzusehen, daß es sich bei dem Wahlrechtskampf nicht um irreguläre, verhegte Massen handelt, sondern um das ganze preußische arbeitende Volk, das bereit ist, sein Alles zur Erlangung seines Naturrechts einzusetzen. Auch die Herren auf der Rechten wagen nicht mehr, wie sie es im vorigen Jahre getan haben, sich über die Demonstrationen lustig zu machen, sie merken, daß es dem Volke heiliger Ernst ist.

Der Wahlrechtskampf der Entrechteten hat die ersten Früchte gezeitigt, und wenn auch noch nichts Positives erreicht ist, so sind doch die Aussichten auf den endlichen Sieg bedeutend besser geworden.

Das soll uns eine Mahnung sein, auf dem bisherigen Wege weiter zu schreiten, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

Die bedrohten Tabakarbeiter.

Gelegentlich des Tabakarbeiterkongresses ist bereits erwähnt worden, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Delegierten aus Westfalen und Lippe den Kongreß besuchten. Mehr als 100 Vertreter, das ist fast ein Drittel der Gesamtzahl aller Delegierten, waren aus den genannten Landesteilen nach Berlin gekommen, um teilzunehmen an der großen Kundgebung, welche bestimmt war, zur Abwendung der Steuererhöhung ihr Teil beizutragen. Die westfälischen und lippeischen Tabakarbeiter sind nicht deshalb in so großer Zahl nach Berlin gekommen, weil sie sich zu den klassenbewußten Arbeitern rechnen und sich als solche verpflichtet fühlen, an einer Kundgebung ihrer Klassenossen teilzunehmen. Diese Arbeiter stehen leider den Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft meist noch fern. Sie sind nicht Sozialdemokraten, ja nicht einmal Mitglieder ihrer Berufsorganisation. Zufriedene Leute sind es meist, die jahraus, jahrein vom frühen Morgen bis in die späte Nacht Zigaretten drehen, Sonntags in die Kirche gehen, den Weisungen des Pastors folgen und sich weder um politische noch um gewerkschaftliche Bestrebungen kümmern. Also eine Arbeiterschaft so recht nach dem Herzen der Regierung und des Unternehmers. Diese bei langer, gesundheitschädlicher Arbeit und äußerst färglichem Verdienst so zufriedenen Leute hat die Regierung jetzt mit rauher Faust aus ihrer stumpfen Gleichgültigkeit aufgerüttelt. Die beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer droht ja den Tabakarbeitern mit der Vernichtung ihrer Existenz. Kein Wunder, wenn deshalb unter den zufriedenen Arbeitern der westfälisch-lippeischen Tabakindustrie eine Erregung Platz gegriffen hat, die einige Pastoren zu dem verwunderten Ausruf veranlaßte: „Wir begreifen nicht, was in die sonst so ruhigen Tabakarbeiter gefahren ist.“ Als dann den Pastoren die Ursache der Erregung begreiflich gemacht wurde, da beteten sie auf den Knie, der Herrgott möge die Regierung erleuchten, daß sie auf eine Erhöhung der Tabaksteuer verzichte.

Die Arbeiter jedoch begnügten sich nicht in der Erwartung, daß die Erleuchtung von oben über die Regierung komme, sondern sie rafften sich auf aus ihrem Indifferenzismus und schlossen sich in großer Zahl der Kundgebung an, welche einen Druck von unten auf die Regierung und den Reichstag auszuüben bestimmt war. Und das taten sie lediglich im Interesse ihrer Selbsterhaltung. — Wie schwer gerade die Verhältnisse der Tabakindustrie in Westfalen und Lippe von einer Steuererhöhung betroffen werden würden, das zeigen folgende Angaben:

Im östlichen Westfalen, Lippe und Waldeck gibt es etwa 30 000 Tabakarbeiter. Sie sind durchweg als Heimarbeiter mit der Herstellung von Zigaretten beschäftigt. Natürlich kann der Arbeiter allein nicht soviel verdienen, wie zum Unterhalt der Familie nötig ist. Deshalb müssen nicht nur die Frauen, sondern auch die Kinder, selbst solche, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, mitarbeiten.

Als sich die Tabakindustrie in jener Gegend verbreitete und infolgedessen ein Zuzug von Arbeitern stattfand, machte sich eine drückende Wohnungsnot bemerkbar. Eine Anzahl von Tabakarbeitern bot deshalb alles auf, um ein eigenes Häufchen zu erwerben. Etwa 5000 Tabakarbeiter sind Besitzer kleiner Häuser geworden, wozu die städtischen Sparkassen von Herford, Detmold, Bielefeld, Salzgitter, Bünde und anderer Orte Hypotheken hergaben. Die Sparkasse der Stadt Herford allein hat 3 Millionen Mark Hypotheken auf Tabakarbeiterhäuschen stehen. — Eine Tabakarbeiterfamilie verdient im günstigsten Falle monatlich 60 M. Wenn ihre Einkommen noch weiter herabgedrückt wird — und das geschieht zweifellos nach einer Erhöhung der Tabaksteuer — dann können die hausbesitzenden Arbeiter natürlich ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlen, die Häuser kommen zur Zwangsversteigerung, finden aber keine Käufer, weil ja die Bevölkerung der ganzen Gegend auf dem Hungertode steht, und die betreffenden Sparkassen erleiden daher schwere Verluste nicht nur an Zinsen, sondern auch an Kapital. Aber auch durch Steuerausfälle würden die Gemeinden schwer betroffen werden. In welchem Maße, das zeigt die Tatsache, daß in 14 Orten des Kreises Herford die Angehörigen der Tabakindustrie 80 bis 88 Proz., durchschnittlich 65 Proz. der gesamten Steuersumme aufbringen.

Man sieht hieraus, daß die Erhöhung der Tabaksteuer neben der Vernichtung Behntausender von Einzelexistenzen auch eine Reihe von Gemeinden dem finanziellen Ruin zuführen würde!

Das Reich braucht Geld für Meer und Flotte. Da die Geldsäcke der Reichen fürförsiglich gesöhnt werden, so nimmt man es von den Ärmsten der Armen, und wenn sie darüber zugrunde gehen.

Die Pariser Entlarvung.

Der Fall Agew wird bis jetzt genau wie vor kurzem die Entdeckungen über die Korruption der Moskauer Polizei und der anderen dortigen Behörden, ausschließlich als sensationelle Bloßstellungen der zarischen Handlanger behandelt. Welche Schmach in der Tat für die getreuesten Diener des Zaren aller Reichen, für die Hüter der „Ordnung“, wenn sie auf einem intimen geheimen Zechelmechel mit den „Feinden des Thrones und des Vaterlandes“, mit roten Revolutionären ertappt, wenn ihr Häufchen bei dem Spiel mit Bomben, Attentaten auf allerhöchste Persönlichkeiten, Expropriationen privater und öffentlicher Vermögen gefundnen wird! Wir müssen belassen, daß uns jenes Reichen von gutmütigem Idealismus in bezug auf die Geheimpolizei und die übrigen Organe des zarischen Regierungskabaretts vollständig abgeht, das nötig ist, um über die neuen Entdeckungen der Schmach, womit sich diese Edlen bedeckt haben sollen, aus dem Häufchen zu geraten. Es scheint uns vielmehr, daß die Geheimpolizei, Gendarmarie und dergleichen Institutionen „mit Schmach bedecken“ wollen, soviel heißt, wie Eulen nach Athen tragen und Wasser ins Meer schleppen. Wer erst schlagender Beweise bedürfte, um begreifen zu lernen, daß das ganze Gebäude des historisch bereits zum Tode verurteilten Zarismus in seinem jetzigen konterrevolutionären Wägelchen ein einziges großes Produkt der Fäulnis und der Korruption, eine einzige Pestbeule darstellt, dem ist nicht zu helfen. Das sozialistische Proletariat bedarf hoffentlich solcher „Entdeckungen“ nicht, und der bürgerlichen sogenannten „öffentlichen Meinung“ ist damit nichts bewiesen, weil sie vorfänglich vor diesen Säbheitsflecken auf dem Sonnenbilde des letzten absolutistischen Regimes die Augen schließt.

Die jüngste Entlarvung des Prokopteurs Agew in Paris aber, sowie die Aufdeckung der Moskauer Korruption, enthalten ganz andere tiefere Lehren, die sich an die sozialistische Welt selbst richten. Und es ist unseres Erachtens viel ratsamer und heilsamer, im Anschluß an die genannten sensationellen Vorkommnisse ein paar ernste Worte pro domo sua zu sagen. Denn im Grunde genommen bedeuten diese Entdeckungen nicht einen Bankrott der russischen Polizei, sondern den Zusammenbruch jener verfehlten Kampfeskampftaktik eines Teils der russischen Revolutionäre, gegen die die Sozialdemokratie seit Jahren in Rußland wie in Polen in energischer Weise zu Felde zieht. Es ist die unselbige Taktik des Terrorismus und der sogenannten Expropriationen, das heißt der räuberischen Ueberfälle und Anlegungen von Geldern, was die ungeheure Verquickung der revolutionären Aktion mit polizeilichen Wachen schaften ermöglicht hat. Raub gegen die sozialdemokratische Beweisführung, daß solche Kampfmethoden mit der revolutionären Sache des Proletariats, mit dem Klassenkampf nichts gemein haben, daß sie nur schädlich, desorganisierend wirken können, hat sich die Partei der Sozialisten-Revolutionäre in Rußland und die mit ihnen verbündete „Polnische Sozialistische Partei, Revolutionäre Fraktion“ in Polen bis auf den heutigen Tag darauf verfeilt, den Terror und die Expropriationen als „revolutionäre“ Taten theoretisch zu verteidigen und praktisch auszuüben. Und die Folgen? Eine fürchterliche Korruption, die in den Reihen der beiden Parteien eingerissen ist, eine Anzahl von Spiegeln und Prokopteurs, die sich unter die Kämpfer gemischt haben, eine völlige Vermischung revolutionärer Reihen mit gemeinem Lumpenproletariat, wie in Polen, wo man unter den tagtäglich wegen Raubüberfällen handrechtlich Hingerichteten absolut nicht mehr Opfer einer revolutionären Verirrung von einfachen Strolchen zu unterscheiden vermag, oder eine Verquickung der revolutionären Aktion mit schamhaften polizeilichen Intrigen, wie in Moskau, oder endlich die Verwandlung der Revolutionäre von hochherzigstem Idealismus und heroischem Opfermut in tragische Spielbälle infamer Prokopteurs, wie der Fall Agew in Paris zeigt.

Freilich, auch die sozialdemokratische Agitation hat in Rußland gegenwärtig genug unter dem Spiegeltweien zu leiden, auch jede beiseitendste Arbeiterorganisation muß befrähdigt vor Prokopteurs

auf der Hut sein. Aber es ist vor allem eine allgemein bekannte Tatsache, daß es vorzugsweise terroristische Organisationen sind, die auf die Spitze eine magnetische Anziehungskraft ausüben, genau so wie sich auch in Westeuropa die Spitze nicht den sozialdemokratischen Arbeitern, sondern den anarchistischen Gewalttätern mit Vorliebe an die Spitze hängen. Sodann aber sind die Früchte ihrer Wirkung hier wie dort grundverschieden. In den Anfängen der Revolutionsperiode versuchte die zaristische Regierung durch Provokation großen Stills auch die Arbeiterbewegung zu verderben. Nach dem Rezept des berühmten Subatow wurden von Geheimagenten in verschiedenen Städten Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften ins Leben gerufen und geleitet. Proletarische Elemente kamen so unter die Leitung von Spitzeln verschiedenen Kalibers. Und was war das Ende? Die von Geheimagenten gegründeten Arbeitervereine in Odessa gaben das Signal zu jener gewaltigen Aufstandsrevolution, die im Jahre 1903 den ganzen Süden Russlands wie mit einem Flammenmeer umging. Und die Subatow'schen Vereine in Petersburg, vom Popen Gapon geleitet, gaben durch ihren Marsch zum Winterpalais am 22. Januar 1905 das Signal zum Ausbruch der russischen Revolution. Den Popen Gapon selbst muß man gleichfalls für einen Geheimagenten der Regierung halten; jedenfalls verlor er zum Schluß seiner Karriere in der offenkundigsten Korruption. Aber dieser selbe Popen wurde einen Moment lang von dem revolutionären Massensturm, den er entfesselt hat, als sein Fahnenträger vorwärts geschoben, bis er nach abgeleiteter Rolle durch eigene Korruption zugrunde ging. Und so wie in diesem Falle ging es jedesmal: die mit der Arbeiterbewegung spielenden Regierungsgenossen verwandelten sich wider Willen in Werkzeuge der revolutionären Sache, um von ihr nach getanem Dienst wie Unrat weggewälzt zu werden. Die innere historische Logik des proletarischen Klassenkampfes erweist sich eben als stärker denn die Absichten und Pläne der Reaktion, und sie macht sich jedermann dienstbar, der die Arbeiter zu organisieren und mobil zu machen versucht. Die Geheimagenten der Reaktion, die sich an die Arbeiterbewegung heranzumachen, werden zu ungewollten Werkzeugen des Klassenkampfes und fangen sich am Ende in der eigenen Schlinge — in terroristischen Organisationen, die mit ihrer anarchistischen Taktik in der Luft hängen, werden umgekehrt die Revolutionäre zu Werkzeugen der Reaktion, die mit ihnen nach Lust spielt, um sie schließlich in der Schlinge zu erdrosseln.

Der jüngste Fall — die Entlassung des Spitzels Izw — ist selbst nur ein Fragment aus der tragischen Geschichte der terroristischen Kampfweise. Jeder Kenner der russischen Verhältnisse wird die Triumphe über diese glückliche Entlassung mit sehr gemischten Gefühlen vernehmen. Es ist nämlich durchaus nicht klar, wer eigentlich hinter dieser Entlassung steht. Es ist nichts Unerhörtes bei der Verwicklung des Gangebes, in dem die terroristische Aktion umgarnet ist, daß eine solche „Entlassung“ eines hervorragenden Spitzels bloß ein Kunstgriff der Geheimpolizei ist, sei es, weil das alte Werkzeug an einem gewissen Ort abgebraucht und durch ein neues ersetzt werden soll, sei es aus „privaten“ Konkurrenzrücksichten unter diesen edlen Rittern selbst. Die Leidensgeschichte der russischen sozialistisch-revolutionären Partei ist also mit dieser Entlassung durchaus nicht zu Ende, vielmehr muß sie sich sehr in acht nehmen, um nicht wieder in die Gänge zu fallen, gerade wo sie sich aus ihnen zu retten vermeint. Die Situation dieser Partei ist in der Tat eine verzweifelte, und man kann schon den heftigen Unmut begreifen, der in den Reihen der Sozialisten-Revolutionäre gegen ihr eigenes Zentralkomitee jetzt herrscht, das sich sechs Jahre lang oder so ungefähr von einem Uuden hat an der Nase herumführen und auf sein Geheiß so und so viele junge prächtige Menschen, wenn auch schlechte Politiker, in den grausigen Tod hat gehen lassen. Aber auch dieser Unmut hat seine Schranke in der Ungerechtigkeit, die darin liegt, die paar gutmeinenden, wenn auch leichtgläubigen Menschen aus dem Zentralkomitee dafür zu Sündenböcken zu machen, was an dem System, an der verkehrten Taktik selbst haftet. Gegen das weitere Verderben der Reihen dieser Partei in den Fängen des entlarzten Spitzels, der alles und alle in der Partei nun kennt, der die ganze Partei in seiner Macht hat, sowie in den Fängen seiner vermutlichen Nachfolger, gibt es nur ein einziges Mittel, das zu ergreifen freilich den Leitern der terroristischen Partei nunmehr die politische Ehrlichkeit zur unabweisbaren Pflicht macht. Dieses Mittel besteht darin, die terroristische Organisation aufzulösen und ihre Mitglieder von sämtlichen geplanten terroristischen Akten und Expropriationen auf das entschiedenste Abstand nehmen zu lassen.

Die wahrhaft schmachvollen — nämlich für die terroristische Taktik schmachvollen — Erlebnisse der jüngsten Zeit in Polen, in Moskau, in Paris müssen endlich dazu führen, die Arbeiterbewegung in Russland wie in Polen von dem Krebsgeschaden des anarchistischen Ausschaltens zu befreien. Die künftige Aufklärungsperiode der Revolution sollte bereits ein von diesen verwirrenden und korrumpierenden Nebenströmungen gereinigtes Komplotz des Sozialismus vorfinden, für das nur eine Lösung gilt: Auflösung der Arbeitermassen, Organisation der Arbeitermassen und alle Formen des Klassenkampfes, die sich aus der politischen Reife des Proletariats und aus der Reife der politischen Situation mit historischer Notwendigkeit ergeben. Rosa Luxemburg.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar 1909

Erhöhung der Dampfersubvention.

Aus dem Reichstag (26. Januar). Als ob das Reich noch immer heidenmässig viel Geld verwirtschaften könnte, kommt ungeniert die Reichsregierung mit der Zustimmung an das Haus, 270 000 M. mehr für die Unterstüzung des Norddeutschen Lloyd zur Fortführung der Dampferverbindung mit Neu-Guinea zu bewilligen. So wird die Wilow'sche Spartheorie in die Praxis umgesetzt! Als Grund dafür wird angegeben, der Norddeutsche Lloyd wolle sich mit der Erhöhung der früheren Subvention von 500 000 auf 730 000 M., die der Reichstag voriges Jahr zugestanden hatte, nicht begnügen. Er verlangt noch 270 000 Mark mehr, sonst werde er die Linien nach Sydney und Hongkong eingehen lassen und sich auf die Linie nach Singapur beschränken. Dadurch würde aber die Dampferverbindung mit Neu-Guinea von 26. auf 6maliges Anlaufen im Jahre beschränkt und entsprechend das Interesse der Kolonie geschädigt werden.

Der Staatssekretär v. Weichmann-Sollweg qualte sich sichtlich mit der unangenehmen Pflicht einer Verteidigung dieser Forderung in der Zeit einer Reichsgeldnot ab. Die Vertreter der Lloydparteien erleichterten ihm aber seine Aufgabe durch unentwegten Bewilligungseifer. Vor allem tat sich Herr Gormann (fr.), der Vertreter Bremens, hervor. In dieser Hanfsstadt ist nämlich der Norddeutsche Lloyd daheim. Aber selbst der Agrarier Diederich Sahm war für Bewilligung dieser Gelder für Röhne. In seinem Wahlkreis liegt nämlich Geestemünde, auch ein Lloydhafen.

Für das Zentrum trat Herr Erzberger als Opponent in die Schranken. Er wies darauf hin, daß in dieser Sparära die Budgetkommission noch nicht einmal so viel Geld gestrichen habe, wie hier vorgeschlagen werden solle. Genosse Koske vertrat den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie. Er wies darauf hin, daß wir um so weniger Grund hätten, den Lloyd zu unterstützen, als diese große Dampferreederei mit ihren glänzenden Dividenden systematisch die Gewerkschaften bekämpfe. Sie gründe „gelbe“ Vereine und beraube ihre Seeleute des Koalitionsrechts. Aber auch an sich könnten wir uns auf die Subvention nicht einlassen. Es sei das weggeorfenes Geld, da der wirtschaftliche Nutzen der Unternehmungen in Neu-Guinea für Deutschland verschwindend klein sei. Der Handel gehe fast ausschließlich nach Australien und Ostasien. Nachdem noch der Kolonialminister Dernburg sich für die Vorlage ins Zeug gelegt hatte, wurde sie der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Der sozialdemokratische Antrag betr. Landarbeiter und Gefinde.

Royalisten und Kamarillisten.

Es war voraussehen, daß die konservative Presse den Geburtstag des Kaisers benutzen würde, um sich Wilhelm II. als strenge prinzipielle Monarchisten zu empfehlen, deren Royalismus von weit besserer Dauerfähigkeit sei als die äußerliche Königstreue des Kanzlers und anderer „Bermunftsmonarchisten“. Und tatsächlich spielt denn auch die „Deutsche Tageszeitung“ sich in ihrem „Unser Kaiser“ überschriebenen Festartikel als häuerlichen Chouan, als preußischen Epigonen des kurlischen Barock-Noauelein auf — wobei sie sich jedoch die günstige Gelegenheit nicht entgehen läßt, dem in Ungnade gefallenem Reichskanzler nebenbei einige kleine Peitschenhiebe zu verabfolgen. Sie schreibt nämlich:

„Was des Kaisers ist, das soll des Kaisers bleiben. Eine einfache, vernünftige Ueberlegenheit sagt, daß des Reiches und des Volkes Zukunft durch eine starke Monarchie am besten gesichert ist. Wir brauchen keine papierernen Verordnungen, sondern nur Männer auf den Thronen und neben den Thronen, die durchdrungen sind von der Verantwortung ihrer Stellung und von der verpflichtenden Höhe ihres Berufes. Daß dem Kaiser immer so mannhafte, freimütige, aufrechte, ernste und treue Ratgeber beschieden sein mögen, das ist unser herzlichster und tiefgefühltester Wunsch an seinem Geburtstag.“

Aber wir feiern diesen Tag nicht nur als Bermunftsmonarchisten, sondern als Königstreue Männer. Für uns ist die Königstreue kein Gewand, das wir nach Befinden anlegen und ausziehen können; sie ist und vielmehr angeboren, ein Stück unseres Herzens, das wir nicht herausreißen können, wenn wir nicht den besten Teil des Herzens verleben wollen. . . . Für die sogenannten Bermunftsmonarchisten ist das Königstum lediglich eine Einrichtung; für uns ist der König eine lebendige Person und soll es bleiben. Die Königstreue verpflichtet aber nicht nur zum Dienen und Gehorchen, sondern auch zur Wahrhaftigkeit. Deshalb wird sie auch an den Stufen des Thrones nicht schweigen, sondern freimütig und ehrerbietig das sagen, wozu sie verpflichtet zu sein glaubt. Solche Pflicht haben wir, so weit wir konnten, immer und auch im vergangenen Jahre erfüllt. Wir sind überzeugt, daß wir nicht mißverstanden worden sind. Freimütige und ehrerbietige Kritik tut aber der echten, eingewurzelten Königstreue keinen Abbruch. Wer die Kraft des Freimutes hat, der wird auch die Kraft haben, dem Könige die Treue zu halten, wenn sein Thron bedroht wird, und wenn es gilt, für die Treue alles zu opfern. Solcher Treue kann und soll unser Kaiser sicher sein. Zwischen ihn und das Volk soll sich nichts drängen. Wir gehören zusammen und wollen zusammen bleiben, je ernster die Zeit wird, um so fester. Wer weiß, was die Zukunft im Schoße birgt! Sollte es zu schweren Kämpfen kommen, so würde der Kaiser auf uns zählen können als auf die Triarier in seiner Schlachtreihe, auf das letzte, bis zum Tode getreue Aufgebot.“

Zugleich wird in der konservativen Presse offen ausgesprochen, daß man des Paarungsverhältnisses zum Freimut überdrüssig ist, so meint die „Kreuzzeitg.“ in einer Polemik mit der Königsberger „Partungshen Btg.“, die konservative Politik gehe jetzt darauf aus, „das Bloßverhältnis zu läutern und von den hineingetragenen liberalen Herrschaftsgelüsten zu befreien“.

Die Konservativen sehen also ein, daß, wenn der vierte Kanzler fällt und an dessen Stelle eine ihnen genehme Persönlichkeit tritt, auch der Bloß nachwurzeln wird, und sie ziehen daraus von vornherein die nötigen Konsequenzen, ganz unbestimmt um die nationalliberalen Drohungen und Andeutungen, daß doch auch noch andere politische Konstellationen denkbar seien, als nur eine konservativ-liberal-nationalliberale Reichstagsmehrheit. —

Die Verlesung des Viermandatsdrabes.

Wir meldeten kürzlich, daß der Leutnant Pohl, der in seinem gegen die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis eingeleiteten Protest zugleich die Ungültigkeitserklärung der 11 übrigen Berliner Wahlkreise beantragt hatte, seinen Protest gegen diese 11 Wahlkreise nach den sozialdemokratischen Enthaltungen aber die Rücksichten des bürgerlichen Referenten in dem Ausschuss und der Wahlprüfungskommission selbst zurückgezogen habe. Offenbar war diese Zurücknahme des Protestes durch Leutnant Pohl aus von und gleichfalls gemeldete vertrauliche Verhandlungen zwischen Konservativen und Freisinnigen zurückzuführen.

Die Possenhaftigkeit dieser letzten Schiebung haben wir bereits hinlänglich gekennzeichnet. Aber die Dienstadtigung der Wahlprüfungskommission hat die unglaubliche Poste des Viermandatsdrabes noch um einen neuen, besonders possenhaften Akt bereichert. Es kam dort nämlich zur Sprache, daß Leutnant Pohl den gegen die übrigen elf Berliner Wahlkreise und formgerecht gestellten Protest nicht „zurückgezogen“ habe, sondern daß er seinen Protest nachträglich — nach der Festsetzung der unglaublichen Mandate der liberalen und konservativen Fischbesten! — nun dahin „interpretiert“ habe, daß sein Protest nur der Wahl im 12. Berliner Landtagswahlbezirk gelte!

Welch eine Komödie der Irrungen: Erst die rätselhafteste Verheimlichung des vollen Protestes des Leutnants Pohl durch die Abgeordneten Aronson und Mallewig, den freisinnigen Volksparteiler und konservativen Scharfmacher. Dann die Verheimlichung des wirklichen Inhalts dieses Protestes durch wiederum einen freisinnigen Volksparteiler und einem Stockkonservativen, durch die Herren Fischbe und Stroffer! Dann die Unstimmigkeit der offiziellen Freisinnspresse, wobei denn eigentlich der Protest gegen die vier sozialdemokratischen Wahlen stamme!

Dann die faulen Ausreden, daß der Protest des Leutnants Pohl vom Bureau des Landtags übersehen worden sei! Dann die Entdeckung, daß besagter Protest gar keinen formgerechten Protest gegen alle Berliner Wahlen enthalte. Und endlich — nach Herbeiführung all dieser finstlichen Ausschüfte — der neueste Rettungsversuch mit dem Rückzieher des Leutnants Pohl durch eine ganz gleichgültige und verpatete „Interpretation“ dieses Protestes!

Die Geschichte ist wirklich so abgeschmackt! Mit kläglicherem Ungeschick hat man noch nie eine oberfaule Sache zu verteidigen versucht!

Bemerk doch zu dem neuesten Geniestreich der Viermandats-Möchtegarn-Mäuler das „Berl. Tagebl.“:

„Dieses Schreiben des Herrn Pohl kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er in seinem Protest gegen die Wahl in Berlin 12 tatsächlich von der Notwendigkeit gesprochen hat, auch die Wahlen in den anderen Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären. Schließlich kommt es doch nicht darauf an, wie Herr Pohl seinen Protest nachträglich interpretiert, sondern was tatsächlich in dem Protestschreiben gestanden hat.“

Die Wahlprüfungskommission beschloß übrigens, in einem Antrag zu dem demnächst an das Plenum zu erstattenden Bericht sowohl den Originalprotest des Leutnants Pohl, wie auch seine spätere „Interpretation“ im Wortlaut zu veröffentlichen. Der Vergleich dieser beiden Dokumente dürfte zu lustigen Betrachtungen führen. Uebrigens verspricht die Erörterung der ganzen Affäre ungeheurer heiter als auch ungeheurer blamabel für gewisse Leute zu werden!

Eine Wahlrechtsdemonstration in Hildesheim.

Hildesheim, 25. Januar. Eine wohlgelungene Wahlrechtskundgebung fand hier heute abend statt, ohne Erlaubnis, aber unter Mitwirkung der königlich preussischen Polizei. Durch ein nachmittags verbreitetes Flugblatt waren die Arbeiter eingeladen worden, sich abends präzis 8 Uhr beim Dom einzufinden, von wo dann der Zug durch die Stadt nach dem Versammlungslokal stattfinden sollte. Eine Viertelstunde vor der festgesetzten Zeit war der Platz noch fast völlig menschenleer; nur hier und da sah man im Mondenschein begn. trüben Schimmer der Laternen die Wahrzeichen des Rechtsstaates blitzen; die Polizei war auf dem Posten und horrte der Dinge, die da kommen sollten. Wie aus dem Erdboden gestampft, waren punkt 8 Uhr wohl gegen 3000 Demonstranten, Männer und Frauen anwesend.

Unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht setzt sich die Masse in Bewegung. In den Straßen, die der Zug passierte, standen hunderte stummende Spalier. Die Fenster der hochgeliebten malerischen Häuser wurden klirrend aufgerissen und Kopf an Kopf drängte sich heraus, um Zeuge des ungewohnten Vorganges zu sein. Immer wieder erschallen brausende Hochs, trotz des Dienstes einiger Polizeibeamten, die, obgleich sie das Hochrufen nicht verhindern konnten, immer wieder „Ruhe!“ geboten. Nach halbstündiger Wanderung mitten durch die Stadt trafen die Demonstranten am Ziele ein. Genosse Rauhen hielt dort eine fernige Ansprache. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das gleiche Wahlrecht schloß die würdige Kundgebung.

Bemerk sei noch, daß die Mehrzahl der Polizeibeamten, die den Zug bis an den Eingang zum Gewerkschaftshause begleitete und hier zu beiden Seiten sich postierte, sich durchaus taktvoll benahm und ruhig gesahen ließ, was sie nicht verhindern konnte. Einige Beamte dahingegen schlugen die Kragen hoch, legten die Schuppenketten herunter und die Hand an den Degen, als wenn es zur Attacke gehen sollte. Immer wieder stürmten sie in den Zug hinein, geboten im Kasernenton „Ruhe!“ oder hielten einigen Hochrufern den Mund zu bzw. nahmen Sittierungen vor. Die Disziplin der Massen litt durch diese hochförmlich wirkenden Unterbrechungen nicht im geringsten.

Abgelehnte Reichsverbandsmitglieder als Richter.

Als verantwortlicher Redakteur unseres Braunschweiger Brudersblattes sollte sich am Montagmorgen Genosse Brenner vor dem zuständigen Schöffengericht wegen Verleumdung verantworten. Zwei reichsverbändliche Reichsverbändler, Rechtsanwalt Dr. Schweigert und Militärbaumindektor Stegmann, beide aus Straßburg i. E., stellten sich durch eine Notiz im „Volkstreuend“ beleidigt. Vor Eintritt in die Verhandlungen lehnte der Vertreter unseres Genossen, Genosse Dr. Jospet, die Richter als befangen ab, denn es stellte sich heraus, daß der Richter, Oberamtsrichter Dr. Fuch und die beiden Schöffen Mitglieder des Reichsverbands sind. Zwar erklärten sich die Reichsverbändler für nicht befangen, die Verhandlung mußte aber doch ausgesetzt werden; das Landgericht wird erst darüber die Entscheidung treffen, ob die Richter als Reichsverbändler bei angeblicher Verleumdung des Reichsverbands „Recht“ sprechen können.

Besser ist es unserem Genossen Gruber als Verantwortlichen der „Mündener Post“ ergangen. Das Amtsgericht Münden I lehnte die Privatklage derselben beiden Reichsverbändler ab und bürdete ihnen die Kosten auf. Dem Genossen Gruber wurde „Wahrung berechtigter Interessen“ zugute gehalten. Es wurde ausgesprochen, daß das Gericht das Aufgreifen jeder Gelegenheit, diesen (Reichs-) Verbände in dem gegenseitigen Kampfe beizukommen, als begründlich und vom Standpunkte des Beschuldigten aus als notwendig anerkennt“.

Hoffen wir, daß die nichtreichsverbändlerischen Richter in Hannover zu demselben Resultat, einer Ablehnung der Privatklage der Herren, kommen.

Eine ReichsverbandsgröÙe.

Es bleibt bei der Beurteilung des Chemnitzer Reichsverbandschäpplings Dr. Voetter! Wegen Beihilfe zur verurteilten Notigung ist bekanntlich Dr. Voetter, der Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsverbands zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er das Konzept eines Vieles geschrieben hatte, den der Komplize des Amandus Schubert, Rabe, an den Vertrauensarzt der von ihnen verleumdete Ortsklasse Dr. Kroeber geschickt hat. Rabe ist deshalb mit verurteilt worden. Dr. Voetter legte Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil ein. Doch wurde diese nach längerer Verhandlung verworfen. Auch das Landgericht erachtete Dr. Voetter schuldig und trat im wesentlichen der Vorinstanz bei. Es bleibt also bei der Geldstrafe von 200 M. — In der Verhandlung wurde wieder das Bild des dreidigen Verhältnisses enthüllt, in dem Dr. Voetter zu dem wegen Erpreßung zu hoher Gefängnisstrafe verurteilten Droßhärenhauausgeber Amandus Schubert stand. Des weiteren wurde von neuem bestätigt, daß auch der „Vertrauens“arzt der gemeinsamen Ortskrankenkasse, Dr. Kroeber, ebenso hinter dem Rücken des Rassenvorstandes gegen diesen mit Eingaben an die Oberbehörden intrigiert hat wie Dr. Voetter.

Wahlreform in Sachsen-Weimar.

Der Eisenacher Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß dem weimarschen Landtag be-

nimmt noch in dieser Session ein neues Landtagswahlgesetz mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlverfahren zugehen wird. Das neue Gesetz liegt dem Ministerium des Innern bereits fertig vor, es bedarf nur noch der Durchberatung durch das Gesamtministerium.

Burgzeit besteht der weimarische Landtag aus 33 Mitgliedern, von denen 5 vom größeren Grundbesitz, 5 von den Höchststeuernden und 23 aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehen.

Moloch Disziplin.

Darmstadt, 26. Januar.

(Pribaldepesche des „Vorwärts“).

Am Tage vor dem Geburtstag Wilhelm II. hat das Kriegsgericht der 25. Division zu Darmstadt ein fürchterliches Schreckensurteil gefällt. Neun Dragoner vom 24. Regiment wurden mit wahrhaft drakonischen Strafen belegt. Wegen militärischen Ausrufs und Achtungsverletzung beurteilte das Kriegsgericht den Dragoner Beder zu 5 Jahren 3 Monaten, den Dragoner Krumb zu 5 Jahren 1 Monat, die Dragoner Böcher und Laube zu je 5 Jahren Gefängnis, wegen Fahrlässigkeit und Gehorsamsverletzung die Dragoner Burkhauser und Wähl zu je 1 Jahr Gefängnis, den Dragoner Traub zu 10 Monaten Gefängnis, die Dragoner Plato und Lisch zu je 6 Monaten Gefängnis. Das Vergehen des Ausrufs hatte das Gericht darin gesehen, daß die neun Dragoner, die nach 9 Uhr abends noch auf der Kasernenstraße Karten spielten, den Befehl des diensttuenden Unteroffiziers, damit aufzuhören, nicht beachteten.

Der sächsische Landtag

ist am Dienstag geschlossen worden. Der König verlas dabei eine Thronrede, in der es u. a. heißt: „Für die Vertretung des Volkes die rechten Wege zu finden, ist eine überaus schwierige Aufgabe gewesen, und wenn der Verlauf der Verhandlungen nicht zeitweise von den Sorgen erfüllt werden ließ, daß eine wichtige und das Land tief bewegende Vorlage in der zu Ende gehenden Session unerbittlich bleiben werde, so hoffe ich nun, nachdem alleseitige Uebereinstimmung erzielt worden ist, um so zureichender, daß meine bei der Eröffnung des Landtages ausgesprochenen Absichten durch Ihre Beschlüsse sich verwirklichen und in meinem Volke alles Verständnis und Vertrauen finden werden.“ Die Hoffnung wird nicht erfüllt werden.

Ueber die Reichsfinanzreform enthält die Rede folgenden Passus:

„Die Ordnung der Finanzen des Reiches ist nachgerade eine Lebensfrage für unser ganzes Vaterland geworden. Bundesrat und Reichstag sind in erster Arbeit von neuem dabei, eine endgültige Regelung herbeizuführen. Ein Scheitern des Reformwerkes wäre ein Unglück von unübersehbarer Tragweite. Ich halte mit meiner Regierung an der Hoffnung fest, daß es trotz der außerordentlichen Widerstände, die sich der Erreichung des angestrebten Ziels entgegenstellen, gelingen wird, zu einer Verständigung zu gelangen, welche die Dedung des Reichsbedarfs auf die Dauer sicherstellt, ohne durch die Wahl der Dedungsmittel die Stellung zu beeinträchtigen, welche mir und meiner Regierung, meinen Ständen und meinem Lande innerhalb des Reiches nach den Grundgesetzen der Reichsverfassung zukommt.“

Die sächsische Regierung erklärt sich also nochmals gegen direkte Reichssteuern. Etwas anderes war von der Regierung des realistischen Kaiserreichs nicht zu erwarten.

Die christlichen Tabakarbeiter und die Tabaksteuer.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands hat an den deutschen Reichstag eine Petition mit 88 000 Unterschriften gerichtet, in welcher derselbe nicht nur um Abhebung der Wandertabaksteuer ersucht, sondern sich auch gegen jede andere steuerliche Mehrbelastung des Tabaks wendet.

Zu der Begründung erklären die Petenten, daß sie nach eingehender Nachprüfung der Feinerzeit von Herrn Reichshofsekretär Sydow veröffentlichten Zahlen und derjenigen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten v. Ein, die sich direkt gegenüberstanden, zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die von dem letzteren durch seine Methode gewonnenen Resultate den Wirkungen am nächsten kommen, welche die Post- und Steuererhöhung von 1879 für die Arbeiter auslöste. Nach einem Vergleich derjenigen Zahlen der Gewerbestatistik von 1875 und 1882, welche annähernd vergleichbar sind, sieht man, daß durch die Zollerhöhung von 1879 mindestens 13 737 Arbeiter aus der Industrie verdrängt worden seien.

Aus mehreren Orten werden dann aus dem dem Vorstande des christlichen Verbandes zur Verfügung gestellten einwandfreien Material Einzelergebnisse mitgeteilt, durch welche die allgemeinen Zahlen nicht nur bestätigt, sondern nur verschärft werden. Eine ganze Reihe größerer Firmen gerieten in Konkurs, kleine Fabrikanten stellten den Betrieb ganz ein. In allen Orten zahlreiche Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen und Beschränkung der weiter beschäftigten Arbeiter auf einen geringen Verdienst! Verheiratete Arbeiter verdienen nur bis 5,50 M. pro Woche, ledige nur 5 bis 8 M.

Die Sterblichkeit bei den Tabakarbeitern sei größer als in allen anderen Berufen; die verstorbenen Mitglieder des christlichen Verbandes erreichten nur ein Durchschnittsalter von 37,9 Jahren, über 66 Proz. starben an Tuberkulose. Die Ursache sei: „die durch die schlechte Entlohnung verursachte mangelhafte Ernährung.“

Die Erfahrungen haben gelehrt, daß durch die Zollerhöhung von 1879 ein beträchtlicher Teil des Arbeiterpersonals in die billigere Hausindustrie gedrängt wurde. In dem dem Reichstag vorliegenden Entwurf über die Hausindustrie betone die Regierung, daß gerade in dieser die Gesundheitschädigungen bei der Herstellung von Zigarren die schlimmsten seien; es sei doch ein großer Widerspruch, wenn die Regierung, einmal die Missethäter in der Tabakindustrie bekämpfen wolle, dann aber wiederum durch Post- und Steuererhöhungen dazu beitrage, daß sie in der schlimmsten Weise gestärkt würden.

Zum Branntweinmonopol.

Der „Frankf. Zig.“ wird aus Berlin von gut informierter Seite gemeldet:

„Man soll sich nicht allzu sehr in Sicherheit wiegen lassen über das Scheitern des Monopols. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieses den Agrariern so sympathische Projekt immer noch realisiert wird. Sehr eigentümlich ist es besonders, daß die Regierung in letzter Zeit gar nicht mehr zu der Sache Stellung genommen hat. Sie hofft offenbar, daß die Agrarier aus eigener Kraft die Sache zum Besten führen werden.“

Reichstagswahl im Wahlkreise Wittgenstein-Siegen-Viedenskopf.

Amliches Wahlergebnis. Bei der Stichwahl zum Reichstag im Wahlkreise Wittgenstein-Siegen-Viedenskopf am 22. d. Mts. sind 33 622 Stimmen abgegeben worden; hiervon entfielen auf den Bergbauern a. D. Vogel (natl.) 17 922 und auf den Vicentianer Rumm (christlich-sozial) 15 700 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Die Nationalliberalen und die Großindustriellen.

Herr Alex. Nils, der Prophet des Bundes der Industriellen, liegt in Fehde mit den Nationalliberalen, die während darüber sind, daß Teile ihnen die Wähler aus den Kreisen des Industries und Handelskapitals entziehen will. In einem Streit über die bürgerliche Stellung der nationalliberalen Fraktionsmitglieder behauptete die „Nation. Parteikorespondenz“ gegen Nils: „daß Nils doch sehr stark im praktischen Leben wurzeln“ und daß Stresemann „als Parlamentarier aus den Kreisen der Industrie verwertet zu werden beanspruchen dürfe.“

Darauf antwortet der kapitalistische Gröndler der neuen Partei in der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“:

„Paasche und Stresemann als Vertreter des Gewerbelebens dürfte die überwältigende Mehrheit der deutschen Gewerbetreibenden denn doch mit Entschiedenheit ablehnen. Paasche ist ein Doktrinär und Stresemann ein Demagog.“

Ernst oder Scherz?

Die Kaiserfeier der Karlsruher Patriotenstadt wurde bereits am Sonnabend als Probevorstellung für das ganze badische Land abgehalten. Es handelte sich um ein Thema für den heutigen Kaiserfest, der nach den Kundgebungen wider das persönliche Regiment etwas schwierig schien. Ein rechter Volkstribun versteht jedoch aus allen Witten schon Honig zu saugen. So versiegte sich denn der Festredner, Stadtrat Schlegelbach, nach dem Bericht der „Bad. Landesztg.“ dazu, den Kaiser Wilhelm als den Vorkämpfer seines Inneren zu feiern: Wilhelm II. habe „nach den unerfreulichen Vorgängen des letzten Novembermonats die Worte *suprema lex regia voluntas* (Des Kaisers Wille ist das oberste Gesetz) ausgesprochen und sich dem Willen des Volkes gefügt; ein Sieg über sich selbst, der bedeutender ist, als viele gewonnene Schlachten.“

Dem Kaiser überreichte die Festversammlung den Dank für die Uebertwindung des persönlichen Regiments; aber nicht direkt an die Majestät, auch nicht an Wilton; es wurde vielmehr der badische Großherzog darum ersucht, gnädigst die Uebereinstimmung zu übernehmen. Der wird sich überlegen!

Schutz vor Schulden.

Vor der Dortmunder Strafkammer hatten sich am Sonnabend ein Polizeiwachmeister und zwei Polizeiergeanten wegen unglaublich hoher Mißhandlung zu verantworten. Anlässlich eines Schlichtens hieben die Angeklagten ohne jeden ersichtlichen Grund auf einen Teil der Festteilnehmer mit blanker Waffe ein. 10 Personen wurden erheblich verwundet.

Ein Bergmann erhielt etwa 30 Säbelhiebe. Zuerst ließ man ihn liegen, später wurde er verhaftet. Man fesselte den Mißhandelnden, und da er nicht laufen konnte, schleiten ihn die Beamten eine Strecke Weges mit. Schließlich luden die Geseßeshüter den Schwerverletzten auf einen Wagen, ihn mit Faustschlägen traktierend. Der Mann war vier Wochen arbeitsunfähig.

Das Urteil gegen den Polizeiwachmeister Mertin lautete auf sieben und gegen den Polizeiergeanten Hennig auf vier Monate Gefängnis. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen, weil er auf Befehl des Wachtmeisters gehandelt hat und sich im Moment nicht über die Situation orientieren konnte.

Spionageprozeß.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute die Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Joseph Hermann aus Weß wegen verachteten Verrats militärischer Geheimnisse.

Die Oeffentlichkeit ist für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Die Balkankrise.

Die bulgarische Mobilisierung.

Wie offiziell berichtet wird, wurde die Einberufung der Reservisten bisher auf weitere Grenzdivisionen nicht ausgedehnt, jedoch seien alle Vorkehrungen getroffen, um eine eventuell notwendig werdende allgemeine Mobilisierung schnellstmöglich durchzuführen.

Auf der Bforte haben die kriegerischen Meldungen aus Sofia keinerlei Verunsicherung hervorgerufen. Es ist die Ansicht vorherrschend, daß die bulgarische Regierung mit ihren militärischen Maßnahmen lediglich den Zweck verfolgt, in Angelegenheit der rascheren Erledigung der Geldentschädigungsfrage eine Intervention der Mächte herbeizuführen.

Uebrigens wird in Konstantinopel auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß die Absicht bestünde, irgendwelche strategische Punkte im türkisch-bulgarischen Grenzgebiete zu besetzen.

Serbische Rüstungen.

Belgrad, 26. Januar. Kriegsminister Zibobitsch wird der Stupschina eine Gesetzesvorlage unterbreiten, in der die Bewilligung eines neuen Rüstungskredits gefordert wird. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, soll dieser 3 Millionen betragende Kredit zu Vorbereitungen für eine Mobilisierung aufgewendet werden. Seit Oktober vorigen Jahres hat das Kriegsministerium von der Stupschina 33 1/2 Millionen für außerordentliche Zweckzwecke gefordert.

Oesterreich.

Eine Regierungsdummheit.

Eine alte Forderung der österreichischen Italiener ist die Errichtung einer eigenen Universität. Natürlich wünschen sie diese in der größten italienischen Stadt, in Triest. Man erinnert sich noch der blutigen Demonstrationen, durch die italienische Studenten an der Wiener Universität dieser durchaus berechtigten Forderung Nachdruck zu geben suchten. Die österreichische Regierung geht aber dieser Forderung von altersher hartnäckig Widerstand entgegen. Kamentlich will sie von Triest als Sitz der Universität nichts wissen, da sie davon ganz lächerlicherweise eine Stärkung des italienischen Irredentismus, der nationalen Fortbewegung fürchtet. Aus demselben Grunde begünstigt sie auch in Triest die Slowenen, die ebenfalls Gegner der italienischen Universität sind. Vor kurzem hat die Regierung nun den Antrag auf Errichtung einer italienischen Universität in Wien eingebracht. Das hat natürlich bei den Italienern die härteste Entrüstung hervorgerufen, da sie ihre Universität nur in einer italienischen Stadt haben wollen. Aber auch der Italiener im Königreich hat sich große Aufregung bemächtigt, und die gesamte Presse schreibt aufs bestigste gegen den „Bundesgenossen“. Daß der Dreißund dadurch nicht gerade befestigt wird, ist selbstverständlich.

Die Sozialdemokraten für den nationalen Frieden.

Wien, 25. Januar. (Abgeordnetenhaus.) In der Verhandlung der Dringlichkeitsanträge über die nationalen Fragen in Böhmen betonten die sozialdemokratischen Abgeordneten Soukup und Dr. Renner die Notwendigkeit der Schaffung des nationalen Friedens, mindestens aber eines Waffenstillstandes, zur Durchführung dringender wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen. Alle Nationen und alle Parteien seien verpflichtet, für den nationalen Frieden zu arbeiten, nicht in geheimen Konventikeln, sondern offen im Abgeordnetenhaus. Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Schweiz.

Milderung des Streikparagrafen.

Basel, 21. Januar. (Fig. Ver.) Der große Rat des Kantons Basel beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Milderung des verhängnisvollen Streikartikels 164 des Straßengesetzes, der aus dem Jahre 1870 stammt und die glorreiche Nachahmung des § 153 der deutschen Gewerbeordnung, also ein importiertes fremdes Gewächs, ist. Hunderte streikender Arbeiter sind dem infamen Ausnahmegesetz schon zum Opfer gefallen, viele ganz ungeschuldigerweise, da immer ausgeprägte kapitalistische und bürgerliche Klassen-

richter berufen waren, es im Interesse ihrer Klasse gegen den „proletarischen Feind“ anzuwenden. Im vorigen Jahre versuchte die Arbeiterschaft das ihr verhängte Ausnahmegesetz auf dem Wege der Initiative abzuschaffen, allein ohne Erfolg, da die Regierung bereits im Begriff stand, die betreffende Strafbestimmung zu mildern, und aus diesem Grunde viele Stimmberechtigte nicht für die Initiative stimmten, die anderenfalls mit ihr einverstanden gewesen wären.

Die Milderung besteht in der Einführung der Geldstrafe neben der Gefängnisstrafe, und die nicht beide zugleich, sondern nur alternativ verhängt werden dürfen.

Mit dieser Abänderung lautet der § 164:

„Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrbeleidigung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen oder von solchen Verbindungen zurückzutreten, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Geldbuße oder Haft bestraft.“

Es gab darüber eine sehr lebhafte Debatte, an der sich auch sozialdemokratische Redner rege beteiligten. Auffallend erschien, daß von keiner Seite auf den Anachronismus des Artikels aufmerksam gemacht wurde, der im Hinblick auf die auch in Basel fast veretretenen Tarifverträge besteht, die ja gerade auf der Vertragsstreue, also im Gegensatz zu dem Gesetz darauf beruhen, daß kein Vorkämpfer zurücktrete. War man schon einmal bei der Revision des Gesetzes, so hätte man auch in dieser Beziehung das geschilderte Recht mit dem wirklichen Leben in Einklang bringen sollen.

Bemerkt sei noch, daß Vergehen nach dem § 164 mit Geldbuße bis zu 300 Fr. oder Gefängnis bis zu 40 Tagen bestraft werden können. Es ist das eine wie das andere Strafmaximum viel zu hoch.

Frankreich.

Ein neuer Hinrichtungsstandal.

Paris, 26. Januar. In Carpentras fand heute morgen die Enthauptung des Märtyrers Danvers statt. Aus diesem Anlaß kam es zu skandalösen Ausbrüchen. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge erging sich in lauten Protestrufen gegen die Absperrungsmaßregeln, welche von den Behörden getroffen worden waren und welche die Mehrzahl der antwandelnden Reugierigen verhinderte, die Hinrichtung zu sehen. Mehrere Personen verletzten gewaltsam die Truppenabsperrungen zu sprengen. Verschiedene Verhaftungen mußten vorgenommen werden. Bereits vor Witternacht durchzogen Demonstrationen die Straßen und brachten Hockrufe auf den Scharfrichter aus. Die Hinrichtung erfolgte alsdann ohne jeden Zwischenfall.

Schweden.

Der Malmöer Prozeß.

Stockholm, 26. Januar. Das höchste Gericht hat in Sachen des Bombenanschlags, der am 12. Juli vorigen Jahres gegen arbeitswillige englische Arbeiter auf dem als Logistikschiff verwendeten Dampfer „Amalthea“ in Malmö verübt wurde, sein Urteil gefällt. Es hat das von dem Malmöer Hofgericht verhängte Todesurteil gegen Nilsson und die lebenslängliche Zuchthausstrafe gegen Stern bestätigt und die gegen Rosberg verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Persien.

Bevorstehende russische Intervention.

Petersburg, 26. Januar. „Mjtsch“ erfährt aus vollkommen autoritativer Quelle: Das Memorandum der russischen Regierung über die persische Frage beginnt mit der Erklärung, der Schah und die bisherige Medschlis seien unfähig, die gegenwärtige Anarchie in Persien herbeizulegen. Die Anarchie bedrohe gleichmäßig die russischen Interessen und Persien selbst. Das veranlasse die russische Regierung auf der Durchführung einer Reihe von Reformen in Persien zu bestehen. Der erste Medschlis habe den Interessen des Landes widersprochen. Der neue Medschlis sei auf Grundlage des Jensus und Prinzips der Interessentvertretung einzuberufen, seine Kompetenz auf die einer gesetzgebenden Versammlung einzuzuschränken. Auf allen Verwaltungsgebieten seien dem Schah Angehörige kleinerer europäischer Staaten als Ratgeber anzuzuschreiben. Nach Ansicht der russischen Regierung müßten diese Reformen auf dringende Ratsschläge Rußlands und Englands hin durchgeführt werden.

Rußland will also den Parlamentarismus in Persien endgültig vernichten und an seine Stelle eine bloß beratende Versammlung setzen, die zudem aus einem unreaktionären Wahlrecht hervorgehen soll. Außerdem soll die Verwaltung in fremde Hände geleitet werden, so daß zugleich mit der Freiheit auch die Selbstständigkeit Persiens ein Ende hätte. Dies gerade in dem Moment, wo die revolutionäre Regierung in Tebriz und in Isfahan die Ordnung wiederherzustellen bemüht ist. Die „Anarchie“, die Rußland den Vorwand zu dem Einschreiten bieten soll, hat es zudem selbst erzeugt, als es den Schah durch den Kosakenobersten Djaloff zur Bombardierung des Parlaments verleitete. Man darf übrigens neugierig sein, wie sich die liberale englische Regierung zu dem Ansinnen, die persische Freiheit zu vernichten, verhalten wird.

Ein Erfolg der Revolutionäre.

Petersburg, 26. Januar. Meldungen aus Teheran berichten, daß die Regierungstruppen, welche gegen die aufständischen südlischen Provinzen entsandt wurden, von den Revolutionären in einen Hinterhalt gelockt wurden. Die Mehrzahl der Soldaten ist niedergemacht worden. Die Kommandoführer entflohen und ließen ihre Truppen im Stich.

Aus der Partei.

Die Pforzheimer Kandidatenfrage ist durch die im „Vorwärts“ erfolgte Erklärung aus dortigen Parteikreisen in einen anderen Gesichtswinkel gerückt worden. Die „Volkstimme“ (Mannheim) muß nun selber sagen, daß es Pflicht der Pforzheimer Genossen ist, ihrem bisherigen Vertreter im Landtage das Vertrauen nicht zu entziehen, falls nicht außerordentliche Gründe vorliegen. Den Parteitag mit der Sache zu beschäftigen, gehe nicht an. Die „Volkstimme“ kommt zu dem richtigen Schluß, daß derartige Konflikte der Aktionskraft der badischen Sozialdemokratie im kommenden Wahlkampf nur schaden könnten. Um einige Monate früher hätte dieser Meinung schon Ausdruck gegeben werden sollen, als man in Mannheim glaubte, mit „außerordentlichen Gründen“ operieren zu können.

Zur badischen Presseangelegenheit nahm die Konferenz des 4. Reichstagswahlkreises (Lörrach) Stellung, in welcher der Freiburger Parteisekretär, Genosse Engler, sein Rundschreiben verteilte. Nach zweistündiger Diskussion sprach sich die Konferenz namens der vertretenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nahezu einstimmig gegen die Haltung und Agitation Englers aus, die mit den lokalen Interessen des Wahlkreises sich nicht vereinbaren lasse. Ein täglich erscheinendes Parteiorgan könne nur im Zentrum des wiesentäler Industriegebietes in Betracht kommen, also in Lörrach.

Die Parteigenossen in Triberg und Hornberg (B. Reichstagswahlkreis) sprachen sich gegen jede Neugründung aus und befristeten die Herausgabe eines Kopfblasses des „Volksfreund“ für Freiburg.

In Weissenheim bei Lahr sprach sich eine Parteiversammlung einstimmig für die Beibehaltung des „Volksblatt“ aus.

Son der französischen Sozialdemokratie.

Der Nationalrat der französischen Partei hielt am vergangenen Sonntag in Paris eine Vollversammlung ab. Der Sekretär Genosse Dubreuil gab den Rechenschaftsbericht. Die letzten Wahlen in Bielefranche und Carolles berechtigten zu den besten Hoffnungen für die noch in diesem Jahre stattfindenden Ergänzungswahlen, die in 19 Departements vorzunehmen sind. Die Partei werde sich hier überall beteiligen, und sei es auch nur, um ihre Stimmen zu zählen. Es wurde beschlossen, durch Subskription einen Wahlfonds zu gründen, damit es möglich sei, jedem Wahlkreis von der Zentralstelle aus einen Juiduch zu den Wahllokalen überweisen zu können. Die Abgeordneten und die übrigen Redner der Partei sollen sich für die Zeit der Wahlkämpfe für die betreffenden Kreise zur Verfügung halten.

Der Vorstand, erklärte Dubreuil in seinem Bericht weiter, sei stets bemüht gewesen, die Einigkeit der Partei aufrecht zu erhalten. Bei den verschiedenen Strömungen innerhalb des französischen Sozialismus wurde ihm das nicht immer leicht gemacht. Nach den Beschlüssen von Toulouse sei ja innerhalb der Partei die volle Meinungsfreiheit in bezug auf die Fragen der Theorie und der Methoden gewahrt, aber die Parteioorgane sollten doch Artikel vermeiden, die geeignet sind, die Einigkeit und die Einheit der Organisation zu gefährden. Das ist aber in Herdés Blatt geschehen. Dort wurde wiederholt für Gründung von Organisationen gewirkt, die zu den offiziellen Parteioorganisationen in Opposition stehen. Der Vorstand hat an Herdés das Ersuchen gerichtet, derartigen Artikeln keinen Raum zu gewähren. Darauf hat Herdés noch keine Antwort gegeben.

Ueber den finanziellen Stand der „Humanité“ berichtet Genosse Bracke. Danach ist der tägliche Verkauf auf 88 100 Exemplare gestiegen. Die „Humanité“ hat darum einen so schweren Stand, weil sie alle Anknüpfungen von Finanzoperationen usw. zurückweist. Sie hat jetzt auch das „Bulletin Financier“ entfernt, obgleich dies durchaus einwandfrei ist, um jedes Mißtrauen in seinen Leserkreisen zu beseitigen.

Der Rücktritt Macdonalds. London, den 22. Januar. Die die Blätter heute berichten, tritt J. R. Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei, von seinem Amte zurück, um mehr Zeit für parlamentarische und sozialistisch-theoretische Arbeiten zu gewinnen. Er war Sekretär seit der Gründung der Arbeiterpartei im Jahre 1900.

Gewerkschaftliches.

Eine neue „gelbe“ Unternehmerrückbildung!

Der Verband der Metallindustriellen in Württemberg leistet sich ebenfalls eine gelbe Gewerkschaft. Er hat seine Mitglieder „vertraulich“ aufgefordert, bei ihren Arbeitern Nachfrage über eine eventuelle Beteiligung derselben an dem zu gründenden „Unterstützungsverein des Verbandes der Metallindustriellen in Württemberg“ Umfrage zu halten. Dem Unterstützungsverein dürfen nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, die weder einer mit einer Kranken-Kasse- oder Unterstützungs-Kasse versehenen Arbeiterorganisation, noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation angehören, mag letztere eine solche Kasse besitzen oder nicht.

Zum Dank dafür sollen die Arbeiter, die durch ihren Beitritt zu der gelben Unternehmerrückbildung bewußt oder unbewußt zu Verrätern an ihren Klassengenossen werden, nicht etwa gar nicht, sondern nur später entlassen werden als ehrliche Arbeiter. Auch ausgesperrt können sie wie die übrigen Arbeiter werden; es soll dies jedoch nur in den Betrieben geschehen, wo ihre Zahl zur Fortführung des Betriebes nicht ausreicht.

Neben dieser „Unterstützungseinrichtung“ für willfährige Arbeiter schafft der Verband württembergischer Industrieller noch eine Auskunftsstelle für Unheimliche.

Da die Arbeiterschaft durch vorzeitige Veröffentlichung dieser Pläne gewarnt ist, dürften auch in Württemberg die Bäume der Scharfmacher und Gelben nicht in den Himmel wachsen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Schuhfabrik von Saly Rosenberg beschäftigte am Montag eine stark besuchte öffentliche Schuhmacherverammlung. Seit dem 15. d. M. befinden sich die Arbeiter der Rosenberg'schen Fabrik, 88 an der Zahl, im Streik. Es ist dem Fabrikanten gelungen, einige Streikbrecher zu bekommen, Leute aus allen möglichen Berufen, die erst angeleitet werden müssen, also nicht im geringsten die Streikenden ersetzen können. Die Versammlung hatte besonders den Zweck, die zahlreichen Heimarbeitler der Firma Rosenberg über die unehrenhaften und bekannten Ursachen des Streiks aufzuklären und sie zur Solidarität aufzurufen.

Nach reger Diskussion wurde eine Resolution angenommen. Sie lautet:

„Die Versammlung weist mit Entrüstung die Zustimmung zurück, sich bei der herrschenden Teuerung Lohnabzüge machen zu lassen. Sie erklärt den Streikenden ihre volle Sympathie, verspricht ihnen moralische und materielle Unterstützung und fordert sie auf, im Kampfe auszuhalten, bis der Konflikt eine befriedigende Lösung gefunden hat. Ferner fordert die Versammlung die Heimarbeitler der Firma Saly Rosenberg auf, sich den kämpfenden Kollegen anzuschließen, damit der Sieg um so schneller herbeigeführt wird.“

Deutsches Reich.

Eine „gelbe“ Musterbewegung.

Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen hat sich an den Reichstag gewendet mit der Bitte um Einführung der 88 stündigen Sonntagsruhe.

Gegen diese Eingabe ist ein Protest beim Reichstag eingegangen, und zwar vom „gelben“ Bund der Bäckergehilfen Deutschlands, unterzeichnet Gustav Wischniewski, Präsident. Der Herr „Präsident“ der „Gelben“ bestreitet, daß der Verband der Bäcker und Berufsgenossen die Vertretung der Bäckergehilfen darstelle und erklärt, die 88 stündige Ruhezeit abzulehnen, weil es den Bäckermeistern nicht möglich sei, die nötigen Ausschüßkräfte zu erlangen und weil in diesem Falle soviel Bäckergehilfen angelernt werden müßten, daß es dem einzelnen Gesellen noch schwerer werde, sich selbständig zu machen.

Jedenfalls verdient es registriert zu werden, daß die „Gelben“ sogar gegen den minimalsten Arbeiterschutz ankämpfen.

Die Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand der Bahnhofs-Kiel des Zentralverbandes Deutscher Zimmerer hat über das Geschäftsjahr 1908 einen kleinen Jahresbericht zusammengestellt, der sehr interessante Zahlen über die Arbeitslosigkeit enthält. Diese Zahlen zeigen, wie einschneidend die Krise auf das Arbeitsverhältnis der Zimmerer gewirkt hat. Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos

	1907	1908
Januar	7,0	28,5
Februar	12,1	28,5
März	2,2	17,5
April	0,4	11,7
Mai	1,2	7,4
Juni	1,4	3,9
Juli	1,5	7,0
August	1,1	2,9
September	0,7	10,9
Oktober	0,7	9,1
November	1,5	8,0
Dezember	7,0	29,0

Von 710 Mitgliedern, die die Bahnhofs-Kiel im Jahresdurchschnitt 1908 hatte, feierten 488 Mitglieder 3459 Wochen. An Arbeitslosenunterstützung wurden im Jahre 1907 2285 M. ausbezahlt, im Jahre 1908 dagegen 12 085,25 M. Hierzu kommen noch 4139 M. Sozialzuschlag, so daß insgesamt 1908 16 224,25 M. zur Auszahlung gelangten. Diese gewaltige Summe, die nur eine einzige Gewerkschaft am Orte für ihre Arbeitslosen aufgewandt hat, bedeutet eine ansehnliche Entlastung der Stadt in ihrem Armenbudget. Trotzdem lehnte die bürgerliche Mehrheit in der Stadtvertretung den sozialdemokratischen Antrag auf kommunalen Juiduch für die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften glatt ab.

Arbeitslosenzählung in Dortmund.

Das Statist. der freien Gewerkschaften hat für Dortmund eine Arbeitslosenzählung vorgenommen. Es wurden, soweit die Zähler Auskunft erlangen konnten, 1748 Arbeitslose gezählt. Von diesen sind 741 verheiratet, die zusammen 1812 schulpflichtige Kinder zu ernähren haben. Die Zahl der Tage, an denen die Arbeiter ohne Beschäftigung waren, beträgt 88 000. Die Summe des Lohnausfalles für die Zeit der Arbeitslosigkeit beträgt 265 227 M. Von den Arbeitslosen sind 647 organisiert.

Die Zahlen haben auf Vollständigkeit insofern keinen Anspruch, als die Polen und Ausländer, weil sie behördliche Maßnahmen fürchteten, jede Auskunft verweigerten. Der „einsichtsvolle“ Magistrat Dortmunds, der sorgfältig behauptet, in Dortmund arbeiten nur Bummler nicht, beschäftigt mit Kostbararbeiten ganze 188 Mann. Auf eine Resolution einer großen Arbeitslosenversammlung, die von 1200 Mann besucht war, hat der Magistrat heute — nach 3 Wochen — noch nicht geantwortet.

Eine Arbeitslosenzählung nach schlechtem Berliner Muster.

Der Stadtrat in Dresden hat auf eine Eingabe des Gewerkschaftsartells hin, hier im Februar dieses Jahres eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen, eine solche beschloffen, und zwar in der Weise, daß die Arbeitslosen sich an ganz bestimmten Stellen selbst melden sollen, ein System, das natürlich absolut keinen richtigen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit gibt, weil viele Arbeitslose sich aus verschiedenen Gründen nicht melden werden. Zu diesem Zwecke sind seitens des Stadtrates 1500 M. bewilligt worden.

Die Krise.

Nach dem soeben erschienenen Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Köln haben die Kölner Zwangs-Krankenkassen am 1. Januar 4105 Mitglieder weniger als am gleichen Tage des vorigen Jahres, das doch auch schon im Zeichen des Niederganges stand. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 244 pro 100 offene Stellen auf 312. Die Zahl der bei dem Arbeitsnachweis vermittelten Stellen sank von 36 pro Hundert auf 29. Die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte ist jedoch höher als zur selben Zeit der beiden Vorjahre.

Zum drohenden Kampfe in der Süddeutschen Holzindustrie.

Der „Süddeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe“ kündigte die in Baden und der Pfalz bestehenden Tarifverträge und erklärte dabei, neue Tarifverträge würden nur mit dem Ablauftermin am 11. Februar 1911 abgeschlossen. Dieser einseitige Vertragsablauf wird gewählt, weil die Unternehmer hoffen, die Kampfesführung auf breiter Grundlage würde die Gewerkschaften daran mitnehmen, daß die Arbeiter von vornherein auf Streiken verzichten. — Bemerkenswert ist der folgende Zusatz zum Abkündigungsklausel, welches den Vorschlag zum Tarif betrifft: Den vertraglichen Verpflichtungen gemäß haben wir das Einigungsamt Forzheim angerufen, bemerken jedoch schon jetzt, daß wir uns den Entscheidungen des Einigungsamts nicht unterwerfen werden!

Ein christlich-polnisches Gewerkschaftsbündnis?

Von polnischer Seite ist dieser Tage berichtet worden, daß der Verband „Zur gegenseitigen Hilfe“ in Oberschlesien sich mit der polnischen Berufsvereinigung zusammenschließt. Die Werbung soll voreilig sein. Von polnisch-sozialistischer Seite ist unserem Gewährsmann folgendes mitgeteilt worden: Seit der Zeit, als der polnische Verband in Posen („Swionsek Polski“) in der polnischen Berufsvereinigung aufgelöst wurde, sieht sich die polnische Organisation in Oberschlesien, die den Namen „Christlicher Verband zur gegenseitigen Hilfe“ trägt, zu schwach, um den mächtigen Gegner „Sjednoczenie Sawodowe“ (Polnische Berufsvereinigung) die Stirn zu bieten. Die „Gegenseitige Hilfe“ in Oberschlesien wird immer noch von dem polnischen Abgeordneten Korsantch gerupft, der sich auf der Organisation seine Operationsbasis einzurichten gedenkt. Was jetzt ist es ihm zwar nicht gelungen, die Organisation zu sprengen, aber er hat ihr durch Mitgliederabtreibung sicher tiefe Wunden geschlagen. Die einst starke Organisation — sie zählte 1908 gegen 30 000 Mitglieder — ist heute auf 5000 zusammengeschmolzen. Die „Gegenseitige Hilfe“ steht unter dem Protektorat des polnischen Abgeordneten Napieralski, der mehr dem Zentrum als dem Nationalpolen zuneigt. Er hat die Organisation — wenn auch nicht immer direkt, so doch indirekt geleitet. Es gab eine Zeitung, die „Praga“ (Arbeit) heraus, deren ganzen Profit sich der Herr Abgeordnete aneignete. Die „Praga“, die bis in die letzte Zeit hinein Privateigentum des Napieralski war, wurde als Organ der „Gegenseitigen Hilfe“ bezeichnet. Nun ist diese Zeit für den Herrn Abgeordneten jedoch vorüber. Das Organisationsgebäude tracht in allen Fugen und droht zusammenzustürzen. Dazu kommt noch die Forderung der verschmolzenen polnischen Organisationen, die die „Gegenseitige Hilfe“ aufgelöst wissen wollen. Im entgegengesetzten Falle würden sie ihre Agitatoren nach Oberschlesien senden, die die „Gegenseitige Hilfe“ beseitigen sollen. Der Abgeordnete Napieralski ist jedoch nicht geneigt, mir nichts dir nichts das Gepter, das er so lange gehandhabt hat, aus der Hand zu geben. Die „Gegenseitige Hilfe“ kann noch immer eine nützliche Auh für ihn werden. Er will immer noch aus der Arbeiterklasse Geld verdienen, wenn auch nicht mehr so viel wie früher. Er weiß ganz gut, daß, wenn die „Gegenseitige Hilfe“ mit der polnischen Berufsvereinigung verschmolzen ist, auch sein Einfluß auf die Organisation für immer verschwindet. Soweit läßt er es darum nicht kommen. Man wandte sich darum an den Verband christlicher Gewerksvereine, der sich auch bereit erklärte, in die Verhandlungen mit dem Abgeordneten Napieralski zwecks Angliederung der „Gegenseitigen Hilfe“ an die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Die Verhandlungen fanden Anfang Dezember in Berlin statt. Sie werden zwar bis jetzt noch geheim gehalten, sicher ist jedoch, daß in naher Zukunft die „Gegenseitige Hilfe“ in Oberschlesien als Filiale der christlichen Gewerkschaften proklamiert wird. Schon am 1. Februar soll der „Vergnapp“ (polnische Ausgabe) von Essen nach Oberschlesien gebracht werden. Die Nationalpolen werden vor Wut in die Fäuste spucken, weil ihnen der schmachhafte Happen vom

Zentrum direkt vor der Nase weggeschmachtet wird. Der Abgeordnete Napieralski aber wird sein Geschäftchen weiter machen. Denn der polnische „Vergnapp“, der im Februar von Essen nach Oberschlesien überflogen, wird in der „Katolik“-Druckerei (Eigentum des Herrn Napieralski) gedruckt werden. Die Groschen der polnischen Arbeiter werden also in Zukunft nach Essen und München-Bladbach wandern, wenn eben diese Arbeiter nicht anderen Sinnes werden und zu den freien Gewerkschaften übertreten. Man darf nun gespannt sein, ob der Bissen in letzter Stunde noch den Nationalpolen zufällt oder an „die schwarze Garde“ übergeht.

Ausland.

Maschinenstreik in Paris.

Die Maschinenstreik am „Matin“, „Petit Parisien“, „Petit Journal“, „Eclair“, der „Autorité“ und noch fünf oder sechs anderen Pariser Zeitungen sind am Montagabend in den Streik eingetreten. Die Ausständigen verlangten eine Erhöhung ihres Lohnes von 12 Fr. auf 14 Fr. pro Nacht. Da es jedoch seit ungefähr 10 Tagen bekannt war, daß ein Streik geplant war, hatten die Zeitungen ihre Vorbereitungen getroffen. Sie hatten nichtorganisierte Setzer engagiert, die nur auf den Befehl warteten, an die Arbeit zu gehen. Nur wenige Minuten, nachdem die Streikenden ihre Maschinen verlassen hatten, waren die „nützlichen Elemente“ bereits tätig. Die Gewerkschaften hatten zwar Streikposten an den Druckereien aufgestellt, um die zur Arbeit kommenden Streikbrecher abzufangen, die Polizei und die Garde Municipale waren jedoch von den Zeitungen verständigt worden und „schlitten die Arbeitswilligen“. Viele von den Setzern waren seit langen Jahren im Dienste der betreffenden Zeitungen, sie waren jedoch davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie nicht zurückgenommen werden würden, falls sie ihre Arbeit verlassen würden. Die „Autorité“ und die täglich erscheinende Theaterzeitung „Comodia“ hatten zu einem eigenartigen Auskunftsmitel gegriffen, da sie keine geübten Maschinensetzer erhalten konnten. Sie liehen die Manuskripte auf photographischem Wege kischieren, so daß die gesamte Zeitung heute in der Handschrift der Mitarbeiter in getreuen Familien erschienen ist. Man befürchtet, daß sich noch neue Komplikationen ergeben werden, da wahrscheinlich die Maschinenmeister und Drucker sich mit ihren Kollegen von der Seymaschine solidarisch erklären werden.

Bergarbeiterstreik in Australasien.

London, 25. Jan. (Esp. Ber.)

Vor einiger Zeit wiesen wir an dieser Stelle darauf hin, daß das obligatorische Schiedsgerichtswesen in Australien und Neuseeland immer mehr verfaßt und daß die Zahl der Arbeitsbeeinträchtigungen im Wachsen begriffen ist. In den letzten Wochen sind Streiks ausgebrochen in den Bergwerken von Broken Hill (Neuseelands, Australien) und Auckland (Neuseeland).

Der Streik in Broken Hill ist ein Abwehrkampf gegen Lohnherabsetzungen. Er hat bereits zu Gewalttätigkeiten, Dynamitexplosionen und Verhaftungen von Streikenden und ihren Führern den Anlaß gegeben. Bei Aufstellung von Bissetts kam es zu einem Zusammenstoß der vom Genossen Tom Mann geführten Streikenden mit der dort aufgestellten Polizei. Tom Mann und 20 Streikende wurden verhaftet, aber gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

In Neuseeland ist zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten ein merkwürdiger Konflikt ausgebrochen, der zu Streiks führte. Als Vorbedingung der Versicherung der Bergleute gegen Arbeitsunfälle verlangten die Unternehmer, daß sich die Arbeiter einer ärztlichen Untersuchung unterziehen sollten. Die Bergleute widersetzten sich und stellten die Arbeit ein. Die Regierung war zuerst für die Durchführung der Forderung der Unternehmer. Erst der Streik der Kohlenbergleute, der die Schifffahrt und die Industrie des Landes erheblich beeinträchtigte, veranlaßte sie, die Vorbedingung der Unfallversicherung aufzugeben. Die Unternehmer und die Versicherungsgesellschaften sind über die Nachgiebigkeit der Regierung entzweit.

Verfassungen.

Verband der Sattler. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Donnerstag ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht für das 4. Quartal gab Kassierer Behler. Die Krise im Sattlerberuf hat bis jetzt nicht ab-, sondern noch zugenommen, woran auch die Vorfahrungen für die Heeresverwaltung nichts zu ändern vermochten. Allein die Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche hat 110 Arbeitslose zu verzeichnen, dabei haben aus dieser Branche viele Arbeiter sich anderen Zweigen des Sattlergewerbes zugewendet. Die Militärbranche ist die einzige, die an Mitgliedern zugenommen hat. Der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1908 1138,00 M. Von der Hauptkasse erhalten 3700 M. Diese Summe kam zur Auszahlung an streikende Mitglieder. An Gesamteinnahme sind 15 361,79 M. zu verzeichnen. Dem folgenden Ausgabensumme zu Unterhaltungszwecken gegenüber: Für Streik 3433,50 M., Hauptkassa 99,60 M., Reise und Auswärtige 103 M., Arbeitslosen 3504,75 M., Kranken 1925,50 M., Verdringung 290 M., Ueberschüsse Verwaltungskosten 2104,68 M., an die Hauptkasse gesandt 3000 M. Summa: 14 551,04 M. Bestand am 31. Dezember 1908 810,75 M. Die Einnahme der Lokalfasse ergab 19 012,11 M., die Ausgabe 4030,50 M. Bestand am 31. Dezember 1908 14 981,61 M. Einnahme der Berliner Verwaltung 3405,26 M., Ausgabe 2279,78 M. Bestand am 31. Dezember 1908 1125,50 M. Die Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises zeigen folgende Biffern: Eingeschriebene Arbeitslose waren 502, davon 80 nichtorganisiert. Oktober 239, November 133, Dezember 130. Arbeitskräfte wurden verlangt 221. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1909 1010, darunter 79 weibliche. Während des Quartals sind zugereist, übergetreten usw. 220, verstorben, abgereist usw. 190 Mitglieder. Demnach waren am 31. Dezember 1908 1040 Mitglieder, darunter 88 weibliche zu verzeichnen. In den Gesellenauschuh wurden gewählt: Döhner, Habermann, Fr. Langer und Bippich; als Ersatzleute: Winkler, Sahn. Für das Heeresgewerbe: Fr. Hermann, O. Tiesch. Für das Innungs-schiedsgericht: Pippich, Winowski; als Ersatzleute: Reichmann, Lohse. Die Beratung über den Statutenentwurf mußte infolge der vorgerückten Zeit abgebrochen werden. Die Fortsetzung wird in der am 8. Februar stattfindenden Versammlung erfolgen. Als Delegierte zum diesjährigen Verbandstag wurden gewählt: E. Schulte, Niesel, Boh, Döhner, Krause, Geier, Seidel, Hase, Langer, Winowski. Als Ersatzleute: Sahn, Prenzler.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine verunglückte Rettungskolonne.

Pittsburg, (Pennsylvanien), 25. Januar. (W. L. B.) Bei einer Explosion, die sich in dem Boswell-Kohlenbergwerk in Somersetcounty ereignete, wurden drei Personen getötet. Eine Rettungskolonne von fünfzig Mann, welche in das Bergwerk eindrang, wurde durch Erdrutschungen abgeschnitten und eingeschlossen.

Pittsburg, 26. Januar. (W. L. B.) Dem Vernehmen nach sind von der ins Boswell-Kohlenbergwerk eingebrungenen Rettungskolonnen 22 Personen umgekommen.

Reichstag.

104. Sitzung vom Dienstag, den 26. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Dernburg, Kräfte.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Nach dem Entwurf soll der Reichszolltarif ermächtigt werden, dem Norddeutschen Lloyd für die vierwöchentliche Verbindung zwischen dem Schutzgebiete Neu-Guinea einerseits und Hongkong und dem australischen Festland andererseits und für die wieder-einzurichtende Anschlusslinie von Singapur nach dem Schutzgebiet Neu-Guinea vom 1. April 1909 ab eine Reichsbereitschaft von 500 000 M. statt der bisherigen von 230 000 M. zu bewilligen.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Im vorigen Jahre lehnte der Reichstag die von uns geforderte Erhöhung der Subvention auf 700 000 M. ab. Wir schien es, als ob die Mehrheit des Reichstages die wirtschaftliche Notwendigkeit der Erhöhung des Zuschusses anerkannte, aber glaubte, daß der Norddeutsche Lloyd sich zur Fortführung der Linien auch bei einer Subvention von 500 000 M. würde bereit finden. In erneuten Verhandlungen hat der Lloyd den zahlenmäßigen Nachweis geführt, daß er den Betrieb der von ihm über seine vertragmäßige Pflicht hinaus eingerichteten Linien ohne die erhöhte Subvention nicht aufrecht erhalten kann; wird die Subvention nicht bewilligt, so wird der Lloyd sich daher auf die Vertraglinie Singapur-Neu-Guinea zurückziehen, während die Verbindung von Neu-Guinea mit Japan und Australien aufhören würde. Das wäre ein schwerer Schlag gegen das im Aufstehen begriffene Schutzgebiet Neu-Guinea und würde dazu führen, die Reichsbereitschaft für dieses Schutzgebiet zu verpetulieren und womöglich noch zu steigern. Es wäre also Sparlosigkeit am unrechten Platze.

Abg. Dr. Semler (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde zu der Vorlage, die er an die Budgetkommission zu verweisen beantragt.

Abg. Dr. Hahn (L.) erzählt mit bequämliger Breite, wie er „die Ehre gehabt“, „St. Durandant dem Fürsten Bülow“ in persönlicher Unterredung auf Helgoland (Ironisches Hört! Hört! auf verschiedenen Seiten. — Heiterkeit) Forderungen der deutschen Rüstungsschiffahrt vorzutragen, die auf Beschränkung der holländischen Konkurrenz gehen. Außerdem schilt Redner, weil er nebenbei preussischer Abgeordneter sei (Ironische Rufe: Rebenbeiz? Heiterkeit) auf den Partikularismus Hamburgs und gibt eine ziemlich ausführliche Geschichte seiner eigenen parlamentarischen Tätigkeit.

Abg. Erzberger (S.): Das Soldefizit von 150 Millionen Mark hat sich in ein Fidejussum von 270 Millionen Mark verwandelt. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn also im vorigen Jahre die Vorlage aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde, so sind diese finanziellen Gründe heute im verstärkten Maße vorhanden. Ich wundere mich daher über die Haltung der Konservativen. Predigt nicht der Reichszolltarif fortgesetzt? Hat er nicht selbst eben erst am 19. Januar im Abgeordnetenhaus (Ruf: Ja der fattam bekannten Rede!) den ganz richtigen Grund aufgestellt: keine neuen Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen? Subventionen als Unterstüßungen einzelner Erwerbsgesellschaften oder Erwerbszweige haben wir stets prinzipiell abgelehnt. Es ist aber falsch, hier von Subventionen zu sprechen, denn vom Lloyd werden Gegenleistungen verlangt, und wir haben lediglich zu unterstützen, ob Leistung und Gegenleistung im richtigen Verhältnis stehen. Die Begründung der Notwendigkeit, die Linie nach Hongkong und Yokohama aufrechtzuerhalten, ist sehr mager. In der Kommission werden wir auch zu prüfen haben, ob der Reichszuschuß von 350 000 Mark den Neu-Guinea trotz der Subvention noch erhalten soll, gerechtfertigt ist. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Hermann (fr. Sp.): Daß bei der Subvention lediglich das Reichsinteresse, nicht das des Lloyd, in Frage kommt, geht am besten daraus hervor, daß der Lloyd auf den subventionierten Linien in den letzten 8 Jahren trotz der Subvention 4 1/2 Millionen Mark zugeführt hat; der Lloyd würde also der Vorlage, falls sie scheitert, keine Kränze nachweisen.

Staatssekretär Dernburg: Würde Neu-Guinea vom Weltverkehr abgeschnitten werden, so würde das verderblich für dieses Schutzgebiet sein; ebenso schlimm oder noch schlimmer wäre es, wenn Neu-Guinea, welches Artikel des Weltmarktes exportiert, auf die Tarife fremder Schiffahrtsgesellschaften angewiesen wäre. Deshalb freue ich mich über die Stellungnahme der Vorredner. Der Etat für

Neu-Guinea beträgt im ganzen nur 1 108 000 M.; dabei wird es also kaum möglich sein, Abstriche in Höhe von 270 000 M., welche der Erhöhung der Subvention entsprechen, zu machen, zumal da eine Reihe einmaliger Ausgaben dabei ist. Der Gesichtspunkt, daß die deutsche Flagge aus der Südsee nicht verschwinden soll, ist ebenfalls beachtenswert; es handelt sich dabei nicht nur um den Lloyd, sondern um die Interessen der Deutschen in jenen Gegenden. Seit dem Bestehen des Vertrages ist die japanische Schiffahrt entstanden, die stark subventioniert wird; auch die australische Schiffahrt bemüht sich um jene Inseln; da haben wir, denen die Inseln gehören, allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß unsere Flagge aus jenen Gewässern nicht verschwindet. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Koße (Soz.):

Es wird behauptet, man müsse der Vorlage aus Gründen der nationalen Ehre zustimmen. Da scheint es mir angebracht, auch auf die nationalen Interessen der Arbeiter einzugehen. Im vorigen Jahre hat der Reichstag bei der Beratung des Etats zweimal Resolutionen angenommen, in denen verlangt wird, daß das Reich Arbeiten nur an solche Firmen vergibt, die bezüglich der Arbeitsbedingungen sich an die gesetzlichen Vorschriften und an die bestehenden Tarife halten. Wenn die Resolutionen auch nur Aufforderungen an die Seeres- und Marineverwaltungen enthielten, so meinte der Reichstag doch wohl, daß diese Grundzüge allgemein bei Vergabung von Arbeiten durch das Reich gelten sollten. Ist dies aber der Fall, so sollte das Reich überhaupt nicht in der Lage sein, mit dem Norddeutschen Lloyd Verträge abzuschließen. Denn der Norddeutsche Lloyd mißachtet die Reichsgesetze, soweit sie sich auf seine Arbeiter beziehen. Er tritt das Koalitionsrecht seiner Arbeiter geradezu mit Füßen, dieses wichtigste Recht, das die Arbeiter neben dem Wahlrecht haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der unerhörtesten Weise hat er gegen das Koalitionsrecht seiner Arbeiter Stellung genommen, während gerade seine Arbeiter alle Veranlassung haben, wegen der außerordentlich ungünstigen Arbeitsbedingungen vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Maschinenpersonal des Lloyd muß sich verpflichten, nicht Mitglied des Seemannsverbandes oder eines Verbandes mit ähnlichen Bestrebungen zu sein. Das ist ein grober Verstoß gegen die guten Sitten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine direkte Herausforderung gegen die Gesetzgeber des Reiches. Der Norddeutsche Lloyd hat gelbe Vereine gegründet. Ich glaube nicht, daß hier viele Abgeordnete sich für die Gründung solcher Streikbrecherorganisationen aussprechen werden. Wegen den Raub des Koalitionsrechts der Seeleute durch den Norddeutschen Lloyd muß der Reichstag entschiedene Stellung nehmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch um andere Dinge zum Schutze der Arbeiter kümmert sich der Lloyd nicht. Nach der Seemannsordnung kann kein Seemann gezwungen werden, auf einem anderen Schiffe seiner Reederei Dienste zu leisten. In den Verträgen des Lloyd müssen die Seeleute eine entsprechende, der Seemannsordnung zuwiderlaufende Bestimmung unterschreiben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In erheblichem Maße beschäftigt der Lloyd auch farbige Mannschaften zum Zweck der Ersatzarbeiten und um die Lebenshaltung der deutschen Mannschaften herunterzudrücken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Frage der farbigen Besatzung auf deutschen Schiffen ist für die Seeleute geradezu eine brennende geworden. Beständig nimmt die Zahl der farbigen zu. Gegenwärtig beträgt sie ungefähr 5000 bei insgesamt 45 000 Seeleuten. In der deutschen Kauffahrtsflotte ist also immer der neuere Mann ein farbiger. Vor acht bis neun Monaten, als damals die Subventionvorlage beraten wurde, haben wir beantragt, dafür zu sorgen, daß wenigstens bei der Ausfahrt die Schiffe des Lloyd mit weißer Besatzung aus den Ausfahrtsplätzen herausgehen. Der Reichstag hat das abgelehnt. Die Debatte darüber hat die größte Aufmerksamkeit der deutschen Seeleute erregt und die Ablehnung unserer Resolution ihr höchstes Verbrechen; denn sie sind der Meinung, daß sie ihren Interessen entspreche. Mangel an Seeleuten ist es nicht, der zu farbigen greifen läßt. Bei genügender Bezahlung und bei genügender Befestigung würden reichlich deutsche Seeleute zu haben sein. Die Zunahme der farbigen beruht lediglich auf der Profitgier der Unternehmer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man spricht so viel davon, daß das Reich Mittel aufwenden soll, um einen seemannischen Nachwuchs für die Marine heranzuziehen, und dabei zwingt man die deutschen organisierten Seeleute, auf ausländischen Schiffen zu fahren. Das ist eine sehr eigentümliche nationale Politik. In dem vorliegenden Vertrage ist auf die Interessen des deutschen Kapitals jede Rücksicht genommen. Der Lloyd soll die Schiffe nur auf

deutschen Werften bauen dürfen, er soll nur deutsches Material verwenden, die Funken sollen nur mit deutschen Kohlen gefüllt werden. Nur auf die deutschen Arbeiter wird keine Rücksicht genommen. Chinesen und andere farbige soll der Lloyd ruhig verwenden dürfen statt deutscher Arbeiter, weil sie billiger sind. Freilich will man die Zunahme des farbigen Personals mit der humanitären Rücksicht auf die deutschen Seeleute begründen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man meint, sie wären zu schade, die schwere Arbeit in den Tropen zu verrichten. Die ausgebildeten Geschützten wollen aber von einem solchen Schutze nichts wissen. Es ist ja auch ein eigentümlicher Schutze, der sie dem Hungertode überantwortet, indem man ihnen die Arbeitsgelegenheit nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die farbigen Arbeiter leiden unter der schweren Arbeit in gesundheitwidrigeren Räumen nicht weniger als die weißen. Sie sind keineswegs widerstandsfähiger. Ihre Widerstandskraft ist sogar geringer. Das beweist der Umstand, daß bei ihnen mehr Selbstmorde vorkommen und daß man mehr farbige als weiße Arbeiter zur selben Arbeit braucht. Trotzdem sind die ersten noch billiger! So beträgt die durchschnittliche Feuer für einen weißen Heizer 80 M. monatlich, für den chinesischen dagegen nur 40 M. Obwohl nun 38 bis 39 chinesische Heizer statt 24 deutscher notwendig sind, werden immer noch monatlich 400 M., also jährlich 4800 M. auf diese Weise allein bei dem Maschinenpersonal erspart. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sonst spricht man immer von dem Schutze der nationalen Arbeit, und Herr Dr. Hahn hat eben erst über die holländische Konkurrenz bei der Rüstungsschiffahrt geredet. Da sollte man sich denn doch auch gegen die Verwendung farbiger Heizer als Lohnrücker wenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine von uns in diesem Sinne beantragte Resolution wird dem Hause Gelegenheit geben, einmal etwas für den wirklichen Schutze der deutschen Arbeiter zu tun. Hoffentlich wird diese Resolution nicht wieder einmal abgelehnt. Ich habe mit Vergnügen die Erklärungen des Staatssekretärs in der Kommission über die vorzugsweise Verwendung einheimischer Arbeiter bei dem Norddeutschen Lloyd gehört. Frag man nach diesen Grundzügen auch in der Südsee verfahren.

Der Lloyd behauptet, die Neuguinealinie ohne Subvention nicht aufrecht erhalten zu können. Der Kollege Dormann spricht sogar von einem Verlust von 4 Millionen, der der Lloyd bei dieser Linie erleide. Im übrigen holt der Lloyd aus an den Linien heraus, was er etwa bei einer Linie aussetzt. Und sein eigener Generaldirektor Wigand hat öffentlich erklärt, man müsse den diesjährigen Rückgang nicht tragisch nehmen, auf die Ebbe folge die Flut. Natürlich kommt diese Flut ausschließlich den Aktionären zu gute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will übrigens gar nicht behaupten, daß diese Subventionierung von besonderem Wert für den Lloyd ist. Die Vorlage muß nach den Motiven als eine kolonialpolitische betrachtet und beurteilt werden. Die starken Farben, die in den Motiven aufgetragen werden, weisen übrigens auf Herrn Dernburg als Verfasser hin. Da sollen große deutsche Interessen in Neu-Guinea vorhanden sein. In der Tat sind nur 40 deutsche Unternehmungen da. Von den 110 europäischen angestellten fallen 78 auf die Neu-Guinea-Kompagnie (Hört! hört!), der u. a. die Palmen der Kokospalmen in Kaiser-Wilhelmsland gehört. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte die Vorlage ganz ungeschminkt

„Gesetzentwurf zur Subventionierung der Neu-Guinea-Kompagnie“

nennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unterhohlen stellen die Motive der Vorlage das Interesse der Neu-Guinea-Kompagnie in den Vordergrund. Es heißt darin, daß in den Sammlungsanlagen Papua wegen ihrer geringen Anfeuchtigkeit nicht zu gebrauchen sind, daß dagegen Malaien den gewöhnlichen Kautschuk vorzuziehen sind, weil sie das Klima besser vertragen und außerdem erheblich billiger arbeiten als die Chinesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage bezweckt, die Transportkosten für die billigen Malaien auf das Reich zu übernehmen, lediglich im Interesse der Plantagenbesitzer. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dernburg hat in diesen Tagen über die Förderung der sibirischen Kolonien gesprochen und gemeint, sie werden mit der Zeit dazu kommen, Lebensmittel nach Deutschland zu exportieren. Aber gegen eine solche Kolonialpolitik werden sich die Agrarier wohl wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Verweigerung der Vorlage an eine Kommission sind wir einverstanden. Würden wir nicht aus prinzipiellen Gründen gegen sie stimmen müssen, so mühten wir es aus finanziellen tun. Mit aller Entschiedenheit aber müssen wir uns auch dagegen wenden, daß es

Kleines feuilleton.

Richard Straußens „Elektra“. Der Abfahrtszug der neuen Sensationsoper von Richard Strauß, die am 26. Januar ihre Aufführung am Dresdener Hoftheater erlebt hat und als ein Weltereignis ersten Ranges gefeiert wird, ist soeben im Berliner Verlag A. Hürstner erschienen. Er weist ganz monströse Verhältnisse in harmonischer und klanglicher Hinsicht auf und stellt die gute „Salome“ im Verhältnis zur rasanten Nachfolge „Elektra“ als ein schier harmloses Geschöpf hin. Die Partitur weist folgende, ganz ungeheuerliche Orchesterbesetzung auf: 1 kleine Flöte, 3 große Flöten, 2 Oboen, 1 Englisch Horn, 1 Fiedelphön, 1 Es-Klarinette, 4 B-Klarinetten, 2 Basshörner, 3 Bassklarinetten, 3 Fagotte, 1 Kontrabaß, 4 Hörner, 4 Tuben, 8 Trompeten, 3 Posauern, 2 Waldtuben, 2 Harfen, 1 Celeste, 6 Pauken, 4 Schlagzeugspieler, je 8 erste, zweite, dritte Violinen, je 8 erste, zweite, dritte Bratschen, 12 Celli, 8 Kontrabässe. Im ganzen 111 Musiker im Orchester! Strauß hat seinen Mündener Freunden übrigens die immerhin tröstliche Versicherung gegeben, daß „Elektra“ die letzte Oper mit solch monströsen Texten und Formen sein soll. Von jetzt an wolle er à la Mozart leicht und einfach komponieren. Seine nächste Oper werde voraussichtlich Kolibree „Larläffe“ sein.

Was für ein Geschäft Strauß mit „Elektra“ macht, dafür einige Ziffern. Für den Druckvertrieb der Oper allein erhält er von seinem Berliner Verleger 110 000 M., wozu selbstverständlich noch die nach Millionen zählenden Lantlemen für die verschiedenen Aufführungen hinzutreten. Die Hammerstein-Oper in New York zahlt ein Einreichungshonorar von 20 000 M., garantiert für 30 Vorstellungen 72 000 M. und zahlt 24 000 M. Leihgebühr für die Musikalien. — In Berlin wird die neue Oper Anfang Februar aufgeführt.

Was das Reich die Kunst fördert. In dem Wettbewerbe für ein 25 Pfennigstück, den der Reichsminister für Erziehung und Unterricht hatte, sind über 500 Entwürfe eingeleistet worden. Diese außerordentlich starke Beteiligung steht, wie der „Künstlerverband Deutscher Bildhauer“ in der „Bericht der Kunst“ schreibt, in keinem Verhältnis zu der künstlerischen Aufgabe. Der künstlerischen Vertiefung war nur ein sehr geringer Spielraum gelassen, da die Anbringung des Adlers usw. bis ins Detail genau vorgeschrieben wurde. Insbesondere war es eine Bedingung, die den Wettbewerb nicht für eine allgemeine Ausschreibung geeignet erscheinen ließ. Es wurde nämlich verlangt, die Entwürfe gleich in der Mänggröße von 23 Millimeter Durchmesser einzuleisten. Die Befähigung, in so kleinen Dimensionen zu modellieren, besitzen nur ganz wenig deutsche Künstler und nur diese hätte man zu einem engeren Wettbewerb einladen dürfen. Alle übrigen Bewerber waren genötigt, ihre Entwürfe in größeren Dimensionen anzufertigen und dann erst auf mechanischem Wege auf die Mänggröße verkleinern zu lassen. Diese Verkleinerung kostet für jede Mänggröße 100 M., so daß weitens der größte Teil der Bewerber für jeden Entwurf 200 M. bare Selbstkosten

hat. Rechnet man die Aufwendung an Arbeitskraft und Zeit überhaupt nicht, sondern nur diese 200 M. bare Ausgaben, so kommt man schon zu dem Resultat, daß die deutsche Künstlerchaft für diesen Wettbewerb 500 mal 200 M. vorauslagen müßte, damit drei Bewerber insgesamt 4000 M. gewonnen. Bei einem so ungeheueren Mißverhältnis von Preisen und Wettbewerbskosten sollte es sich besonders eine Reichsbehörde dreimal überlegen, bevor sie einen allgemeinen Wettbewerb ausgeschrieben.

Zu allem Ueberflus scheint bei dem Wettbewerb, der auf Kosten der Künstler inszeniert wurde, auch nichts Brauchbares herausgekommen zu sein!

Ein neuentdecktes Urvolk. Auf der Mornington-Insel, die zu dem im Golf von Carpentaria gelegenen Wellesley-Archipel gehört, entdeckte der mit dem Schutze der Eingeborenen in Queensland betraute Beamte Howard einen Urstamm, der noch niemals mit Weißen in Berührung gekommen war. Nachdem er ein paar Tage vergeblich nach Einwohnern der Insel gesucht hatte, begegnete er zunächst einzelnen Angehörigen des Stammes und schließlich einer größeren Anzahl. Sie erwiesen sich als ein vollkommen im Urzustand lebendes Volk. Der Tabakgenuss war ihnen völlig fremd, auch die Nahrungsmittel der Europäer, wie Brot, Fleisch und Zucker, widersetzten ihrem Gaumen augenscheinlich auf das Entschiedenste, obgleich sie voll Reugier die ihnen ungewohnten Dinge zu kosten suchten. Nach der in der Wochenchrift „English Mechanic“ gegebenen Beschreibung sind die Bewohner der Mornington-Insel aufeinander heruntergekommen und abgemagerte, tatsächlich aber äußerst behende und kräftige Leute, denen jede Krankheit unbekannt ist. Die bisher fast gar nicht bekannte Insel ist über 200 Kilometer lang, mißt jedoch an der breitesten Stelle nur etwa 14 Kilometer. Die Lebensweise der Bewohner ist ganz und gar die eines Urvolks. Sie bauen keine Häuser, sondern begnügen sich damit, ihre Lagerstätten durch eine Art Windfang zu schützen. Sie nähren sich lediglich von den Rissen des Pandanus-Baumes, von Fischen und einer Art Krallenkrabbe.

Die Postkiste vom Nordpol. Das Meteorologische Institut in Christiania hat einen Brief von der Insel Söro aus Itmarcken erhalten, wonach dort am 8. November eine Boje angetrieben wurde, die in ihrem Innern einen Brief enthielt. Aus dem Inhalt des Säckchens geht hervor, daß die Boje am 24. Juli des Jahres 1900 in der Nähe des Raps Vahurst (westlich der Franklin-Bucht) ins Polarmeer geworfen wurde. Sie hat also rund 8 1/2 Jahre im Meere getrieben und ihre Reise wahrscheinlich durch das Polarmeer in der Nähe des Nordpols vorbei nach der Grönland-See gemacht, wo sie zwischen Grönland und Spitzbergen in die Nordsee gelangt sein mag. Unter diesen Umständen würde das Schicksal der Boje eine günstige Vorbedeutung für das Gelingen der Annamischen Expedition haben.

Humor und Satire.

Wunder. Bei der Inventur der Kirchengeräte in Frankreich, zu denen auch die Reliquien gehören, sind unter anderem gefunden

worden: 5 Körper, 6 Köpfe, 17 Arme, Weine und Hände des heiligen Andreas, 5 Körper und 2 Köpfe der heiligen Barbara, 4 Körper und 5 Köpfe des heiligen Basilus, 30 Körper des heiligen Georg, 20 Körper und 26 Köpfe der heiligen Juliana und 30 Körper des heiligen Pankratius. Die liberalen Rädler und Gottesläugner spotten darüber und glauben in ihrer Gehirnverwirrung, dadurch sei die Unschicklichkeit der Reliquien erwiesen. Die Lören! Ist es nicht der beste Beweis für die Ebnkraft der Verstorbenen, daß sie ihren Körper und ihre einzelnen Glieder vertriebsfähig können? Kann jetzt noch jemand an ihrer göttlichen Heiligkeit zweifeln?

Patriotisches Koffleisch. Im „General-Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Wülheim a. d. Ruhr“ vom 14. Januar findet sich folgendes Inserat:

„Das Reitpferd des früheren Generaladjutanten St. Maj. des Kaisers, des Grafen Hülten-Höfeler, habe ich zum Schlachten angekauft und gelangt das Fleisch hierbon am Freitag, den 15. d. M., auf dem hiesigen Wochenmarke zu Wülheim - Ruhr zum Verkauf zu einem Pfund 30 Pfennig.“

Der Koffschlachtere.

Wir finden es bedauerlich, daß die heiligsten Güter der Nation das Pfund zu nur 30 Pfennig vertriebsfähig werden; dringend hoffen wir, daß der gesinnungsbüchlige Koffschlachter das Fleisch nicht etwa an Sozialdemokraten und ähnliches Geschlechter abgibt!

(„Jugend.“)

Notizen.

— Im Lessingtheater wurde am Montag der 7. Akt des „Hylas“ fortgesetzt. „Die Stützen der Gesellschaft“, eines der wirksamsten Dramen Bödens und sein stärkstes Anlagestück gegen die Lebensläge kapitalistischer Moral, erlebte an diesem Abend zugleich die 100. Aufführung im Lessingtheater.

Wenn man bedenkt, daß irgendein französisches Aus- und Anziehungstück in einem Winter ebenso viele Aufführungen erzielt, ist das immer noch nicht genug. Die Darstellung, die im ganzen dieselbe Besetzung zeigte wie bei der Neueinstudierung vor zwei Jahren, bot wieder kräftigste Wirkung und tiefe Seelenanalyse.

— Eine Shadow-Ausstellung, die Zeichnungen, Wästen, Denkmäler enthält, wurde am Dienstag in der Akademie der Künste für die sog. Gesellschaft eröffnet; vom Mittwoch an ist sie jedem Entreezahler zugänglich.

— Im Ballon über die Alpen. Zwei österreichischen Erzherzogen gelang es am Montag als ersten, die Nordkette der Zentralalpen, das Korwandelgebirge, im Luftballon zu überqueren. Nach ihrem Aufstieg in Junsbrud mit dem Ballon „Salzburg“ flogen sie zunächst im Juntal bis nach Schwaz, dann in einer Höhe von 2700 Meter über den Bettelewurf und landeten nachmittags bei Scharnitz an der bayerischen Grenze.

Rational sei, für die deutschen Kapitalisten billige Kulis heranzulassen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (wirtsch. Bg.) stimmt dem Vorredner in bezug auf Verwendung farbiger Arbeiter als Kohndrücker bei und verlangt, daß man den Seeleuten das Rekrutierungsrecht, das allerdings auf dem Schiffe zu ruhen habe, im übrigen nicht verflummern. Von den Kapitänen und den Schiffsoffizieren könne man doch nicht sagen, daß sie unter sozialdemokratischer Führung stehen. Angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches sei die Wiedereinbringung der im vorigen Jahre abgelehnten Forderung nicht gerade erfreulich. Die Gewinn- und Verlustrechnungen des „Nord. Lloyd“ sind etwas sehr sonderbar und müssen in der Kommission gründlich unter die Lupe genommen werden. Auch bei Abhebung der Vorlage wird der Lloyd es sich sehr überlegen, ob er als guter Kaufmann die Linie Sydne-Hongkong-Yokohama eingehen lassen wird. Aber selbst wenn er es tut und lediglich nach dem alten Vertrage wieder die Linie von Neu-Guinea nach Singapore einrichtet, so schadet mich das durchaus nicht. Wir wollen die Vorlage nicht grundsätzlich ablehnen, sondern weitere zahlenmäßige Aufklärungen in der Kommission abwarten. (Bravo! bei der Wirtsch. Vereinigung.)

Abg. v. Dirksen (Rp.): Neu-Guinea ist im erfreulichen Aufblühen begriffen. Die Einwände der Herren Roske und Raab mögen in der Kommission sorgfältig geprüft werden; aber eine halbe Million für eine blühende Kolonie muß das Reich auch in dieser Zeit der Finanznot übrig haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (Z.): Der Abg. Hermann hat heute gesagt, der Lloyd lege bei den subventionierten Linien zu. Aber man kann die Geschäfte des Lloyd nicht nach einzelnen Linien beurteilen, außerdem nimmt er ganz kolossale Abschreibungen vor.

Abg. Hermann (fr. Bp.) tritt den letzten Ausführungen des Abg. Erzberger entgegen. Gegenüber dem Abg. Roske behauptet er, daß die Einstellung farbiger Arbeiter auf den Schiffen auf dem Mangel an deutschen Seeleuten beruhe; auch könnten jene die hohen Temperaturen besser aushalten; von der weichen Besatzung erkrankten 40 Proz. an den Folgen der Hitze, von den malaisischen nur 13 Proz.

Abg. Roske (Soz.): Herr Hermann meinte, die Arbeiter bräuchten ja nicht zum Norddeutschen Lloyd zu gehen, wenn ihnen die ihnen vorgelegten Verträge nicht passen. Ein solcher Standpunkt ist uns ja bei den Unternehmern bekannt, es wundert mich aber doch bei einem freisinnigen Abgeordneten. Der Norddeutsche Lloyd ist in Bremen und Bremerhaven ein so wichtiger Arbeitgeber, daß die dort angestellten Leute anderwärts nicht Arbeit finden, wenn sie nicht ihren Wohnort wechseln. Ferner verweist uns Herr Hermann auf unseren Wahlkreis: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Bewußt, das wünschen wir, aber die Chinesen befolgen leider diesen Rat nicht. Soweit geht unsere internationale Solidarität nicht, daß wir den Chinesen alles Gute wünschen und für die deutschen Arbeiter nicht sorgen. Das Hund ist uns näher als der Ferkel, zunächst sorgen wir dafür, daß die deutschen Seeleute ausreichend zu leben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das erreicht ist, wollen wir gern mitgehen, die Chinesen auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. — Bei meiner Statistik habe ich mich auf Autoritäten wie den Leiter des Tropeninstituts in Hamburg berufen, der erklärt, es sei nicht wahr, daß die Chinesen gegen die Hitze widerstandsfähiger seien. Herr Hermann dagegen hat nur ganz allgemein von irgend einer Statistik gesprochen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt Abg. Hermann (fr. Bp.): Ich habe mich nicht auf eine allgemeine Statistik berufen, wie Herr Roske behauptet, sondern auf das Urteil der Oberingenieure und Aerzte auf den in Betracht kommenden Schiffen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Abrecht u. Gen. (Soz.) über die reichsgelegliche Regelung der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesundes in Verbindung mit den dazu gestellten Petitionen.)

Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhause.

18. Sitzung, Dienstag, den 28. Januar 1909, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Nolcke.

Die Beratung der Anträge der Freisinnigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und Änderung der Wahlkreiseinteilung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Frieberg (natl.): Die Schaffung einer ausgiebigen Statistik holt auch wir für durchaus notwendig. Es müssen zahlenmäßige Grundlagen geschaffen werden, wenn man die Wirkung dieses oder jenes Systems beurteilen will. Allerdings sind wir der Ansicht, daß die Statistik möglichst beschleunigt werden möchte. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Daß unser Antrag im ersten Teile sehr allgemein gehalten ist, will ich nicht ableugnen. Wir wollten auch nur andeuten, daß eine gewisse Abstufung des Wahlrechts festgehalten werden soll und daß wir

der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen durchaus abgeneigt

sind. Für die geheime Abstimmung tritt die große Mehrheit meiner Freunde geschlossen ein. Die ablehnende Haltung der Winderbeit ist keine programmatische, sie will aber erst abwarten, wie das Wahlrecht denn nun in Zukunft eigentlich gestaltet werden soll. Wir sind für die geheime Wahl, weil wir den heutigen Terrorismus für einen moralischen Krebswahn halten. Die Herren, die für Freiheit und Gerechtigkeit eintreten, hätten am wenigsten Ursache, einen solchen Terrorismus zu treiben. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Aber auch der Druck von oben ist noch vorhanden. (Sehr wahr! links.) Die Sozialdemokraten betreiben den Terrorismus engt o s g s t a f s m ä h i g. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die politischen Beamten billigen wir durchaus. Man sollte meinen, daß das auch die Auffassung konservativer Männer wäre. Denn in früheren Zeiten haben sie die Disziplinierung der liberalen Beamten aus politischen Gründen stets bejubelt. Das politische Verhalten der Beamten ist lediglich Sache des Taltes. So halte ich es auch für eine Sache des Taltes, wenn in einer westpreussischen Verammlung, wo außerordentlich scharf gegen die Regierung Stellung genommen wurde, der Oberpräsident anwesend war, ohne dagegen das Wort zu ergreifen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Bei der Wahlkreiseinteilung wollen auch wir nicht allein nach der Bevölkerungszahl gehen, wir stimmen da vollkommen überein mit den Herren der Rechten und des Zentrums. Herr Ströbel möchte ich erwidern, daß nicht nur die Millionen an Zahl gewachsen sind, sondern daß die Zunahme des Wohlstandes von unten eingeleitet hat. Die Ausführungen des Herrn Ströbel in dieser Beziehung waren sehr einseitig. Er übersieht ganz, daß die hohen Kommunalsteuern die Millionen leicht veranlassen, ihren Wohnort zu ändern, was für die betreffenden Kommunen eine enorme Schädigung bedeutet. An der Haltung des Zentrums hat Herr Ströbel eine so vernichtende Kritik geübt, daß mir in dieser Beziehung nichts zu sagen übrig bleibt. Das Zentrum hat sich zwar theoretisch für das allgemeine Wahlrecht erklärt, aber niemals wurde ein energischer Schritt getan, um diese Forderung wirklich durchzuführen. Ich erwarte, daß das Zentrum wenigstens für unseren Antrag eintritt.

Die Rede des Herrn v. Richthofen ist allgemein aufgefaßt worden als

Stücktritt vom Bloch und wohlüberlegter scharfer Vorstoß gegen die Regierung.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Bei Ihnen, Herr Hoffmann, werden wir uns am letzten Mats erholen, mit welchen Parteien wir Kompromisspolitik treiben. Herr v. Richthofen hat sich auf eine Reihe nationalliberaler Führer berufen. Ist es ihm ganz

unbekannt, daß sich inzwischen große wirtschaftliche Veränderungen vollzogen haben? (Widerpruch bei den Konservativen.) Diesen Widerspruch kann ich nur als Ausdruck Ihres Parteifanatikus erklären. Sie wollen offenbar nicht sehen, daß Ihnen noch die Grundsteuer angedreht wird, trotzdem Sie sie nicht mehr zahlen. (Sehr gut! links.) Auch die Erfahrungen mit dem Terrorismus unter dem jetzigen Wahlrecht werden Sie nicht. Sie sagen: perest mundus (Röge die Welt untergehen) wenn nur die konservative Radikalisierung erhalten wird. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Und wie es Herr v. Richthofen gerade bei dieser Gelegenheit fertig bringen konnte, sich dem Zentrum zu empfehlen, das doch wenigstens theoretisch für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintritt, verstehe ich am wenigsten. Gerade in dieser Frage stehen doch wir Nationalliberalen den Konservativen näher als dem Zentrum! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin sehr dagegen, die Religion in die Politik hineinzuziehen. Das sind zwei verschiedene Gebiete. Wenn ich aber die Wahl habe zwischen dem Christentum des Herrn Ströbel und dem Christentum des Herrn v. Richthofen, so ziehe ich das Christentum des Herrn Ströbel bedeutend vor, denn

das Christentum der Rechten ist doch nur ein Mäntelchen zur Aufrechterhaltung ihrer Radikalisierung.

(Große Unruhe rechts.) Herr v. Richthofen hat auch von unserer Haltung bei den Wahlen gesprochen. Wir haben bei diesen Wahlen ungefähr gegen sämtliche Fronten ehrlich gekämpft. Wenn die Herren Konservativen trotz des Blochs sich überall mit dem Zentrum gegen und verbündet haben, so war es nicht sehr lobal — mit demselben Zentrum, das im Westen im Bunde mit der Sozialdemokratie gegen uns gekämpft hat. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Wir bestreiten, daß die Herrschaft der Konservativen durchaus notwendig ist, und daß sie zu identifizieren ist mit dem Staatswohl. Herr v. Pappenheim hat sogar gesagt, die Schwächung der konservativen Radikalisierung bedeute auch eine Schwächung der Krone. Sind Sie denn die einzig berufenen Schützer der Krone? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Auch wir legen Wert auf eine starke Krone, eine selbständige Initiative der Krone. Wenn man das anerkennt, muß man aber auch der Willensmeinung der Krone eine grundlegende Bedeutung beilegen, die ganzen Ausführungen des Herrn v. Richthofen aber waren eine durchaus scharfe Kritik der Willensmeinung der Krone, wie sie in der Thronrede niedergelegt ist. Sie schämen also die Krone sozusagen gegen sich selber. Das nennt man aber nicht mehr Schutz, sondern das nennt man Behormung. (Sehr gut! links.) Ich lasse es dahingestellt, ob Sie der Krone klar machen werden, daß Ihre eigenen Interessen mit denen der Krone identisch sind. Ich glaube, es wäre vernünftiger, wenn Sie sich mit uns auf den

Standpunkt einer „maßvollen Wahlreform“

stellten. Es hat sich immer gezeigt, daß die großen Staatsmänner fähig waren, neue Gedanken aus der Opposition in ihr Programm aufzunehmen. Ich erinnere daran, wie Bismarck den Gedanken der deutschen Einheit aus dem Liberalismus übernahm und mit der Krone durchführte. Ich weiß nicht, ob Sie einen solchen Staatsmann unter sich haben. Herr v. Richthofen scheint mir nicht der geeignete Mann. (Heiterkeit links.) Beteiligen Sie sich nicht an der Wahlreform, so werden Sie vor der Zukunft nicht als weitblickende, sondern als selbsttätige Partei stehen, die es verhindert hat, dem Vaterland zur rechten Zeit einen großen Dienst zu erweisen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Bp.) (Bei Beginn seiner Rede verläßt die große Mehrheit der Rechten den Saal.): Sehr bezeichnend für die Stellung der Konservativen zur Krone sind die neuesten Äußerungen des Herrn Boddieleff: Wenn der Kaiser über die Nachlasssteuer anders denkt als die Konservativen, dann wird ihm sofort die Freundschaft gekündigt! (Sehr gut! links.) Der Wahlausfall beweist nichts dafür, daß Sie die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, sondern nur, daß die jetzige Karikatur eines Wahlrechts kein richtiges Spiegelbild der Volkstimmung wiedergibt. (Sehr richtig! links.)

Charakteristisch war, daß Herr Ströbel sich gestern zum Terror, d. h. zur Gesinnungsrichtung abhängiger Wähler, bekannt hat. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Er hat uns vorgeworfen, daß wir Beamte denunziert hätten, hat aber auch nicht den Schatten eines Beweises für diese unerhörte Behauptung vorgebracht. Er hat sich dabei ja auch auf die „Volkzeitung“ gestützt, die er mit Unrecht als freisinniges Blatt bezeichnet hat. In der von Herrn Ströbel erwähnten kurzen Mitteilung der „Freisinnigen Zeitung“ war einfach darauf hingewiesen, daß das Gros der Beamten sich nicht an der Wahl beteiligen hätte. Aus dieser harmlosen Notiz, die noch dazu nach der Wahl

(Zuruf: Aber vor der Stichwahl!)

erschien, machen die Herren den unerhörten Vorwurf des Wahlterrorismus. Das geschieht natürlich nur, um die Aufmerksamkeit abzulenkeln von dem sozialdemokratischen, planmäßig betriebenen Wahlterrorismus. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Mit dem abgedroschenen Argument, daß es sich hier um eine Notwehr handelt, ist nichts zu erreichen. Eine Notwehr kann man doch nur ausüben gegen eine Stelle, von der ein Druck ausgeht. Aber was haben Ihnen die kleinen Geschäftsleute getan? Die sind froh, wenn sie Sie los sind. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Der sozialdemokratische Terrorismus steht genau auf demselben Boden wie irgendein Wahlterrorismus von anderer Seite. Wenn die Sozialdemokratie einen derartigen Terrorismus hier noch verteidigt, beweist sie nur, wie heruntergekommen sie ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe diese Ausführungen nur in der Abwehr gemacht, weil Herr Ströbel es für notwendig gehalten hat, auch in dieser Situation uns mit Angriffen zu überschütten, obgleich Herr Kraeger ihm dazu wirklich keine Veranlassung gegeben hatte. Es ist ja überhaupt das Ungeheuer der sozialdemokratischen Partei, bei solchen Gelegenheiten den Parteien, die mit ihr zusammenkämpfen sollen, in den Rücken zu fallen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Ueberhaupt hat die Rede des Herrn Ströbel der Wahlreform wenig genützt. Für wenig geschickte halte ich auch das frivole Spiel mit provokatorischen Gedanken, das er am Schluß trieb. Ich weise die Unterstellung, als ob die bürgerlichen Parteien sich in dem Kampf um die Wahlreform auf die Bajorette stützen würden, entschieden zurück. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Trotz des Verlaufs der Verhandlungen hoffe ich, daß schließlich sich hier eine Mehrheit wenigstens für die geheime Wahl finden und daß dann die Regierung auch ihren Widerstand dagegen aufgeben wird. Herr v. Richthofen hat uns mit der Sozialdemokratie schreien wollen. Im Reiche aber, wo wir das allgemeine Wahlrecht haben, haben wir am Einfluß durchaus nicht verloren, ja, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft umfaßt mehr Abgeordnete als die Sozialdemokraten. Die Konservativen, wenigstens in diesem Hause, scheinen nach seiner Rede die Zeit für gekommen zu halten, um vom Bloch abzurücken. Das Liebeswerben um das Zentrum in demselben Augenblick, wo der Zentrumvertreter erklärte, wir treten auch ein für das allgemeine, geheime Wahlrecht, war wirklich komisch. Aber im Zentrum wird freilich die Freude über einen räubigen Konservativen größer sein als über hundert gerechte Zentrumskleute. (Heiterkeit.) Die Rede des Herrn v. Richthofen hat zweifellos zur Klärung der politischen Situation beigetragen. Eine selbstbewußte, geschlossene Regierung müßte gerade nach dieser Rede unverzüglich eine Wahlreform einbringen und, falls sie in Folge des Widerstandes der Konservativen abgelehnt wird, an das Land appellieren. Wenn die Wahlreform dann wirklich den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht, bin ich überzeugt, daß vor dem Volkswillen die Macht der Konservativen zerfallen würde, wie die Spreu vor dem Winde. (Lebhafter Beifall links.) Das Uebergewicht der Konservativen im Abgeordnetenhaus ist um so ungerechtfertigter, als die Konservativen schon im Herrenhause, dessen ganze Struktur nicht in das moderne Staatsleben hineinpaßt, und im ganzen Beamtenapparat eine feste Stütze ihrer Anshaltung haben. (Sehr wahr! links.) Wir verlangen ein gerechtes, freies, gleiches Wahlrecht für Preußen. (Lebhafter Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen die Schlußworte.

Abg. Hoff (fr. Bp.): Das ganze Wahlverfahren bei der Dreiklassenwahl ist dazu angetan, den Wählern das Wählen zu verkleiden. Die Notwendigkeit der Veränderung der Wahlkreiseinteilung ist sonnenklar. Das preussische Volk hat sich seit Bestehen der jetzigen Einteilung um 15 Millionen vermehrt. Diese 15 Millionen haben sozusagen keine politischen Rechte erhalten. (Sehr wahr! links.) Die Vorherrschschaft Osteliens in Preußen muß gebrochen werden. Das fürchten die Konservativen eben, denn ihre große Mehrheit ist in Ostelien gewöhnt worden. Die Konservativen treiben die reine Vogel Strauß-Politik, wenn sie der Sozialdemokratie den Eintritt in dieses Haus betreiben wollen. Wer den inneren Frieden in Preußen und Deutschland will, wer den Miß in unserem Volke schließen will, muß mit uns für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch bei den Wahlen stimmen. (Beifall links.)

Abg. Switaka (Pol.) verzichtet auf ein Schlußwort.

In der

Abstimmung

werden die Anträge der Freisinnigen und Polen, soweit sie sich auf die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts beziehen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen und des Zentrums, im übrigen gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag Abrecht (natl.) wird in seinem ersten Teile, der auf ein Pluralwahlrecht abzielt, gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt. Für den zweiten Teil, der die direkte Wahl fordert, stimmen außerdem auch das Zentrum, die Freisinnigen und Sozialdemokraten. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, erfolgt der Hammelsprung, welcher die Ablehnung des Antrages mit 168 gegen 165 Stimmen ergibt. (Andauernde große Bewegung.) Die geheime Wahl wird mit derselben Mehrheit abgelehnt. Ebenso der letzte Teil des Antrages in bezug auf die Wahlkreiseinteilung.

Es folgt die Beratung des folgenden Antrages Schiffer (natl.):

„Die Regierung möge bei der bevorstehenden Umgestaltung des Verfassungsgesetzes dahin wirken, daß der Ausschluß der Volksschullehrer von der Berufung zum Schöffentum befreit oder erheblich eingeschränkt wird.“

Nach kurzer Debatte geht der Antrag an die Unterrichts-Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Zweite Lesung der Beamtenbesoldungsvorlage).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge

zu dem Entwurfe eines Arbeitskammergesetzes.

Die Kommission wolle beschließen an Stelle der §§ 1 bis 45 der Vorlage folgende Paragraphen zu setzen:

§ 1. Zur Förderung der sozialpolitischen Aufgaben und zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden errichtet:

1. ein Reichs-Arbeitsamt,
2. für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde ein Arbeitsamt,
3. für den Bezirk jedes Arbeitsamtes eine Arbeiterkammer zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer.

Reichs-Arbeitsamt.

§ 2. Das Reichs-Arbeitsamt steht unter der Leitung eines Präsidenten und dreier Direktoren, die vom Reichskanzler ernannt werden.

§ 3. Zu den beratenden und beschließenden Sitzungen des Reichs-Arbeitsamtes sind die nichtständigen Mitglieder heranzuziehen, die in gleicher Zahl vom Bundesrat, dem Reichstag, den Arbeitgebern und den Arbeitern zu wählen sind. Die Zahl der Vertreter bestimmt der Reichskanzler.

Für die Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erläßt der Reichskanzler die Wahlordnung. Die Wahlen sind unmittelbar und geheim und finden nach den Grundätzen der Verhältniswahl statt. Die Wahlen sind in der Industrie nach Berufsgruppen, für Handel und Landwirtschaft besonders, zu gliedern. Die Wahlen leitet das Reichsamt des Innern. Wahlberechtigt und wählbar sind alle großjährigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Das Mandat der Vertreter erlischt nach drei Jahren.

§ 4. Das Reichs-Arbeitsamt bildet für die Berufsgruppen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Handels- und Verkehrsgewerbe je eine Abteilung. Jede dieser Abteilungen steht unter Leitung eines Direktors.

Die Abteilungen haben die ihre Berufsgruppe angehenden Fragen zu beraten und sind befugt, besondere Ausschüsse einzusetzen. Die für das Reichs-Arbeitsamt verbindlichen Beschlüsse müssen in einer vom Präsidenten einzuberufenden Sitzung, zu der alle Mitglieder eingeladen sind, erfolgen.

Die dem Reichs-Arbeitsamt überwiesenen Beschlüsse aus dem Titel VII der Gewerbeordnung und diesem Gesetz werden von einer Spruchkammer entschieden, die unter Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Arbeitsamtes oder seines Stellvertreters tagt.

Jede Abteilung bildet eine Spruchkammer, die aus acht Mitgliedern besteht und unter Veräufichtigung der in § 3 bezeichneten Vertretungen vom Präsidenten ernannt wird.

Die Geschäftsordnung gibt sich das Reichs-Arbeitsamt selbst.

§ 5. Das Reichs-Arbeitsamt hat das Kaiserliche Statistische Amt bei der Bearbeitung der auf dem Gebiete der Arbeiterstatistik vorgenommenen Erhebungen zu unterstützen. Insbesondere liegt ihm ob:

1. auf Anordnung des Bundesrates, des Reichstages oder auf Ansuchen der Arbeitsämter arbeiterstatistische Erhebungen vorzunehmen und die Ergebnisse zu begutachten, eventuell zu gesetzgeberischen Vorschlägen zu gestalten;
 2. in Fällen, in denen es zur Ergänzung des statistischen Materials erforderlich erscheint, Auskunftspersonen zu vernemen;
 3. dem Reichstag Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung arbeiterstatistischer Erhebungen zu machen;
 4. der Erlass von Verordnungen auf Grund der Bestimmungen des Titel VII der Gewerbeordnung sowie der Erlass von Verordnungen zum Schutze für Gesundheit und Leben der in der Heimarbeit, der Hausindustrie, der Landwirtschaft, des Handels und Verkehrs, der Fischerei und der Schifffahrt beschäftigten Personen;
 5. der Erlass von bergpolizeilichen Vorschriften;
 6. internationale Verständigung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes anzubahnen.
- In den Fällen der Ziffer 1, 4 und 5 ist den Handwerks-, Gewerbe-, Handels-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung zu geben. Bei Vernehmung von Auskunftspersonen (Ziffer 2) sollen, soweit es möglich ist, Vorschläge der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber berücksichtigt werden.
- § 6. Publikationsorgan des Reichs-Arbeitsamtes ist das Reichs-Arbeitsblatt.
- Arbeitsämter.
- § 7. Für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde wird ein Arbeitsamt errichtet, das zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht.

Die Zahl der Vertreter soll in der Regel 20 betragen, den Vorsitz führt der erste Gewerbeaufsichtsbeamte (Gewerberat) des Bezirks oder sein Stellvertreter.

§ 8. Die Mitglieder des Arbeitsamtes werden auf drei Jahre gewählt. Auf das Wahlverfahren finden die Vorschriften der §§ 15, 17 und 18 dieses Gesetzes entsprechende Anwendung. Die Wahlordnung erläßt das Reichs-Arbeitsamt.

Die Wahl der Vertreter soll so erfolgen, daß möglichst alle im Bezirk des Arbeitsamtes vorhandenen Berufe vertreten sind. Für die Betriebsbeamten, Techniker, Werkmeister, Bureauangestellten und Handlungsgeschilfen sollen besondere Wahlteilungen errichtet werden. Die hierfür nötigen Anordnungen erläßt das Reichs-Arbeitsamt.

Das Wahlrecht und die Wählbarkeit haben alle großjährigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bezirk des Arbeitsamtes. Nicht wählbar sind Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

§ 9. Das Arbeitsamt unterstützt das Reichs-Arbeitsamt in den diesem obliegenden Aufgaben; insbesondere gehört zu den Aufgaben des Arbeitsamtes:

1. Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen.
2. Errichtung und Förderung von paritätischen Arbeitsnachweisen.
3. die Leitung der Wahlen zu den Arbeitskammern,
4. der Erlass besonderer Ausführungsbestimmungen über Verordnungen des Reichs-Arbeitsamtes und des Bundesrates,
5. die Festsetzung von Ordnungsstrafen, um die Innehaltung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften und Verordnungen herbeizuführen.

§ 10. Für den Bezirk eines Arbeitsamtes wird eine Gewerbeaufsichtsbehörde gebildet, die sich dem Arbeitsamt angliedert. Zur Leitung und Erledigung der Geschäfte werden Reichsbeamte berufen. Der Vorsitz ist dem Gewerberat zu übertragen. Sind im Bezirk der Gewerbeaufsichtsbehörde Betriebe vorhanden, die in erheblicher Zahl weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, so sind Gewerbeinspektoren anzustellen. Die Zahl der Beamten ist so zu bemessen, daß die Betriebe im Bezirk der Gewerbeaufsichtsbehörde genügend kontrolliert werden können.

Den Gewerbeaufsichtsbehörden werden zur Ausübung der Kontrolle über die Innehaltung der im § 5 Ziffer 4 und 5 und der im § 11 Ziffer 1 bis 4 benannten Verordnungen Hilfskontrollreue beigegeben, die von den Arbeitskammern aus den Reihen der Arbeiter gewählt werden.

§ 11. Die Gewerbeaufsichtsbehörden haben in der nach diesem Gesetz gegebenen Abgrenzung die Befugnisse der Landespolizeibehörden.

Zu den Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbehörde gehören:

1. Die Fabrikspektion (§ 100b der Gewerbeordnung),
2. die Dampfseilerei, die Heberzeugung aller vom Bundesrat und vom Reichs-Arbeitsamt erlassenen Verordnungen,
4. Heberzeugung der bergpolizeilichen Verordnungen,
5. die Wahrnehmung der aus Titel VII der Gewerbeordnung sich ergebenden Befugnisse.

§ 12. Die Kontrolle über die Innehaltung der im § 11 Ziffer 3 und 4 benannten Verordnungen und Vorschriften soll eine regelmäßige, oft sich wiederholende sein.

§ 13. Die Bergpolizeibehörden und Oberbergämter gliedern sich den Gewerbeaufsichtsbehörden an und sind dem Gewerberat unterstellt.

Arbeiterkammern.

§ 14. Für die Wahrnehmung der Interessen der Personen, die in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Industrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sowie zur Unterstützung der Aufgaben des Arbeitsamtes wird für den Bezirk eines Arbeitsamtes eine Arbeiterkammer errichtet, deren Mitgliederzahl vom Reichs-Arbeitsamt nach der Größe des Bezirks und der Zahl der Betriebe bestimmt wird, jedoch soll die Zahl der Mitglieder nicht weniger als 10 betragen.

§ 15. Die Mitglieder der Arbeiterkammer werden auf Grund der Proportionalwahl nach einem gleichen, unmittelsbaren und geheimen Stimmrecht gewählt. Gleichzeitig sind eine entsprechende Anzahl Stellvertreter zu wählen. In die Reihe der Stellvertreter erschöpft, so hat das Reichs-Arbeitsamt eine Ergänzungswahl anzuordnen.

§ 16. Das Wahlrecht und die Wählbarkeit haben alle großjährigen Personen, die in den im § 14 benannten Berufsgruppen gegen Lohn oder Gehalt im Bezirk der Arbeiterkammer beschäftigt sind.

Nicht wählbar sind Personen, die sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Die Wandausdauer der Mitglieder der Arbeiterkammer beziehungsweise ihrer Stellvertreter währt drei Jahre; sie beginnt mit dem Kalenderjahre.

Wählbar sind auch die für die beruflichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten tätigen Beamten und Vorstandsmitglieder.

§ 17. Die Wahl findet an einem Sonntag statt, und zwar im Laufe des Monats Oktober desjenigen Jahres, in dem das Mandat der Mitglieder der Arbeiterkammern zu Ende geht.

Den Wahltag bestimmt das Reichs-Arbeitsamt, ebenso die Art und Form der Legitimation für die Wähler und die Normen, unter welchen die Wahlhandlung stattzufinden hat.

§ 18. Die Wahlzeit ist so festzusetzen, daß auch die am Wahltag beschäftigten Personen ohne Rücksicht auf Tag- oder Nachtschicht sich an der Wahl beteiligen können.

Die Betriebsleiter sind verpflichtet, den von ihnen beschäftigten wahlberechtigten Personen auskömmlich Zeit für die Ausübung des Wahlrechts zu gewähren. Die Verteilung dieser Vorschriften ist mit Geldstrafe von 20 bis 100 M. für jeden Wähler, der an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert wird, zu ahnden. Die Strafe setzt das Arbeitsamt des Bezirks, für den gewählt wurde, fest.

Das Arbeitsamt bestimmt die Abgrenzung der Wahlbezirke in der Weise, daß allen Beteiligten die Ausübung des Wahlrechts leicht ermöglicht wird.

§ 19. Die Wahl leitet das Arbeitsamt, es ernannt die Vorsitzenden des Wahlbezirks sowie die Weiszer aus dem Kreise der Wähler.

§ 20. Ein Einspruch der Wahlberechtigten gegen die Gültigkeit der Wahl ist binnen vier Wochen nach der Wahl an die Arbeiterkammer zu richten. Diese prüft den erhobenen Einspruch und entscheidet über die Gültigkeit der Wahl. Gegen die Entscheidung ist binnen zwei Wochen Beschwerde beim Reichs-Arbeitsamt zulässig.

Die Entscheidung des Reichs-Arbeitsamtes ist endgültig.

§ 21. Die Arbeiterkammer gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst; ihre Sitzungen sind öffentlich. Die Tagesordnung wird in den von der Arbeiterkammer zu Publikationsorganen bestimmten Zeitungen bekanntgemacht.

§ 22. Den Vorsitz in der Arbeiterkammer führt der Gewerberat oder dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende setzt die Tagesordnung für die Sitzungen fest, soweit nicht die Arbeiterkammer selbst darüber beschließt.

§ 23. Der Vorsitzende ist verpflichtet, die Arbeiterkammer mindestens alle drei Monate einmal zu einer Sitzung zusammenzurufen; er muß dieselbe zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, sobald mindestens ein Drittel der Mitglieder der Arbeiterkammer mit Angabe des Gegenstandes, über den verhandelt werden soll, darauf anträgt.

Dem Antrage ist innerhalb vierzehn Tagen, nachdem er in die Hände des Vorsitzenden gelangt, stattzugeben.

§ 24. Die Arbeiterkammer faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit; Stimmengleichheit gilt als Ablehnung; sie ist beschlußfähig, sobald mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Mitglieder, die ohne genügende Entschuldigung in der Sitzung fehlen, kann der Vorsitzende mit einer Geldstrafe von fünf bis zwanzig Mark belegen.

§ 25. Die Arbeiterkammern unterstützen die Arbeitsämter in den diesem obliegenden Aufgaben; insbesondere gehören zu den Aufgaben der Arbeiterkammern:

1. dem Reichsarbeitsamt Anträge über Vornahme von Enquêtes oder statistischen Erhebungen zu unterbreiten;
2. Beschwerden über Mißstände im gewerblichen Leben ihres Bezirkes dem Gewerbeamt zu übermitteln;
3. an die gesetzgebenden Körperschaften im Staat und Reich sowie an die Verwaltungsbehörden der Gemeinden mit Vorschlägen darüber heranzutreten, wie Mißstände des wirtschaftlichen Lebens beseitigt werden können;
4. sich über Gesetzesentwürfe sowie gesetzgeberische Vorschläge und Verordnungen des Reichsarbeitsamtes gutachtlich zu äußern;
5. die Wahl der Hilfskontrollreue (§ 10 Abs. 2);
6. Mitwirkung an dem Erlass von Ausführungsbestimmungen des Arbeitsamtes (§ 9 Ziffer 4).

Die Arbeiterkammern können dem Reichsarbeitsamt Anträge unterbreiten über die Vornahme von Enquêtes, statistischen Erhebungen betreffend die Gehälter, die Löhne, die Arbeitsart und die Arbeitsdauer, die Tätigkeit der Unternehmerverbände und der Arbeitergewerkschaften, die Lebensmittel und Mietpreise, die Wirkung von Verordnungen und Gesetzen, insbesondere von Handelsverträgen, Zöllen, Steuern und Abgaben.

Werden bestimmt formulierte Anträge dieser Art von drei Viertel aller Arbeiterkammern gestellt, so ist diesen Anträgen seitens des Reichsarbeitsamtes stattzugeben.

§ 26. Die Mitglieder des Reichsarbeitsamtes, der Arbeitsämter und der Arbeiterkammern erhalten für die Sitzungen, welchen sie betreiben, eine Entschädigung und Ersatz der Reisekosten. Die Höhe dieser Entschädigungen setzt das Reichsarbeitsamt fest.

Schlufbestimmungen.

§ 27. Die Kosten, die aus der Durchführung dieses Gesetzes entstehen, trägt das Reich. Sie sind alljährlich in den Reichsetat einzustellen.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung des Arbeiterkammergesetz-Entwurfs begann am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Regien ihre Arbeit. Die Sozialdemokraten hatten einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, eines Arbeitsamtes für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde und einer Arbeiterkammer für den Bezirk jedes Arbeitsamtes, vorgelegt. (Wir bringen den vollen Wortlaut dieses Entwurfs in der heutigen Nummer zum Abdruck.) Die Kommission mußte daher zunächst entscheiden, ob sie ihren Beratungen den Entwurf der Regierung oder den Entwurf der Sozialdemokraten zugrunde legen soll. Die Genossen Sebering und Bömelburg traten für den sozialdemokratischen Entwurf ein, mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeiterkammern die Grundlage der geplanten Interessensvertretung bilden müssen. Dem stimmten auch einige der bürgerlichen Abgeordneten zu. Darauf sei aber später zurückzukommen. Gegenwärtig handle es sich nur um die Arbeiterkammern, die zunächst unter Dach und Fach zu bringen seien. ... So kam es, daß die Kommission mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Polen den § 1 des sozialdemokratischen Antrags ablehnte. Im übrigen wurde anerkannt, daß der sozialdemokratische Antrag eine folgerichtig und zweckmäßig aufgebaute Organisation enthalte, die nicht nur Gutachten abzugeben, sondern auch bei der Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes mitzuwirken habe. Nur ein konserverativer Abgeordneter glaube sich die gestrichelte Bemerkung leisten zu dürfen, in Konsequenz des Entwurfs fehle nur noch, daß der Bundesrat die Beamten des Reichs-Arbeitsamtes auf Vorschlag der sozialdemokratischen Partei anstellen müsse! Dem ostelbischen Junker antwortete Genosse Bömelburg: Es sei bedauerlich, daß mit solchen Hindernissen eine so ernste und für die Arbeiter so wichtige Anregung bekämpft werde.

Darauf wurde mit der Beratung des § 1 der Regierungsvorlage begonnen. Nach diesem Paragraphen sollen Arbeiterkammern für einen Gewerbebezirk oder mehrere verwandte Gewerbebezirke auf sachlicher Grundlage errichtet werden, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht. Hierzu will Abg. Rang hinzugefügt haben: „In besonderen Fällen kann die Errichtung von Arbeiterkammern auch für verschiedene Gewerbebezirke erfolgen.“ — Der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat dringend den Antrag abgelehnt. Er versicherte, daß bei Errichtung der Arbeiterkammern der Kreis der „verwandten“ Gewerbebezirke zu weit gezogen würde, daß allen Bedürfnissen Rechnung getragen werden könne. Der Antrag Rang wolle eine gemeinsame Arbeiterkammer für solche Gewerbebezirke, die gar nichts Gemeinsames haben. Solche Arbeiterkammern würden zu politischen Diskussionsclubs werden. Demgegenüber wiesen mehrere Redner nach, daß verschiedene Gewerbebezirke oft aufs engste zusammenhängen, ohne daß sie als „verwandte Gewerbebezirke“ zusammengefaßt werden können. Herr v. Bethmann-Hollweg erkannte schließlich an, daß in dieser Beziehung der Wortlaut der Vorlage ungenügend sei. Er versprach, daß die Geheimräte im Reichsamt des Innern versuchen werden, diese Lücke zu beseitigen. Infolge dieser Erklärung zog Herr Rang seinen Antrag zurück.

Geschäftsordnungsreform.

Die Geschäftsordnungskommission legte am Dienstag ihre Beratungen fort. Es handelte sich um die Frage, ob bei Interpellationen Anträge gestellt und ob die Stellung von Anträgen an gewisse Bedingungen geknüpft werden sollten. Gegen das Recht auf die Stellung von Anträgen überhaupt sind die Konservativen und Freikonservativen. Da sie damit nicht durchbringen würden, suchten sie ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen. So ist es nur zu verstehen, daß sie dreißig Mitgliedern das Recht geben wollen, durch Einspruch die Stellung jedes von anderer Seite gestellten Antrages zu vereiteln. Zufänglich würde das darauf hinauskommen, der konservativen Partei die Macht in die Hand zu geben, die Stellung von Anträgen überhaupt zu vereiteln.

Die anderen bürgerlichen Parteien wollen die Zulässigkeit der Stellung von Anträgen bei Interpellationen von der Genehmigung der Mehrheit abhängig machen.

Die Sozialdemokratie will die Stellung von Anträgen bei Interpellationen nur den nämlichen Bedingungen unterwerfen, die bei anderen jetzt schon vorgeschrieben sind: die Unterstützung von 20 Personen soll genügen.

Singer (Soz.) verteidigt den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß andere Parteien, als sie von der Sozialdemokratie bei Interpellationsanträgen gefordert werden, selbst dann nicht nötig sind, wenn es sich um Anträge von größter Bedeutung, um Verfassungsanträge z. B. oder um die Vermittlung von Hunderten von Millionen Mark handelt. v. Dirlsen (fr.) sieht die größten Gefahren für Deutschland heraufziehen, wenn fortgesetzt Mißtrauensvoten gegen die Regierung beantragt werden können. Er warnt vor diesem Schritt auf dem Wege zum Parlamentarismus. Es wäre ja möglich, daß schließlich ein Reichstangler „die Herzen verblenden“ könne, wenn ihm fortgesetzt Mißtrauensvoten ausgestellt würden. Lind (nat.) und Graf (Antikemist) meinen, das Recht der Mehrheit würde beeinträchtigt, wenn Minderheiten bei Interpellationen Anträge stellen könnten. Gehner und Kirich (B.) weisen darauf hin, daß gegen Mißbrauch des Rechts auf Stellung von Anträgen dadurch Bürgschaften geschaffen werden könnten, daß nur solche Anträge zulässig sein dürften, die keine Gegenstände enthalten und die den Gegenstand der Interpellation unmittelbar betreffen.

Vedebour (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten gegen die letztere Anregung nichts einzuwenden hätten, da der Natur der Sache nach die Anträge aus dem sachlichen Inhalt der Interpellationsbeziehung hervorgehen müßten. Wenn sich also über eine materielle Begrenzung des Antragsrechts sprechen lässe, so sei doch für die Sozialdemokratie die Unterwerfung des Antragsrechts der Mehrheit unter die Vormundschaft der Mehrheit

absolut unannehmbar. Würde nach dem Wunsche der Nationalliberalen verfahren, so würde z. B. im englischen Parlament während der ganzen Dauer der Legislaturperiode bei einer ausgesprochenen Mehrheit der Regierung die Einbringung von Mißtrauensvoten überhaupt unmöglich. Schon dieses Beispiel zeige die volle Abfurbarkeit des Bedenkens der Mehrheitsvormundschaft. Aus den Ausführungen des Herrn v. Dirlsen gehe hervor, daß die Konservativen die Herrschaft einer Minderheit, einer kleinen Clique, die sich um Parlamentsbeschlüsse überhaupt nicht zu kümmern brauche, in Deutschland verewigen wollten. — Junck (nat.) erwidert gegenüber dem aus England gewählten Beispiel, daß ja die Minderheit, wenn sie allmählich durch Bestimmungswandel von Mehrheitsmitgliedern sich so verstärkt habe, daß sie zur Mehrheit geworden sei, zur Einbringung von Mißtrauensvoten kommen könne. — Kretsch (L.) sucht in breit angelegten Ausführungen alle die Möglichkeiten auszumalen, die zur Schädigung der Reichsinteressen aus der Erweiterung der Parlamentsrechte hervorgehen könnten. Er meinte, ohne Zustimmung des Bundesrats sollten nicht einmal Änderungen der Geschäftsordnung durch den Reichstag vorgenommen werden.

Singer weist nach, daß diese Kretsch'sche Auffassung fogar gegen die bestehende Verfassung verstoße, da gegenwärtig das Recht des Reichstages auf selbständige Änderung seiner Geschäftsordnung unbestritten sei. Alle Kretsch'schen und Dirlsen'schen Schreckgespenster hielten einer ernsthaften Erwägung nicht Stich. Die Entwicklung zum Parlamentarismus, gegen den die Sozialdemokratie selbstredend nichts einzuwenden habe, hänge schließlich ab von der Verdrängung des Kraftverhältnisses der Minderheiten. Daß die Konservativen den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten wollten, sei ganz begreiflich, da ihre Parteinteressen dadurch gefördert würden.

Darauf wurde die Debatte vertagt. Bei Festsetzung der nächsten Sitzung beantragte Vedebour, sie am Donnerstag abzuhalten und dann fortlaufend an jedem Morgen zu tagen, wenn nachmittags Plenarsitzungen stattfinden, da sonst die Verhandlungen sich wochenlang, ja monatelang hinziehen würden. Der Antrag wird von Müller-Reinigen (fr. Sp.) und Junck (nat.) unterstützt; die Mehrheit (Konservative und Zentrum) entschied sich aber für Verbehalten der Sitzungen am Freitag und Dienstag.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(8. Sitzung vom 26. Januar.)

Zu Beginn der Sitzung wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß in einem auswärtigen Blatte ein Bericht über die Verhandlungen der Kommission erschienen sei, die als vertraulich angesehen werden sollten. Nachdem der betreffende Abgeordnete erklärt hatte, daß er bedauere, sich über die Natur der gemachten Mitteilungen im Jretum befinden zu haben, wird die Angelegenheit für erledigt erklärt. Am späteren Jrtumern zu vorzukommen, soll bei vertraulichen Mitteilungen jeweils an der Eingangstür ein entsprechendes Plakat angebracht werden, damit auch später kommende Abgeordnete über den Charakter der Verhandlungen informiert sind.

Hierauf legte Staatssekretär v. Schoen seine vertraulichen Darlegungen über unsere auswärtige Politik aus der vorhergehenden Sitzung fort, wobei er unter anderem betonte, daß die Nachrichten in der Presse über das Anhalten zweier deutscher Dampfer der Wörmanlinie an der liberyischen Küste ungenau seien. Die Behörden der Republik Liberia hätten übrigens ihr Bedauern über den Vorfall ausgedrückt.

Ein Mitglied der Kommission beschwerte sich darüber, daß die Reichsregierung für die Friedensbestrebungen, wie solche durch die interparlamentarischen Konferenzen zum Ausdruck gelangen, keine Aufwendungen mache. Staatssekretär Sydow erklärte, daß es sich hier nicht um die eventuell in Betracht kommenden geringen Summen, sondern um ein Prinzip handle; der erste Schritt müße unter Umständen zu weitgehenden Konsequenzen. Staatssekretär v. Schoen bringt den Friedensbestrebungen große Sympathie entgegen und hält die Schlichtung von Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte im allgemeinen für vorteilhaft; dabei sei aber nicht zu verkennen, daß es Fälle geben könne, wo die Wichtigkeit des Gegenstandes in keinem Verhältnis zu den nicht geringen Kosten stehen würde. — Sodann verbreitete sich der Staatssekretär über die für die Zulassung zum diplomatischen Dienst geltenden Grundzüge. In der Presse sei nachdrücklich behauptet worden, daß bei Anstellung zum diplomatischen Dienst auf eine gewisse Exklusivität des Korps gesehen werde. Eine größere Zeitung habe, um die Venachteiligung des Bürgerturns durch adelige Bewerber darzutun, eine Liste angefertigt, die bei 100 Namen 45 Unrichtigkeiten enthielt. Aber der Herr Staatssekretär mußte angeben, was er erst zu bestreiten versuchte; daß die bürgerlichen Elemente im diplomatischen Dienst nicht allzu stark vertreten sind. Durch die nachstehenden, von ihm selber mitgeteilten Zahlen bewies er zur Genüge, wie im Reich gerade wie in Preußen die Adelslaste die Leitung auch unserer auswärtigen Politik völlig in Händen hat. Von 187 im höheren diplomatischen Dienst stehenden Beamten gehören an: dem alten Adel 70, dem älteren neuen Adel 23, dem neuen Adel 35, zusammen 128. Diesen stehen ganze 9 Beamte bürgerlicher Herkunft gegenüber! Diese verblüffende Tatsache suchte Herr v. Schoen damit zu rechtfertigen, daß sich aus dem Adelsstande mehr Anwärter melden als aus den bürgerlichen Kreisen. Ein Unterschied, erklärte er, würde nicht gemacht, denn er selber sei der lebende Beweis dafür: er entstamme auch einer bürgerlichen Familie. ...

Nächste Sitzung: Donnerstag.

In der Rechnungskommission des Reichstages kam es am Dienstag zu interessanten Erörterungen. Es ergab sich, daß der Bau der Bahn Swafopmund-Karibib-Windhof, für den ursprünglich 5 Millionen Mark vorgesehen waren, auf über 15 Millionen Mark zu stehen kommt — und wirtschaftlich fast völlig ansichtslos ist!

Bezüglich der Hafenmolekalanlagen in Swafopmund wurde zugegeben, daß die ganzen Arbeiten, die circa 3 Millionen Mark gekostet haben, gänzlich wertlos geworden sind, daß man in der Rolle zur Zeit der Ebbe trockenen Fußes spazieren gehen kann! Dazu kommt, daß festgestellt wurde, daß der Molekalfbau ohne Genehmigung des Reichstages ausgeführt wurde. Die Beschlußfassung darüber wurde ausgesetzt, weil der Referent Schwarze-Lippstadt, vom Kolonialamt erst Auskunft über verschiedene Sachen einholen wird.

Von unserer Seite sprachen Gengsbach und Kirich; sie vertreten die Ansicht, daß derjenige, der die Schuld daran trägt, daß der Hafenmolekalfbau ohne Genehmigung des Reichstages ausgeführt worden ist, zur Verantwortung gezogen werden müsse.

Die Reichstagskommission für die Reform des Zivilprozesses hat am Dienstag über einen Antrag der Genossen Frank und Frohm e beraten, wonach die Amtsgerichte künftig Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten nicht mehr als Vertreter zuzulassen dürfen. Sämtliche bürgerlichen Parteien redeten und stimmten gegen unseren Antrag, nur ein kleiner Teil des Zentrums unterstützte unsere Genossen.

Druckfachen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. (Nr. 5) Nachweisung der Kommissionen und deren Mitglieder.

(Nr. 45) Nachrichten von dem Betriebe der unter der preussischen Regierung. Hatten- und Salinenterwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1907.

(Nr. 48, V) Alphabetisches Verzeichnis der in der Besoldungsordnung ... ausgeführten Beamten.

Beleidigungen durch die Presse.

Vor dem Landgericht I, Strafkammer 2, hatte sich Dr. Rudolf Lautenbach, Redakteur der 'Tribüne' in Berlin, wegen Beleidigungen, begangen durch die Presse, zu verantworten.

Eine zweite Beleidigungssache kam darauf gegen Dr. Lautenbach zur Verhandlung. Dieser hatte in derselben Zeitung eine Begebenheit, von dem 'Seltener Volksboten' erzählt, wieder gegeben und damit einen Pastor in Heringsdorf beleidigt.

Wegen Aufreizung, begangen durch einen Artikel in der Zeitschrift 'Der freie Arbeiter', hatte sich der Redakteur Lübeck vor demselben Gericht zu verantworten.

Herr Steinberg, der Krawattenakademie-Direktor.

Die Beleidigungssache, die Herr Adolf Steinberg, Direktor der 'Ersten Berliner Krawattenakademie', gegen den 'Vorwärts'-Redakteur Genossen Davidsohn angestrengt hatte, war am Dienstag voriger Woche vor der Berufungsinstanz, der 9. Strafkammer des Landgerichts I, in siebenstündiger Sitzung verhandelt worden.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, das Gericht könne den Wahrheitsbeweis, den der Beklagte zu führen gesucht habe, nicht als gelungen ansehen. Bewiesen worden sei nur, daß von verschiedenen Personen, die bei Steinberg Unterricht genommen hätten, manche das Gelernte nicht weiter weiterverbreitet haben.

nehmung berechtigter Interessen) könne dem beklagten Redakteur nicht zugebilligt werden, Davidsohn habe nur im öffentlichen Interesse Angelegenheiten besprochen, für die er sich von seinem Parteistandpunkt aus besonders interessierte.

Das im Schöffengerichtsurteil festgesetzte Strafmaß gebe zu Bedenken keinen Anlaß. Steinberg habe allerdings durch sein Vorleben zu einer gewissen Kritik herausgefordert. Auch habe er mindestens in einem Punkte durch seine Prospekte eine Falschheit gemacht, die nicht von ihm gehalten worden sei: Er habe individuellen Unterricht versprochen, es seien aber mehrere Schülerinnen zusammen, bis zu sechzehn Personen, unterrichtet worden.

Wird Herr Steinberg mit all dem zufrieden sein?

Ein Nachspiel zum Borussia-Prozess?

Die 'Bergarbeiter-Zeitung' machte vor einiger Zeit die aufsehenerregende Mitteilung, daß in dem vor zwei Jahren verhandelten Prozeß gegen den Betriebsführer Rüter von Zeche Borussia bei Dortmund — dem der Schachtbrand auf genannter Zeche, bei dem eine Anzahl Bergleute ums Leben kamen, zur Last gelegt wurde —, einige Reineide zugunsten des Angeklagten geleistet worden seien.

Der Betriebsführer Rüter ist derselbe, der in den letzten Tagen durch Maßregelung seiner Steiger von sich reden machte.

Wegen 40 Pf. — 1 Jahr Gefängnis.

Für 40 Pf. Holz hatte eine Arbeiterfrau aus einem Keller gestohlen, weil sie kein Stüchlein Holz hatte, um ihrem erst drei Tage alten Kindchen Milch zu kochen. Das Landgericht München hatte für dieses Verbrechen am 21. Oktober eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verhängt, obgleich die Frau beteuert hatte, sie sei durch den großen Blutverlust bei der Geburt des Kindes, drei Tage vor der Tat, unzurechnungsfähig gewesen.

Der Fall zeigt deutlich, daß die Reichsgerichtsrichter in wachsendem Maße noch weltfremder als selbst die Reichsanwälte (die Staatsanwälte beim Reichsgericht) werden. — Und für diese Weltfremdheit müssen die Angeklagten büßen.

Offizier und Schutzmänn.

Wegen Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung ist am 11. Februar v. J. vom Landgerichte Hannover der Kaufmann und Leutnant a. D. Kurt v. Bodenhausen im Wiedererfassungverfahren zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, außerdem zu 30 M. Geldstrafe wegen Erregung ruhestörender Äußerungen.

In dem Spionageprozeß Herrmann wurde, wie aus Leipzig telegraphisch wird, der Angeklagte freigesprochen, da der Reichslof nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Herrmann Spion der französischen Regierung sei, auch nicht, daß er sich Sachen habe verschaffen wollen, die im Interesse der Reichsicherheit geheimzuhalten waren.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub. Heute, Mittwoch, abends 9 Uhr bei Volze, Robenbergr. 8: Sitzung. Gäste willkommen.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Borussia. Donnerstag, den 28. d. M., abends 9 1/2 Uhr: Versammlung, Charlottenburg, Krumme Str. 42; Rixdorf, Berliner Str. 14; Legel, Berliner Str. 92; Köpenick, Grünauer Str. 8.

Sparverein der Arbeiter zur Ausführung der Feuerbestattung. Am Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Restaurant G. Gasse, Greifswalder Str. 37. Freunde und Gönner willkommen!

Eingegangene Druckschriften.

Elektr. Ingenieur-Kalender 1909. Von A. D. Hirsch und F. Billing. 250 M. D. Gohlitz, Berlin W. 30. — Der Weg zur Wahrheit. Von A. D. M. 141 Seiten. D. Reußig, Leipzig.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Heft 5. U. Hartleb's Verlag in Wien. Jährlich 12 Hefte. 1,15 M. — Plan Groß-Berlin. Neuer Plan mit Vororten. 60 Pf. — Julius Straube, Berlin SW. 13.

Das Wohl und Wehe von 200 000 Labararbeitern! 39 Seiten. W. Voerner, Berlin S. 42. — 'Bergarbeiter.' Schauspiel in einem Akt von A. Märten. 1 M. J. S. B. Dießel, Stuttgart.

Schönen-Lieder der libyischen Wüste von J. C. E. Fells. 240 Seiten. J. Diemer, Jind u. Baylanber, Succ. Cairo. — Vom deutschen hohen Adel. Von D. Haering. 5 Pf. Selbstverlag Berlin, Gneisenaustr. 15. — Darwin. Seine Bedeutung. Von B. Böllge, A. Wille, E. David, R. Apel, R. Penzig, F. Raumann. 'Hilfe'. Berlin-Schöneberg. 1 M. — Der Kunstwart. Heft 8. C. D. W. Callweg, München. Vierteljährlich 4 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronde kudet Eidenkrache Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 200 Hefen, 10 Pf. wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr halt. Westend 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Ehrenkronde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachhabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Ehrenkronde vor.

J. S. 88. 1400 bis 1900 M. und 360 M. — C. S. 10. 1. Untiefe — Lage Stelle. 2. Ein Lot bis zu 300 Meter Tiefe wiegt 30 Kilo, ein Mittellot 7 1/2, Kilo, ein Handlot 3 bis 4 1/2, Kilo. — Charlottenburg. Ja. — S. 27. Wir müssen es ablehnen, für Sie die Lotterielisten nachzugehen. — Friedenshalle 67. Die Anfrage ist an die königliche Kasse zu richten. — F. D. Witthauerstraße. Herr Apotheker Staler, Joachimsthalerstr. 3 in Charlottenburg, würde Ihnen behilflich sein. — Wettende 100. Die Erde hat etwa 1 1/2, Milliarden Menschen; wie leicht rechnen Sie es sich jetzt aus. — J. S. 7071. 1. 49 378. 2. 188 378. — C. S. 3. Die Meldung ist an das Bezirkskommando Berlin zu richten. — W. S. Reichsberger Straße. Die königl. Charlitz, Luisenstr. 8. Sprechzeit 10-11 Uhr. — S. S. 200. Ihre Anfrage läßt nicht ersehen, welche Anstalt Sie meinen. Wiewohl Sie Ihre Anfrage deutlicher an unser Radeburger Parteiblatt. — Albert Seeger, Rixdorf. Wenden Sie sich zur Aufnahme in Rixdorf, Redarstraße 4. — H. R. 27. Außerdem Artilleriedepot und Bezirkskommando. — J. S. 7. Janol L. — G. S. 2. Grundsätzlich lehnen wir ab, Geschäftsleute, Anwälte usw. zu empfehlen. Wenden Sie sich an einen dortigen Rechtsanwalt. Der übernimmt die Ueberweisung. — C. S. 130. Meteorologisches Institut, Berlin W. 55, Schinkelplatz 6. Direktor: Geh. Oberregierungsrat Dr. Helmreich. — C. S. 99. Rein. — J. S. 91. Der 17. Februar. — S. S. 62. Das Gewicht allein ist nicht entscheidend. — Kall. 103. Norddeutscher Lloyd Bremen ist die Regel. Wenden Sie sich an die Verwaltung des Schiffes. — C. S. 49. 1. und 2. Eine Aufwärterin im Handball ist nicht fränkenerischerungspflichtig, aber inwallerberischerungspflichtig. 3. Versuchen Sie es.

Amelischer Marktbericht der königlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Reich; Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft regt, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, am, seit. Rows include Remel, Tüft, Regel, Jüterburg, Weichsel, Torno, Oder, Mailbor, Krossen, Frankfurt, Barthe, Sdrimm, Landsberg, Nebe, Boddamm, Eibe, Leitmeritz, Dresden, Barby, Magdeburg.

+) bedeutet Hoch, -) Fall, -) Unterpegel, -) Höchst-, *) Grundels, -) Treibeis, -) starkes Treibeis, -) starkes Grundelstreiben.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten! Devise: Qualität ist die beste Empfehlung. Garantiert feinste Handarbeit.

Empfehle jedem meine berühmte Hantsmader-Blut- und Leberwurst, 50 u. 70 Pf. Verkaufsstage: Sonnabends in der Markheide und Aker-Park, Dienstags und Donnerstags: Schöneberg, Feuerlicht 63, r. Seitenst. part. Paul Härtel, Wurstfabrikant.

Eine angenehme Überraschung für viele Leute sind die hübschen, praktischen Geschenke, die jedem Paket des Beilchen-Eisenpulvers 'Goldperle' beiliegen. — Kaufen Sie nur Beilchen-Eisenpulver 'Goldperle'! Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Auf Grund einer vor der Handelskammer Hannover zwischen Kathreiners Malzkaffee-Fabriken und der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft über die zwischen diesen Firmen bestehenden Differenzen ergielten Verständigung hat Herr Johannes Surmann folgende Erklärung abgegeben: Unter Bezugnahme auf meine gegen die Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken, G. m. b. H., München, veröffentlichte Broschüre erkläre ich hiermit, daß ich die in derselben gegen die persönliche und geschäftliche Ehrenhaftigkeit des Herrn Kommerzienrat Aust und des Herrn Richard Sidler erhobenen Angriffe als auf einem Irrtum beruhend zurücknehme. Hannover, 20. Januar 1909. Johannes Surmann, Direktor der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen. Die Handelskammer Hannover: Werner, Wolpers, Dr. Kock.

Industrielle Konzentration.

In einem Artikel über „Modernität im Kampf“ in den „Sozialistischen Monatsheften“ hält Genosse Bernstein den Marxismen unter anderem folgende Standrede:

Man hat das jetzt wieder gesehen, als die ersten Ergebnisse der Betriebs- und Gewerbebeziehung vom Juni 1907 bekannt wurden. Nicht danach wurden sie untersucht, was sie uns über die Entwicklung der Betriebe etwa Neues sagen, sondern einfach danach, ob sie das Schema der Marx'schen Lehre von der Konzentration der Betriebe bestätigen. Dabei wurde dann natürlich wieder übersehen, daß dies Schema so wenig die Ehre hat von Marx herzustammen wie etwa das Einmaleins, und daß, wer die bloße Tatsache, daß wieder Konzentration stattgefunden hat, als einen Beweis für die Marx'sche Theorie ausruft, sich auf die selbe geistige Höhe stellt wie jemand, der den Satz 6 mal 6 = 36 als Beweis für die Richtigkeit irgendeiner Zahlentheorie ausgibt. Und zweitens wurde übersehen, daß, was im speziellen als Marx'sche Konzentrationslehre ausgegeben zu werden pflegt, der Satz vom Verschwinden der Klein- und Mittelbetriebe, durch jene Ergebnisse gerade nicht bestätigt worden ist. Sie zeigen nämlich, daß lediglich die Zwerge resp. Kleinbetriebe zurückgehen, die Klein- und Mittelbetriebe aber immer noch beträchtlich zunehmen. In Preußen z. B. haben von 1895 auf 1907 die Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe, sowohl als solche wie nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen, immer noch stärker zugenommen als die Bevölkerung. Die Zuwachsrate der Bevölkerung war 19 Proz., die des Personals der Betriebe mit 2 bis 6 Personen dagegen 24,5 Proz., des Personals der Betriebe mit 6 bis 10 Personen 33 Proz., und die des Personals der Betriebe mit 11 bis 50 Personen 61 Proz. Alles in allem absorbierten die Betriebe mit unter 50 Personen fast genau die Hälfte des ganzen Zuwachses der Beschäftigten. Das illustriert die Fähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe als soziale Gruppen aufzufaßt.

Wir wissen nicht, gegen wen die Polemik sich richtet; das aber können wir sagen: uns ist kein Urteil von radikaler Seite bekannt, das so abschließend Folgerungen gezogen hätte aus den vorläufigen Zählergebnissen, als das vorstehende. Die Ironie will es, daß die schärfste Betonung der Konzentrationsbewegung in diesem Falle von revisionistischer Seite erfolgt ist. Doch das nur nebenbei. Das wichtigste ist, daß es sich bei den bekanntgegebenen Zählergebnissen nur um Betriebe, nicht um Unternehmungen handelt. Das weiß allerdings auch der Genosse Bernstein; er schreibt:

... auch ist nicht zu übersehen, daß ein erheblicher Prozentsatz der gesamten Betriebe nur Teile größerer Unternehmungen sind.

Wie sich das Verhältnis der Personenzahl und Betriebe zu den Unternehmungen gestaltet hat, das kann Genosse Bernstein noch nicht übersehen, aber fertig hat er dieses Urteil:

Aber all das selbst berücksichtigt sieht das Gesamtbild der Betriebsentwicklung doch erheblich anders aus als jenes, das Marx im „Kapital“ als Schema der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation aufgestellt hat.

Die fortschreitende Konzentration läßt sich nicht leugnen, da muß denn ein konstruiertes Schema herhalten, das vermöcht werden kann. Und das allein genügt nicht! Die Kleinbetriebe haben beträchtlich abgenommen, teilweise durch Aufstieg in die Gruppen mit zwei und drei bis fünf Personen. Diese Gruppen erhielten dadurch wieder etwas Zuwachs. Bernstein läßt die Kleinbetriebe einfach verschwinden und es wird ihm möglich, zu konstatieren: Wenn diese Methode wissenschaftlich ist, dann aber auch trügerisch. Verdunkelt wird das Bild durch die von Bernstein gewählte Berechnungsweise. Um zu zeigen, daß schon allein die Zählung, ohne Rücksicht auf das Verhältnis der Betriebe zu der Zahl der Unternehmungen, eine recht kräftige Konzentrationsbewegung feststellen läßt, machen wir die folgenden Zusammenstellungen. Es wurden gezählt:

Table with 5 columns: Kleinbetriebe, Betriebe mit 2-10 Personen, Betriebe mit 1 u. II zusammen, Betriebe mit mehr als 10 Personen, Betriebe mit mehr als 1000 Personen. Rows for 1895, 1907, and percentage changes.

Die Gruppen mit dem stärksten Personal zeigen die größte Zunahme. Das ergibt sich auch bei Berücksichtigung des Personals, wie diese Aufstellung darthut:

Table with 5 columns: Zahl der Personen in Betrieben mit 1-10, 1-50, über 10, über 100 Personen. Rows for 1895, 1907, and percentage changes.

Da die Zunahme der Bevölkerung 19 Proz. und die der gewerblich Tätigen 42,3 Proz. ausmacht, ist die Personalvermehrung in den Kleinbetrieben sogar ganz beträchtlich hinter der Bevölkerungszunahme zurückgeblieben. Zählt man die Klein- und Mittelbetriebe zusammen, ergibt sich für sie wohl ein etwas stärkeres Wachstum als bei der Bevölkerung, aber, worauf es ankommt: sie sind mit ihrer Personalvermehrung ganz enorm hinter der Zunahme der gewerblich Tätigen zurückgeblieben. Das tritt noch deutlicher in Erscheinung durch die folgende Tabelle, die den prozentualen Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtpersonenzahl darstellt. Von dieser entfallen in Prozent auf:

Table with 5 columns: Kleinbetriebe, Betriebe mit 2 Person., m. 3-5, 6-10, 11-50, 51-100, 101-200, 201-500, 501-1000, über 1000. Rows for 1895, 1907, and percentage changes.

Hier kommt der Rückgang der Klein- und Mittelbetriebe, und die fortschreitende Auffassung der Zustromenden durch Großbetriebe, ganz unübersehbar in Erscheinung. Aber wer das tut, was Bernstein verurteilt — und nicht unterläßt —, nämlich überieht, was von der Entwicklung neues zu sagen ist, wer sich stattdessen nur an diese Zahlen hält, nimmt immer noch ein getrübbtes Bild in sich auf. Ein Bild auf die Zählungsergebnisse läßt die auffällige Tatsache erkennen, daß in einzelnen Berufsgruppen die Klein- und Mittelbetriebe, relativ und absolut der Zahl und dem Personal nach, eine ganz bedeutende Zunahme erfahren haben. Es sind das die nichtproduzierenden Gewerbe. Darunter fallen: künstlerische Gewerbe, Handels-, Versicherungs-,

Verkehrs- und Gastwirtsgewerbe. Die Ursachen für die erwähnte Erscheinung mögen mannigfacher Art sein. Die Geschäftsgründungen als Nebenberuf, wobei die Ehefrau oft als Selbstständige im Hauptberuf auftritt, Filialgründungen und vor allem: eine starke Veränderung des Charakters vieler als selbständig gezählter Betriebe tragen dazu bei. Manche selbständige Handelsgewerbebetriebe sind eigentlich nur Verkaufsstellen großer Unternehmen oder von Fabrikationsbetrieben; viele Gastwirte sind kaum noch mehr als Papfer, die zu bestimmten Bedingungen das Bier der Brauerei ausgeben, die die Wirtschaften hypothekarisch beliehen haben. Eine große Zahl Betriebe des Bekleidungs-gewerbes stellt anders nichts dar als ein Akkordarbeitertum für große Konfektionsgeschäfte. Und so liegen die Verhältnisse in noch einer Reihe anderer Gewerbe, so daß die Zählungsergebnisse gar nicht sagen, was die Entwicklung neues geschaffen hat. Daß die Konzentration in den Gewerben, die von der erwähnten Um-bildung weniger betroffen sind, schon viel weitere und schnellere Fortschritte gemacht hat, als die Entwicklungslinie für alle Gewerbe angeigt, illustriert die folgende Aufmachung, die nur die Waren produzierenden Gewerbe umfaßt. Für diese ergeben sich folgende prozentuale Anteile:

Table with 5 columns: Kleinbetriebe, Betriebe mit 2 Person., m. 3-5, 6-10, 11-50, 51-100, 101-200, 201-500, 501-1000, über 1000. Rows for 1895, 1907, and percentage changes.

Obwohl auch hier noch ein großer Teil der nur nominellen selbständigen Betriebe eingeschlossen ist, hat sich der Anteil der Kleinbetriebe an der Gesamtzahl der gewerblich Tätigen auf fast ein Drittel reduziert, und der Anteil der Großbetriebe ist auf nahe die Hälfte hinausgegangen. Noch ganz andere Verhältnisse werden sich ergeben, wenn eingehende Angaben über das Verhältnis zwischen Unternehmen und Personenanteil vorliegen. Welche Kurve z. B. die Entwicklung in der Montanindustrie genommen hat, illustriert die folgenden Ziffern, die wir nach Angaben im Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund ermittelt. Im Kohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund entfielen auf einen Betrieb im Durchschnitt Personen:

Table with 2 columns: Year, Average number of persons per enterprise. Rows for 1890, 1895, 1900, 1905, 1907.

In seinem Buche „Die gemischten Werke in Deutschland“ weist G. Heymann schon nach, daß in Deutschland die durchschnittlich auf einen Betrieb entfallende Arbeitszahl gestiegen ist: im Bergbau von rund 8 im Jahre 1848 auf 76 im Jahre 1900, in der Roheisenzeugung von 108 im Jahre 1899 auf 322 im Jahre 1900 und in der Flußeisenherstellung von 390 im Jahre 1890 auf 650 im Jahre 1900. Das erwähnte Jahrbuch gibt für Deutschland einschließlich Luxemburg noch folgende Angaben: Die durchschnittliche Arbeiterzahl der Hochofenwerke in Deutschland stieg von 358 im Jahre 1903 auf 401 im Jahre 1906, und für dieselbe Zeit ergibt sich eine Steigerung der Beschäftigten der Flußeisenwerke von 662 auf 801. Diese Zahlen demonstrieren zweifellos eine starke Konzentrationsbewegung, obwohl auch sie gar nicht die Akkumulation durch Betriebsvereinigung erkennen lassen.

In welcher riesenhafter Weise einzelne Unternehmen gewachsen sind, dafür noch folgende Angaben. Es erhöhte sich für die nachbenannten Unternehmen in der angegebenen Zeit die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte: Arenberg 1860—1907 von 61 auf 6297, Konordia 1892—1907 von 2191 auf 5588, Konsolidation 1865—1905 von 131 auf 6000, Deutscher Kaiser 1872 bis 1907 von 51 auf 10 697, Selskirkener Bergwerksgesellschaft 1894—1905 von 10 892 auf 30 043, Gute-Hoffnungs-Hütte 1890 bis 1907 von 18 335 auf 21 657, Harpener Bergbau 1893—1907 von 11 262 auf 19 275, Hibernia 1890—1907 von 10 919 auf 19 212, Hösch, Stahlwerk 1892—1907 von 761 auf 4288, Krupp 1873 bis 1907 von 17 000 auf 64 354, Matkios Stinnes 1891—1907 von 785 auf 3992, Neumühl 1893—1907 von 28 auf 4000, Phönix 1872 bis 1907 von 4312 auf 32 475.

Unverkennbar tritt überall ein starker Zug zur Kapitalkonzentration und Betriebszusammenfassung hervor. Und dieser Zug treibt über die individuellen Unternehmen hinaus, vereinigt diese zu Kartellen und Syndikaten, wodurch ein großer Teil ihrer ehemaligen Selbstständigkeit verloren geht.

Jedenfalls: Wenn von einem boreiligen schematischen Urteil gesprochen werden kann, dann von dem, das der Genosse Bernstein sich zur Belehung der Radikalen glauben zu lassen.

Aus Industrie und Handel.

Patriotismus.

Kürzlich machten wir auf den Chauvinismus der „Domburger Nachrichten“ aufmerksam, die mit dem Kohlenboykott im Kriegeslaube drohte, wenn die Reichsmarineverwaltung englische Kohle laufe. Kürzlich lasen wir in dem Blatte folgendes:

Wie fremd der deutsche Reeder im allgemeinen dem nationalen Chauvinismus gegenübersteht, zeigt das Verhalten der Firma Sartori u. Berger in Kiel, die für die Zwecke der Kohlenversorgung der kaiserlichen Marine englische Trampdampfer gechartert hat. Wenn man die sonstige Geschäftslage der deutschen Dampfer-Reederei in Betracht zieht, so möchte man aber auch in diesem Falle einige Erziehung zu nationalem Selbstbewußtsein fordern.

Zu verwundern wird es nicht sein, wenn nächsten nur noch deutsche Trampdampfer deutsche Kohle transportieren. Wie die hohen Etiquen pleisen, so muß ja der Staat tanzen. Merkwürdig — oder auch nicht: der Patriotismus unserer Staatsbürger hat seinen Sitz doch immer im Portemonnaie.

Lage verschlechtert.

In ihrem letzten Situationsbericht über die Eisenindustrie zeichnet die „W.-W.-Ztg.“ die Lage wieder düsterer. Die im Dezember einsetzende lebhaftere Kaufkraft habe nicht standgehalten, sondern wieder einer allgemeinen Zurückholung Platz gemacht. Ueber den Quartalsbedarf hinaus besteihe im allgemeinen keine Deckungsneigung. Die Beschäftigung sei weiter ungenügend und auf eine durchgreifende Besserung besteihe in industriellen Kreisen noch keine Hoffnung. Besonders unangenehm mache sich der schleppende Eingang von Spezifikationen bemerkbar.

Die Krise in der englischen Schiffbauindustrie erfährt durch die jetzt veröffentlichte Uebersicht über die Bauaktivität der britischen Schiffswerften im Jahre 1908 eine scharfe Beleuchtung. Danach hat diese Industrie seit länger Zeit keine derartig schlechten Zeiten durchgemacht wie jetzt. Die Jahreserzeugung von 1 077 200 Tonnen an Schiffen bleibt hinter dem Vorjahre um 42 Proz. zurück. Seit 20 Jahren unterschritt nur das Jahr 1893 mit 900 000 Tonnen diese

Ziffer. Wesentlich trägt dazu der Frachtenmangel bei, der bewirkte, daß Ende 1908 in den britischen Häfen Schiffe mit dem Gesamttonnagegehalt von 1 1/2 Millionen still lagen. — Auch die französischen Werften haben 1908 nur wenig Aufträge gehabt, während es in der amerikanischen und der deutschen Schiffbauindustrie nicht ganz so schlimm bestellt war. In den übrigen Ländern war die Industrie etwa in demselben Maße beschäftigt wie im Vorjahre. — Auch das neue Jahr hat bisher keine Besserung in England gebracht. Von den 418 im Bau befindlichen Schiffen mit zusammen 983 791 Tonnen Gehalt waren dabei noch 58 Kriegsschiffe (210 271 Tonnen), und die meisten der Schiffe waren schon nahezu fertig. Auch die außerbritischen Aufträge für britische Werften waren gering und gehen immer mehr zurück. Januar dieses Jahres waren nur 23 Proz. aller im Bau begriffenen Fahrzeuge fremde Aufträge, während Januar vor einem Jahre der entsprechende Wert 38 Proz. betrug. Günstig wirkt dabei noch der Umstand mit, daß eine Reihe kleinerer Seemächte größere Aufträge nach Großbritannien gegeben haben. Eine Besserung der Lage ist nach Meinung des „Engineering“ gar nicht abzusehen.

Druckfehler-Berichtigung. In der Notiz „Industrielle Ungetüme“ in der vorigen Nummer des „Vorwärts“ hat der Druckfehlerausweis mit Erfolg gehaßt. So hat er summiert und aus „PS“ (Werdestärken) „Personen“ gemacht. Es muß nämlich heißen: „In die Kohlenproduktion des letzten Jahres teilen sich 161 Werke, die 6293 Maschinen mit 84 908 PS“ anstatt „mit 804 008 Personen“. Und weiter: „Im Jahre 1851 verfügte der Ruhrbergbau über 142 Dampfmaschinen mit insgesamt 9845 PS“ anstatt „mit 9845 Personen“.

Soziales.

Räffen Barbier- und Friseur-Polizeiverordnungen ausgehängt werden?

Eine im Gesundheitsinteresse des Publikums erlassene Polizeiverordnung vom 8. Oktober 1904, betreffend den Geschäftsbetrieb der Barbiers und Friseure, bestimmt unter anderem auch, daß in jedem Barbiergeschäft ein Abdruck der Verordnung auszuhängen hat. Der Barbier Hochstätten zu Bochum hatte einen solchen Abdruck unterlassen und war deshalb angeklagt worden. Das Landgericht sprach ihn wegen Ungültigkeit der fraglichen Bestimmung frei. Wiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Sie verwies darauf, daß das Kammergericht schon solche Vorschriften für gültig erachtet habe, wonach in Gast- und Schankwirtschaften Abdrücke von Polizeiverordnungen, Trunfensolde betreffend, auszuhängen seien.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Zogend ein Zusammenhang zwischen den Trunfensoldeverordnungen und der Friseurverordnung bestehe nicht. Die Staatsanwaltschaft übersehe, daß die Aushängsvorschriften der Trunfensoldeverordnungen eine besondere Stütze finden im § 6d des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften Ordnung und Sauberkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen gehöre. Danach hätte die Polizei innerhalb gewisser Grenzen die Berechtigung, ihre Meinung auch in den Gastlokale äußern zu lassen. Daß deshalb aber die Polizei das Recht haben sollte, in Geschäftslokale aller Art einzudringen, was ihr beliebt, das müsse verneint werden. Denn sonst könnte sie ja selbständig den Aushang aller möglichen gezieligen Bestimmungen, die einen Nutzen für das Publikum haben, bestimmen. Das gebe nicht. Es frage sich, ob die hier fristige Vorschrift der Friseurverordnung sich im Rahmen des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts halte, das heißt, ob der geforderte Aushang der Abwendung von bevorstehenden Gefahren diene. Das sei nicht der Fall. Zuzugeben sei allerdings, daß nachlässige Barbier-lehrlinge und Barbiers laubere sein würden, wenn sie die Verordnung immer vor Augen hätten. Die Polizei sei aber nicht dazu da, die Barbierlehrlinge zu erziehen oder die Barbiergäste zu bewegen, mehr auf sich zu halten. Wenn die Polizei eine weitere Verbreitung ihrer Vorschriften wünsche, dann möge sie sie in ihren Blättern veröffentlichen, nicht aber die Wände des Geschäftslokale in Anspruch nehmen. Die angewendete Bestimmung sei vom Landgericht mit Recht für ungültig erachtet worden.

Eine wider die guten Sitten verstoßende Vertragsbestimmung.

Der Kellner K. war beim Hotelbesitzer Janke, Neustädtische Kirchstr. 11, als Zimmerkellner vom 5. September bis 25. November beschäftigt. Durch den Vertrag war vorgelesen, daß er von den Trinkgeldeinnahmen täglich 1,50 M., also monatlich 45 M., abgeben muß, und zwar je 10 M. für drei Zimmermädchen und 15 M. für Bruch, das heißt zerbrochenes Geschirr. K. verlangt jetzt den Betrag, den er für Bruch zahlen mußte, zurück, da er in den 50 Tagen seiner Tätigkeit noch nicht für 5 M. Bruch verantwortlich habe. Der Beklagte gab in der gestrigen Sitzung der Kammer 6 des Berliner Gewerbegerichts zu, daß von den Trinkgeldeinnahmen, die der Kellner vereinnahmt, auch der durch die Zimmermädchen und in der Küche verbrauchte Bruch gedeckt werden soll. Das Gericht erachtete eine darauf hinausgehende Vertragsbestimmung als wider die guten Sitten verstoßend, und deshalb für ungültig. Der Kellner sei nicht als Versicherungsanstalt zu betrachten und könne nicht für durch andere Personen verursachten Bruch ersatzpflichtig gemacht werden. Ein Betrag von 5 M. für Bruch würde allermeist genügt und als angemessen zu betrachten sein. Der Beklagte wurde deshalb verurteilt, an den Kläger 29,80 M. zu zahlen.

Zum Kölner Kertzeistrel.

Der zum 1. Februar bevorstehende, Berichtete Krankenassenverantw. Rupper, daß im Gegenzug zum Kertzeistrel vor fünf Jahren der Kertzeverein die Kölner Krankenassen gestiftet worden. Mit einer Anzahl von Ärzten, die über das von der Regierung geforderte Quantum hinausgehe, habe der Krankenassenverband seine Verträge abgeschlossen. Diese seien von der Regierung gutgeheißen worden. Die außer den aus dem Kölner Kertzeverein ausgetretenen noch Köln engagierten Ärzte hätten in den verschiedenen Stadtteilen Wohnung genommen und beginnen mit dem 1. Februar an Stelle der jetzigen Mitglieder des Kertzeverbandes ihre Tätigkeit. Damit habe dann die für die Krankenassen so verhängnisvolle sogenannte freie Arztwahl ihr Ende erreicht und die Kölner Klassen sehen einer besseren Zukunft entgegen.

Bedeutung der Verlust eines Auges dauernde Erwerbsbeschränkung?

Die Berufsvereinigungen, diese durch Arbeiterversicherungs-gesetz geschaffene Organisation der Unternehmer, sind unermüdet bestrbt, die Entschädigungspflicht der Unternehmer gegenüber den verletzten Arbeitern zu mindern oder gar aufzuheben. Wislang ist der Verlust eines Auges immer als eine erhebliche Erwerbsbeschränkung angesehen worden, die dem verletzten Arbeiter einen dauernden Anspruch auf Invalidrente verleiht. Mit diesem Grundsatze wollte die Steinbrücker-Berufsgenossenschaft brechen. Der Wübbauer B. in Frankfurt a. M., der seit dem Jahre 1890 für den völligen Verlust des rechten Auges von der genannten Berufsvereingung eine Rente von 33 1/2 Proz. bezog, sollte sich nach Aufstade der Berufsvereingung in den verflochtenen 18 Jahren so sehr an den Verlust des Auges gewöhnt haben, daß er in seiner Erwerbsfähigkeit nicht mehr beschränkt sei. Dr. Pfalz, Direktor der städtischen Augenheilanstalt in Frankfurt, hatte die Berufsvereingung in ihrem Bestreben unterstützt. Sein Gutachten ging dahin, daß der Verlust eines Auges nur solange eine Erwerbsbeschränkung bedinge, bis sich das erhaltene Auge (oder besser, der Verletzte) an die veränderten Verhältnisse gewöhnt habe. Diese Gewöhnung sollte bei dem Wübbauer B.

W. Noacks Theater
 Direction: Rob. Hill, Brunnstr. 16.
Großer Klassiker-Abend.
Uriel Acosta.
 Drama in 5 Aufzügen v. A. Gupflov.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnabend, 30. Jan.: Gr. Extrav.
 Vorstellung: Die Blume der Sorge
 oder: Vaterstolz und Kindesliebe.

Gebürder
Herrnfeld-
 Anfang Theater. Vorverk.
 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Die beiden
Bindelhands
 und der neue
Künstlerteil

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom
 Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12
 unter anderem:
Sign. Milano
 Prima Solterina vom Scala-Theater
 in Mailand.
Am Brunnen vor dem Tore.
 Volkstümlich mit Gesang in 1 Akt.
 Familienarten, halbe Preise,
 wochentags überall gratis.

Puhlmanns Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Mittwoch, den 27. Januar 1909:
 Gastspiel Fischers Theater-Ensembles.
 Donnerstag: Geistes gr. Bod.
 hierauf verbunden mit Konzert
 und Spezialitäten.

Sanssouci, Kontzuser
 Straße 6
 Direction Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag,
 Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
 u. Tanzkränzen.
 Ensembles, Solos.
 Aktuelle Vorträge in Wort
 und Lied usw.
 Beg. Sonnt. 8, wochent. 8 1/2.

Königsstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72.
 Täglich: Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
 (Gungl, Glogowski) — Joe de Day,
 Lola Strella. — Jim und Jam.
Riesen-Erfolg!
Liebrauenmilch!
 Operette in 1 Akt.
 Anf. d. Vorst. 8, Sonntag 8 1/2 Uhr.

Berliner Eis-Palast
 Ständige Eisbahn. Bis nachts 12 Uhr
Konzert und Kunstlaufen.
 Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr:
Großes Karneval-Eisfest
 zum Behen des Vereins „Bauten-
 haus vom roten Kreuz für Kranken-
 und Kinderpflege“.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
 Der
Kompagnieball
 Militär-Humorstele vom
 Regt. Anfang wochent.
 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Neue Welt
 Hasenheide 103-114.
Großes
Bockbier-Fest
 in den
 bayrischen Alpen
 Baron Muckls Bauernkapelle.
 Max von Heedes Meisterliedner.
30 bayrische Madl
 Sensationelle Prämierungen
 und Gratis-Verlosungen.
 Feenhaftes Riesendekorations.
 Donnerstag, 28. Januar: Eiltotop.
 Prämierung d. ähnl. Damen-
 Zwillingpaars.
 8 Barpreise: M. 50.-, 30.-, 20.-

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN
 sind von anerkannter Güte und bieten
 trotz ihres billigen Preises volle Garantie
 für feinste Qualität.
 10 St. für 20 Pfg.



Walhalla-
Variété-Theater
 Weimergangweg 19/20, Kossuth-Platz.
 Abends 8 Uhr:
 Die prächtigen Jan-Spezialitäten.
 Der amerikanische Radfahrer
 Chester H. Dieck; Saltmortale
 über eine mit Personen besetzte
 Droste. Der praktische Damen-
 hat, vorgeführt von Lily Kowala.
 Am Zümel: Regimentkapelle.
 Theatersänger hab. freien Eintritt.
 Sonnabend, 30. Jan.: Eine Ball-
 nacht auf dem Weinbergweg.

Gustav Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
 Das vollständig neue
 Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel
 an der Kirchhofsmauer.
 „Harlekin und Puppe“
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 8 Uhr.

Variété-Brillant
 (City-Passage)
 Dresdenerstr. 52/3, Annonst. 42/3
 Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
 um den goldenen Meister-
 schaftsgürtel von Berlin
 und
M. 1500 in bar.
 Vorh. d. großart. Spez.-Prog.
 Anf. 8, Bes. d. Ringk. 9 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf., rel. Platz 1,-.

„Hallunke“
Gesundheitsalkohol
 (probatum est). 285/19

Carl Wolf
Eisenwaren-Handlung
Turmstr. 59
 offeriert verlässliches (schwedisches)
 Drahtgeschloß, in ganzen Rollen,
 50 Meter lang, zu Fabrikpreisen;
 in einzelnen Metern zu billigen
 Preisen.
 Ich habe meine Wohnung in
Rixdorf von Bergstr. 12 nach
Kaiser-Friedrich-Str. 75 ver-
 legt.
 Telefon: Amt 73. **Dr. Seelig, Arztl.**
 Rixdorf, Nr. 73.

Wir verkaufen
 jetzt noch billig
 R 4 Mk. an
 in Petershagen, C. Bahn
 R 10 Mk. an
 Seegefeld, am Bahnhof
 R 12 Mk. an
 Rantzdorf, am Bahnhof
 R 10 Mk. an
 Bahnhof Zadowa, Niedersdorf,
 Rantzdorf-Sub
 R 30 Mk. an
 Niedersdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
 Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau:
 Hof I. Amt 3, 1209. Charitestr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.
Donnerstag, den 28. Januar 1909, abends 8 Uhr:
Allgemeine Klempnerversammlung
 in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Kündigung des Tarifs durch die Arbeitgeber.
 Referent Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten
 und Verschiedenes.
 Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller
 Kollegen notwendig.

Donnerstag, den 28. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 der Gold- und Silberarbeiter und verwandten
 Berufsgenossen
 im Dresdener Garten, Dresdener Straße Nr. 45.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Geistlich Heiner“.
 NB. Die Kollegen, welche noch Fragebogen in Händen haben, werden
 ersucht, dieselben in der Versammlung abzugeben.

Donnerstag, den 28. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Elektromonteuere und Helfer Berlins
 und Umgegend
 in Meyers Festsälen, Sebastiansstraße Nr. 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Waschek: „Das moderne Proletariat“.
 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 28. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 aller in den Eisengießereien beschäftigten
 Kollegen
 in den Borussia-Sälen, Kderstraße Nr. 6/7.
 Tages-Ordnung: Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Metallarbeiter-Notizkalender 1909,
Stück 60 Pf., sind im Bureau zu haben.
 110/17 Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus, Engelauf 15.
Sonntag, den 7. Februar:
Mendelssohn-Abend
 zur Feier des hundertjährigen Geburtstages Mendelssohns
 arrangiert von Margarete Walkotte
 unter Mitwirkung der
Trio-Vereinigung des Herrn Richard Kursch,
 Felix Gutdeutsch, Willi Deckert, sodann Herrn
 Hofopernsänger Alfred Lyander, Herrn Hans Baron
 (Tenor) und Margarete Walkotte. 250/15
 Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
 Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauf 15.

Persil
 Das vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
 von unerreichter Wirkung. Pakete à 25 u. 65 Pf.
 Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

unstreitig
 Das grösste
Spezial-Geschäft
 Deutschlands
 für Bettfedern ist die erste
Bettfedern-Fabrik
 mit elektrischem Betriebe
 1725
Gustav Lustig

Berlin, Prinzenstr. 46 u. 47
 Die Firma führt nur
Bettfedern | **Daunen**
 zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50 | zu 2,85, 3,50, 4,50,
 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, | 5,50, 6,50 bis 8 Mark.
 3,00, 3,50 bis 5 M. per Pfd.
Fertige Betten
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen,
 zu 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75,
 90 bis 105 Mark.

Bettinlette und andere Bettartikel.
 Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:
 Echt chinesische
Monopoldaunen
 (gesetzlich geschützt) Pfund M. 2.85.
 (3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend.)

Der beste Beweis für die
 Güte meiner Bettfedern ist der
 jährliche Umsatz von über
2000 Zentnern
Bettfedern
 Kein zweites Bettfedern-Detail-
 Geschäft kann einen auch nur an-
 nähernden Umsatz nachweisen.

Ausnahmepreise
 für
Metall-Bettstellen
 Nr. 350
 Metall-Bettstelle
 mit
 Zugfederstrahlen
 und Messingverzier.
 190x80 cm
M. 17.50
 190x90 cm
M. 19.00
 Andere Metallbettstellen schon von 5 M. an.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.



Aufarbeiten von alten und Bettfedern

Partei-Angelegenheiten.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Freitag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr findet im Lokal „Feldschlösschen“ (Inhaber W. Dräger), Kronprinzenstraße Ecke Waldseeerstraße eine öffentliche Versammlung statt. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Stadthagen: „Deutschland in der Welt voran!“ 2. Freie Diskussion. Die Bezirksleiter werden ersucht, die Handzettel zu dieser Versammlung heute abend 7 1/2 Uhr beim Genossen Koffert in Empfang zu nehmen. Der Vorstand.

Spandau. Die für heute abend bei Wöble angelegte Versammlung, in der zur Gewerbeordnungsnovelle Stellung genommen werden sollte, findet aus triftigen Gründen nicht statt.

Berliner Nachrichten.

Die ungültige Wahl des Stadtverordneten Mugdan für gültig erklärt.

Der Wahlausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit der Prüfung des Gültigkeit der Wahl Dr. Mugdans und dem gegen die Wahl eingelaufenen Protest. Die Hauptwahl erfolgte am 11. November 1908. Für Professor Riechert wurden 474, für Dr. Mugdan 473 Stimmen abgegeben, 2 Stimmen entfielen auf den Berliner Volksschullehrer Heidenreich, 1 Stimme war ungültig, weil keine bestimmte erkennbare Person als gewählt bezeichnet war. Es hätte mithin, da ein Volksschullehrer in der Gemeinde, in der er wohnt, nicht wählbar ist, mithin nur 946 gültige Stimmen abgegeben waren, Professor Riechert als gewählt vom Wahlvorstand proklamiert werden müssen. Das geschah aber nicht. Der Wahlvorstand proklamierte überhaupt nicht, der Magistrat proklamierte an seiner Stelle Stichwahl. In der Stichwahl siegte am 8. Dezember Dr. Mugdan. Gegen die Wahl war Protest eingelaufen, der betonte, es hätte Professor Riechert als gewählt proklamiert werden müssen, auch hätte ein im Konkurs befindlicher für Mugdan gestimmt, eine Reize auf Professor sowie auf Justizrat Mugdan abgegebenen Stimmen seien dem Sanitätsrat Dr. Mugdan zugezählt, Wulden und dergleichen als Mugdan gezählt. In freisinnigen Kreisen war nach der Auffassung erregenden Anordnung die Ansicht vertreten, der Volksschullehrer hätte ja vor dem 1. Januar sein Amt niederlegen können, er sei also wahlberechtigt gewesen. Das Irre dieser Ansicht haben wir seinerzeit an der Hand von Oberverwaltungsgerichtsdienstschreiben dargelegt. Sie wurde im Ausschuss von niemand mehr aufrecht erhalten. Desto wunderlichere andere Ansichten wurden für die Gültigkeit der Wahl ins Feld geführt. Der Referent, Stadtverordneter Ladewig, wollte den Protest für verspätet erachtet wissen, weil die Frist von 14 Tagen vom 11. November ab zu berechnen gewesen sei. Diese ungeheuerliche Ansicht wurde gegenüber der klaren Vorschrift, des § 27 der Städteordnung, daß gegen das stattgehabte Wahlverfahren zu protestieren sei, von niemand gutgeheißen. Ferner qualte sich der Referent damit ab, einige Stimmen herauszufinden, bei denen Richard u. dgl. statt Riechert geschrieben war. Der Stadtrat Marggraf betonte demgegenüber, daß statt Mugdan in etwa 51 Fällen Wenigdan, Wuldan, Wegdan u. dergl. geschrieben sei und demnach erst recht Mugdans Wahl für ungültig zu erklären wäre, wenn man das im Prozeß Rerfin belästigte orthographische System billigen wollte. Der Magistratsvertreter Stadtrat Bohm legte dar, der Magistrat habe sich auf Grund der Novelle von 1900 für befugt erachtet, an Stelle des Wahlvorstandes zu entscheiden. Er habe geglaubt, so schwierige Fragen wie die, ob ein Gemeindefunktionär beförderter Gemeindebeamter und daher nicht wahlfähig sei, habe der Gesetzgeber nicht dem Wahlvorstand übertragen wollen. Der Magistrat habe geglaubt, da er gewissermaßen nur stellvertretender Wahlvorstand sei, die Befugnisse hierzu auch nicht zu haben. Er habe alle Stimmen mitgerechnet, nicht geprüft, ob Stimmen ungültig seien. Danach sei die Stichwahl anzuordnen gewesen. Die Stadtverordneten Cassel, Sonnenfeld, Wommsen vertraten die Ansicht, nach § 26 der Städteordnung seien alle Stimmen, auch die ungültigen, zu zählen gewesen und wollten die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts hierfür ins Feld führen. Stadtverordneter Marggraf und unsere Genossen Borgmann, Dupont, Glöde und Stadthagen führten demgegenüber folgendes aus: Nach § 26 sind lediglich bei solchen Wahlen, bei denen ein Wähler mehrere Stadtverordnete zu wählen hat, nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts alle Stimmen zu zählen. Anders liegt es nach derselben Rechtsprechung bezüglich aller anderen Wahlen. Der Wortlaut und Zweck des § 26 zwingt alle gültigen, nicht aber die ungültigen Stimmen, wie für Titelpentili oder den Kaiser von China oder sonst nicht wahlfähige Personen abgegebene Stimmen zu zählen. Mithin sei Riechert gewählt und zu Unrecht Stichwahl angeordnet. Eventuell sei Beweisnahme über die Behauptung des Protestes zu erheben, daß nicht Sanitätsrat Dr. Mugdan, sondern andere Personen gewählt, vom Wahlvorstand und Magistrat als Sanitätsrat Dr. Mugdan aber gezählt seien. Es wurde auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts verwiesen, das von uns unter dem 8. Dezember 1908 abgedruckt ist und klar zu erkennen gibt, daß nur die auf Wahlfähige entfallenden Stimmen berücksichtigt werden dürfen. Die Herren Cassel usw. erklärten trotz dieser Entscheidung, an ihrer irrigen Auslegung des § 26 festhalten zu müssen. Ferner wurde von unseren Genossen geltend gemacht: zu Unrecht hat der Magistrat sich als Wahlvorstand ernannt. Das ist ein vom Oberverwaltungsgericht zum Beispiel in der Entscheidung Vd. 40 S. 88 als grober Verstoß gegen § 26 St.-O. erachteter Verstoß. Wenn der Magistrat die Novelle vom 30. Juni 1900 für seine Anschauung ins Feld führe, so siehe der Wortlaut und Zweck dieser Novelle dem durchaus entgegen. Die Novelle gestattet, mehrere Abstimmungsbezirke in einem Wahlkreise zu errichten, hält aber die Vorschrift, daß der Wahlvorstand über Stichwahl oder Nichtstichwahl zu entscheiden hat, aufrecht. Gründe gegen diese Auffassung wurden weder vom Magistrat noch von Kommissionsmitgliedern geltend gemacht. Es müsse mithin erst der Wahlvorstand endlich in Funktion treten. Bei der Abstimmung fiel der Antrag Marggraf, Beweisnehmung vorzunehmen, mit neun gegen fünf Stimmen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurden die Anträge abgelehnt, den Magistrat zu ersuchen, den Wahlvorstand zur Feststellung des Wahlergebnisses vom 11. November einzuberufen, sowie der Antrag, die Wahl des Dr. Mugdan für ungültig zu erklären. Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde die Wahl vielmehr für gültig erklärt und so ein offener Rechtsbruch der Versammlung vorge schlagen, den das Ober-

verwaltungsgericht schwerlich gutheißen wird. Inzwischen aber läßt Dr. Mugdan an Stelle des tatsächlich gewählten Professors Riechert das Stadtverordnetenmandat aus.

Mit der Verabsichtigung des Aquariums, die die Sozialdemokraten beantragt haben, beschäftigte sich gestern der von der Stadtverordnetenversammlung für die Angelegenheit eingesetzte Ausschuss. Nach längeren Erörterungen wurde beschlossen, zur nächsten Sitzung den Leiter des Instituts, Herrn Direktor Hermes, zwecks näherer Auskunfterteilung zu laden.

Die Markthallen-Deputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem mit dem Projekt, die Markthalle IV in der Dorotheenstraße zu einem Konzert-Etablissement umzugestalten. Bekanntlich ist die Benutzung unserer städtischen Markthallen in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen, so daß die Verwaltung vor die Frage gestellt wurde, eventuell die schlechtest gehenden zu schließen. Die Herren Buskoff und Sonnemann, ersterer langjähriger Besitzer des belannten Treptower Lokals „Abtei“, sind an die Stadt mit dem Erlauchen herangetreten, ihnen auf die Dauer von 15 Jahren gegen einen jährlichen Pachtzins von 30 000 M. diese Halle als Konzertsaal mit Restaurationsbetrieb zu überlassen. Die Deputation mühte diesem Angebot schon aus dem Grunde die Zustimmung verweigern, weil die auf Kosten der Stadt zu erfolgenden baulichen Veränderungen ziemlich erhebliche sind und auch die Pachtsumme nur dem vierten Teil des wirklichen Pachtpreises entspricht.

Ein Erpressungsmandat, welches in gewisser Hinsicht an die Dahlel-Affäre erinnert, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Unger die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der 24jährige Anstreicher Paul Berdermann vorgeführt, um sich wegen verächtlicher Erpressung zu verantworten. Der schon vorbestrafte Angeklagte ist vermutlich durch die Lektüre gewisser Blätter, die sich nicht scheuen die intimsten Privatangelegenheiten allgemein bekannter Persönlichkeiten in die breitesten Öffentlichkeit zu zerren, auf den Gedanken gekommen, sich auf eine ähnliche Weise in den Besitz einer größeren Summe zu setzen. Am 25. November v. J. erhielt die Gattin eines hiesigen Warenhausinhabers, über welche kurz vorher in einem Standaalblättchen ein Artikel erschienen war, einen aus herausgeschrittenen Zeitungsdruckstücken mühselig zusammengefügten Brief, in welchem der Betrag von 500 M. verlangt wurde. Der Briefschreiber teilte mit, daß er zufällig Zeuge eines telephonischen Gesprächs geworden sei, welches die Dame mit ihrem Geliebten gehabt habe. Er drohte, falls das Geld nicht gezahlt würde, einen Artikel über seine Wahrnehmungen zu veröffentlichen, der einen großen Skandal zur Folge haben würde. Die betreffende Dame wendete sich sofort an die Kriminalpolizei. Der Kriminalkommissar Dr. Kopp antwortete dem verwegenen Erpresser im Namen seiner Dame und bekam es auch fertig, den Briefschreiber zu einem Rendezvous zu bestellen, bei welchem er die ihm zugesagte Abschlagszahlung von 150 M. in Empfang nehmen sollte. Der Erpresser entpuppte sich als der jetzige Angeklagte Berdermann, er wurde sofort verhaftet und nach Moabit übergeführt. — Der Angeklagte behauptete schon in seiner ersten Vernehmung, er habe sich mit dem Brief nur einen „Scherz“ machen wollen, an die Erlangung des Geldes habe er nicht im entferntesten gedacht. Diese höchst törichte Ausrede gebrauchte der Angeklagte auch vor Gericht und hatte sogar durch seinen Verteidiger R.-A. Wahn den Beweis antreten lassen, daß es sich tatsächlich nur um einen Scherz gehandelt habe. — Staatsanwalt Jonas beantragte in Anbetracht der überaus gemeinen und niedrigen Gesinnung, die der Angeklagte durch seine direkt gemeingefährliche Tat an den Tag gelegt habe, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Verteidiger stellte, um zu beweisen, daß der Angeklagte sich nicht die von ihm behaupteten Dinge aus den Fingern gesogen habe, den Antrag, die Inhaberin eines Wlumengeschäfts in der Tiergartenstraße als Zeugin zu vernehmen, daß die in Frage kommende Dame eines Tages an einen Herrn telephoniert habe: „Ihr Mann sei dahinter gekommen, er solle alle Briefe verbrennen“. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab, erkannte vielmehr dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Jahr Gefängnis. Bei Abmessung der Strafe zog das Gericht in Betracht, daß gegen Erpresser mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden müsse, da derartige Vergehen in letzter Zeit sehr überhand genommen haben und gewisse Blätter existieren, die derartige Intimitäten aus dem Privatleben anderer Personen unter einer sehr niedrigen Spekulation auf die Sensationslusternheit mit besonderer Vorliebe an die breitesten Öffentlichkeit zerren.

Eine Generalmobilmachung der Freisinnigen in Moabit war am Montagabend von dem Moabiter Freisinnigen Verein durch Mauer- und Aufschlüssenanschläge ins Werk gesetzt worden. In großen Trupps rüdten sie auch an die Freisinnigen, und füllten bald den großen Saal der Arminushallen. Leider hatte sich der Verein etwas verrechnet, denn insgesamt — 30 Personen waren dem Freisinnigen Podium gefolgt! Natürlich wurde viel leeres Stroh gedroschen und das Maul weit aufgerissen. Von den Verhandlungen war das Interessanteste, daß der Verein aus der letzten Landtagswahlkampagne noch 1000 M. Schulden habe und schwer knabberte, diese zu bezahlen. Es erfolgte ein Appell an die Gefinnungsgenossen, durch Statistiken und dergleichen für die Tilgung der Schulden zu sorgen. Warrer Runge will sich nun alle Mühe geben, durch geeignete Agitation im Falle der Rastierung der Landtagsmandate den „vaterlandskloßen Herrn Hoffmann“ ein für allemal abzutun, denn er habe in Moabit sowieso keine Anhänger und Freunde mehr. So verdröhnt und läßt der Freisinn die bekanntesten Tatsachen!

Als Erfinder scheint der Kronprinz kein besonderes Glück zu haben. Patriotische Leute mögen sich schon darauf gefreut haben, den zerlegbaren Manschettentopf, die zum Patent angemeldete Erfindung des Kronprinzen, tragen zu dürfen. Ein Berliner Juwelier mit sehr zahlungsfähiger Kundenschaft sollte die Neuheit bald auf den Markt bringen. Aber einige Bijouteriefabrikanten hatten noch im letzten Augenblick gegen das Patent Einspruch erhoben, da die Erfindung nicht original wäre. Der Kronprinz hat nunmehr sein Patent zurückerzogen.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurden gestern der Gastwirt Adolf Verg und der Kaufmann Oskar Biermann aus der Zimmerstr. 97 verhaftet. Es handelt sich um das Feuer in dem Vergnügungsetablisement „Monaco“ in der Jerusalemstr. 19/20, über das am Mittwoch voriger Woche berichtet wurde und das in den Casaräumen und in einem Lagerkeller darunter bedeutenden Schaden angerichtet hat. Der Verdacht der Brandstiftung tauchte schon während der Löscharbeiten der Feuerwehr auf. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei gaben ihnen weitere Nahrung. Verg und Biermann wurden eingehend vernommen und wollten zur Zeit des Brandes nicht in dem von ihnen betriebenen Etablissement gewesen sein. Ihre Angaben hielten jedoch der Nachprüfung nicht stand. Insbesondere wurde Verg nachgewiesen, daß er erst kurz nach Ausbruch des Feuers morgens um 8 Uhr die Räume verlassen hatte. Dazu kam ein sehr verwirrendes Mandat dieses Mannes gegen einen anderen. In einem Schreiben ohne Namen, das der Kriminalpolizei zugeing, wurde ein angesehener Kaufmann, der in dem Hause wohnt, der Brandstiftung beschuldigt. Es ergab sich, daß dieses Schreiben von Verg herrührt. Endlich wurde festgestellt, daß die beiden Betriebsunternehmer schlechte Geschäfte machten, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Aufwendungen standen. Mehrere Gläubiger hatten schon die Hand auf die Einnahmen gelegt. Die Unternehmer schlugen ihnen jedoch ein Schimpfen, indem bald der eine, bald der andere die Kasse auf die Seite brachte. Um sich auf anderem Wege aus ihrer Bedrängnis zu retten, versicherten die Unternehmer ihre Einrichtung am 14. d. M. bei einer hiesigen Gesellschaft für 50 000 M.,

obgleich sie nicht die Hälfte wert ist. Gleich nach dem Brande erhielten sie die Versicherungssumme. Alle diese Ermittlungen führten dazu, daß die Kriminalpolizei Verg und Biermann gestern in ihrer gemeinsamen Junggeleutenwohnung in der Zimmerstr. 97 festnahm und heute nach Moabit zum Untersuchungsrichter brachte.

Grober Unfug wurde in den letzten Tagen wieder zweimal gegen die Krankenbeförderungsanstalt von Kopp in der Cassierstr. 95 verübt. Am Freitagabend wurde durch den Fernsprecher ein Wagen nach der Greifswalder Str. 46, gestern abend um 7 1/2 Uhr nach dem Briegeener Bahnhof bestellt. Von beiden Stellen sollten angeblich kranke Frauen nach der Klinik gebracht werden, alle Angaben erwiesen sich aber als Schwindel. Auf die Ermittlung des Unfugstifters hat Herr Kopp eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Bei der Ausübung seines Berufes vom Tode überrascht wurde gestern abend der 80 Jahre alte Handelsmann Friedrich Schögel aus der Carmen-Schloß-Str. 154. Während er in der Gastwirtschaft von Pinge in der Behmstr. 40 Apfelsinen anbot, brach er plötzlich vom Stühle gerührt zusammen und starb auf der Stelle. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Recht traurige Verkehrsverhältnisse herrschen auf dem Wege, der von den Siemenswerken am Rosendamm nach dem Bahnhof Fürstenufer führt. Die Brücke, die den Verkehr vermittelt, gehört dem genannten Werke, soll aber in keiner Weise dem Bedürfnis entsprechen. Sie ist so schmal, daß zwei Wagen zugleich nicht fahren können, es ist nicht möglich, den Weg mit einem Rade zu passieren, wenn ein Auto daherkommt. Und dieser schmale Weg dient Tausenden von Angestellten und Arbeitern als Passage nach dem Bahnhof; kommt ein Fuhrwerk daher, ist er für Passanten geradezu lebensgefährlich.

Gestern mittag trat das wieder einmal deutlich in Erscheinung. Kurz nach 12 Uhr wurde von einem Schnellzuge ein Monteur überfahren, ein Arm und ein Bein wurde dem Unglücklichen vom Körper getrennt. Der Krankenwagen, der zur Fortschaffung des Verunglückten requiriert wurde, traf 1/2 Uhr ein, konnte aber nicht zur Unfallstelle, weil ein Lastwagen vor ihm fuhr und obendrein aus bestimmten Gründen auf der Forststraße warten mußte. Dadurch entstand eine halbe Stunde Verzögerung, bevor der Krankenwagen die Brücke passieren konnte. Um so viel länger mußte der der Hilfe dringend bedürftige Ueberfahrene auf der Unfallstelle liegen.

Allgemein wird es für dringend notwendig empfunden, daß die Verkehrsverhältnisse so geregelt werden, daß sie wenigstens einigermaßen erträglich sind.

38 Unglücksfälle auf der Eisbahn des Müggelsees machten am vergangenen Sonntag das Eingreifen der freiwilligen Sanitätskolonne erforderlich. Bei nicht weniger als 27 Verunglückten mußten sogenannte schwere Verbände angelegt werden. Es handelte sich um Personen, die beim Eislaufen gestürzt waren und sich dabei mehr oder minder erhebliche Kontusionen, teils auch Knochenbrüche, zugezogen hatten. Ein junger Kaufmann aus Berlin, der mit einem anderen Schlittschuhläufer zusammengestoßen und gestürzt war, hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß er mittels Krankenwagens fortgeschafft werden mußte. Trotz der großen Anzahl von Verletzungen erscheint die Personenzahl der Verunglückten klein, wenn in Betracht gezogen wird, daß sich nicht weniger als 80 000 Personen auf dem Müggelsee getummelt hatten. Es ist dies der größte Besuch, den die Müggelbahn bisher aufzuweisen hatte. Die Eisbahn beförderte nicht weniger als 25 000 Personen, eine Frequenz, wie sie an einem Wintersonntage auf der Strecke noch niemals festgesetzt worden ist.

Von einem Kohlenwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern vor dem Hause Alt-Stralau 71 ein Arbeiter der Firma Weigel, der auf seinem Rade nach Hause fuhr. Man brachte den Schwerverletzten in das Krankenhaus am Friedrichshain, doch hat der Arzt keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Wer ist der Tote? In der Spandauer Stadtförst im Jagd 80 wurde in der Nähe des Kilometerzeichens 5,4 ein unbekannter Mann an einem Baume hängend tot aufgefunden. Die Leiche war schon stark verwest, das Gesicht von Vögeln angegriffen. In der Brusttasche des Toten fand man ein Notizbuch mit der Aufschrift: „Hier auf dieser Stelle am 18. 12. 08, vormittags 9 Uhr, meinem Leben ein Ende gemacht.“ Die Strümpfe und das weiße Taschentuch des Mannes sind H. K. gezeichnet. Der Unbekannte ist etwa 28 bis 32 Jahre alt und 1,75 Meter groß. Er hat blondes Haar und einen blonden Schnurrbart und trug einen dunklen Leberzecher und ein Jodettanzig, Schnallenschuhe und einen grünen Schlapphut mit hellgrünem seidnen Bande. In den Taschen fand man noch eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand und gelber Kette und eine rote Zigarettasche.

Die „Freie Volkshöhle“ veranstaltet am Sonntag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, in den „Arminushallen“, Kommandantenstraße 68/80, im oberen Saal ihren 30. Vortragabend mit anschließendem Tanz. Das abwechslungsreiche Programm ist dem „olympischen Humor“ gewidmet. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Die Konzertdirigentin Fräulein Lissi Kurz, Herr Kapellmeister Clemens Schmalstich. Die Rezitation hat Herr Schriftsteller Adolf Wetrenz übernommen. Einlaßkarten a 50 Pfennige inklusive Programm und Tanz sind in den Zahlstellen zu haben, soweit bei dem beschränkten Raum solche noch vorhanden sind. Es empfiehlt sich daher die rechtzeitige Abnahme derselben. (Siehe Donnerstagsheft im „Vorwärts“.)

Die Generalversammlung dieses Quartals wird am kommenden Donnerstag im Gewerkschaftshause abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen nach einem Vortrage des Genossen Heinrich Schulz über die Lage der Gewerkschaft und Kasienbericht des Vorstandes, der Revisionsbericht sowie ein Antrag der Vereinsleitung, den Jahresbeitrag im nächsten Spieljahre 1909/10 um 40 Pf. zu erhöhen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erbeten. Zu den Abendabteilungen können sich noch einige neue Mitglieder melden. Der Vorstand. I. B.: G. Winkler.

Eine Panik entstand bei einem Brande in der Forster Straße 8. Kleider waren dort auf einem Korridor in Brand geraten und hatten enormen Qualm verursacht, der durch Offenlassen der Türen sich im Treppenhause festgesetzt hatte und nicht abzog. Die Hausbewohner riefen bei Anfuhr der Feuerwehr schon laut aus den Fenstern um Hilfe. Sofort wurden Feuerwehrleute über einen Hofenleitergang in die Wohnungen entsandt. Von außen stiegen die Feuerwehrmänner in die Fenster ein und beseitigten die geängstigten Frauen und Kinder. Die Flammen konnten bald gelöscht werden.

Am Sonntag sind am Rosenthaler Thor zwei Schlüssel gefunden worden. Dieselben sind abgeholt in der Zeitungspedition „Vorwärts“ Kazarethstr. 49 bei Weike. — Gleichfalls am Sonntag gefunden wurde eine Radelbrille in der Prinz-Handjery-Straße, Ecke Leffingstraße. Dieselbe ist in der Kgl. Polizei-Partispedition Redarstraße 2 abgeholt. Die Fundgegenstände sind anscheinend Eigentum von demonstrierenden Parteigenossen.

Feuerwehrbericht. Der 3. Zug hatte Montag abend in der Rehdener Str. 21 zu tun, wo Feuer in einem Trockenofen brannte. Die Feuerwehr hatte tüchtig zu löschen, um den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Nachts um 11 Uhr standen in der Oranienstraße 2a Kellerüberschläge mit Inhalt von Hausrot in Flammen. Der 8. Zug löschte diese mit einer Schlauchleitung. Unvorsichtiger Weise wurde die Wehr nachts um 4 Uhr nach dem Brunnentplatz alarmiert. Der Leiter ist unerkannt entkommen. Der 11. Zug wurde nach der Gitschiner Str. 70 gerufen. Dort brannten Laternenüberschläge auf dem Boden, ein Kofetraum u. a. Vor dem Hause Jerusalemstr. 19/20 brannte ein Automobilrad und in der Leipziger Straße ein Automobil. Ferner liefen Feuermeldungen aus der

Turiner Str. 5, wo Gardinen und Möbel brannten, aus der Hornstraße 13, Stettiner Str. 5, Andstr. 21 und anderen Stellen ein Fleisch, Berg, Fuchsboden, Wallen usw. waren dort in Brand geraten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der Magistrat und der Wahlrechtsraub.

Die gegen den Erlaß eines Ortsstatuts über die Einführung des qualifizierten Durchschnittsprinzips eingegangenen Proteste wurden in der gestrigen Magistratsitzung durch Verlesung zur Kenntnis der Mitglieder des Magistrats gebracht. Der Magistrat genehmigte das von der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung vom 17. Dezember v. J. beschlossene Ortsstatut betr. die Anwendung des qualifizierten Durchschnittsprinzips bei Bildung der Wählerabteilungen für die Stadtverordnetenwahlen.

Mit diesem Beschluß hat der Magistrat nun auch seinerseits dem Wahlrechtsraub endgültig seine Zustimmung erteilt und der Entrechtung zahlreicher Bürger Rixdorfs seinen Segen gegeben. Einen schwereren Fehler hat der Magistrat von Rixdorf seit Jahren nicht gemacht.

Die Notstandsarbeiten, welche die Stadt gegenwärtig in eigener Regie ausführt, erhalten, wenn man näher hinsieht, ein recht eigenartiges Gepräge. Es muß allgemein Verwunderung hervorgerufen, daß eine Stadt Arbeiten ausführen läßt und dabei beschäftigten Arbeiter nicht einmal gegen Krankheit versichert. Die Tatsache besteht jedoch, die Arbeiter werden nur fünf Tage lang beschäftigt, und das Krankenversicherungsgesetz wird von der Stadtverwaltung auf diese Weise umgangen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade bei dieser Arbeit (Kanalbau) ein Teil der Arbeiter im moralischen Boden halb im Wasser steht. Viele dieser Notstandsarbeiter sind, da sie nicht die Mittel haben, nicht mit geredensprechenden Stiefeln versehen; viele tragen halbzerrissenes Schuhwerk. Daß unter solchen Umständen gerade für diese Arbeiter eine äußere große Krankheitsgefahr besteht, wird jedem einleuchten. Der Arbeiter, der sich in bitterster Not befindet und diesen Rettungsantrag ergeht, um für sich und die Seinen Brot heranzuschaffen, läuft hier Gefahr, krank zu werden und dadurch in noch größere Not zu geraten, da er nicht gegen Krankheit versichert ist. In der Tiefbaudeputation soll auch diese Frage schon einmal angeknüpft worden sein. Da soll es jedoch einer der bekanntesten Wahlrechtsräuber gewesen sein, der mit aller Brutalität eine Aenderung des Zustandes bekämpfte. Der Magistrat scheint sich hinter einen Beschluß zu beschützen, der dahin geht, daß die Arbeiter nur eine Zeitlang beschäftigt und dann entlassen werden, um an deren Stelle andere Arbeitslose treten zu lassen. In der Notstands-Kommission hat man sich vor einiger Zeit mit einer solchen Praktik einverstanden erklärt, um möglichst vielen Kollektanden wenigstens etwas Verdienst zu schaffen, niemand wird jedoch damals daran gedacht haben, daß dieser Beschluß in der eben gerügten Weise ausgelegt werden würde.

And der letzten Magistratsitzung. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die Kosten für die Unterbringung der Rixdorfer Polizeigefangenen in einem Berliner städtischen Gebäude nach den vom Polizeipräsidenten zu treffenden Vereinbarungen erhöht werden und daß der nach dem Polizeistatut fest bestimmte Anteil von der Stadtgemeinde getragen wird. — Ueber die Frage, in welcher Weise die für den 16. Februar dieses Jahres geplante Arbeitslosenzählung stattfinden soll, soll eine gutachtliche Aeußerung der gemischten Deputation zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeholt werden. — Das der Stadtgemeinde gehörige Grundstück an der Straße 45 in Brix soll der Gartenverwaltung zur Anlage einer Baumschule und eines Anzuchtgartens überwiesen werden. — Es wird eine sechsgliedrige Magistratskommission eingesetzt, die darüber beraten soll, welche Maßnahmen gegen Verunstaltungen des Straßenbildes innerhalb des Stadtbezirks zu treffen sind. — Der Magistrat nimmt Kenntnis von den eingegangenen Bewerbungsgesuchen um die Direktorstelle am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium. Die Vorbereitung der Wahl soll durch eine fünfgliedrige Magistratskommission erfolgen, der das Recht zu stehen soll, Sachverständige zu kooperieren. — In der Angelegenheit betr. Erweiterung der Waisenabteilung innerhalb des jetzigen Armenhauses ist der Magistrat damit einverstanden, daß das vom Stadtbaurat Kieß auf Grund der Vorkläufe der hierfür eingesetzten Kommission ausgearbeitete Projekt, das mit einem Kostenbetrage von 900 M. abschließt, zur Ausführung kommt.

Der Magistrat beschließt, der Stadtverordnetenversammlung die Einsetzung einer gemeinschaftlichen aus 15 Mitgliedern (9 Stadtverordneten, 6 Magistratsmitgliedern) bestehenden Kommission vorzuschlagen, die mit den Vorbereitungen für den im Herbst dieses Jahres hier stattfindenden brandenburgischen Städtetag betraut werden soll.

Schöneberg.

Eine „Demonstration“ im Schöneberger Stadtparlament.

Eine schon seit langem vorbereitete lächerliche Komödie führte in der letzten Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung einen frühzeitigen Schluß herbei.

Der Magistrat hatte der Versammlung eine Vorlage betreffend den Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses unterbreitet und beantragte zu diesem Zweck die Bewilligung von 1711 000 M. Die sozialdemokratische Fraktion stellte den Antrag, die Arbeiten so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen und soweit als möglich in eigener Regie auszuführen zu lassen. Während von Seiten der „Unabhängigen Vereinigung“ beantragt wurde, die ganze Vorlage zunächst einem Ausschuss zu überweisen, stellte Stadtv. Kunytsch (liberale Fraktion) im Namen der Krankenhausbau-Deputation den Antrag, die selben in der Vorlage geforderten Isolierpavillons sofort zu bewilligen und zu veranlassen, daß dieselben möglichst bis zum 1. Oktober 1909 fertiggestellt sind. Auch Stadtv. Obst (Soz.) stimmte diesem Vorschlag zu, indem er auf die dringende Notwendigkeit der Errichtung dieser beiden Pavillons hinwies. Die Stadtv. Hejme (Unabh. Vereinig.) und Sandmann (lib. Vereinig.) hielten die Angelegenheit jedoch nicht für so dringend und wandten sich gegen die sofortige Bewilligung der beiden Isolierpavillons. Oberbürgermeister Wilde empfahl den Vorschlag des Stadtverordneten Kunytsch und wies darauf hin, daß das Schöneberger Krankenhaus sehr viel in Anspruch genommen werde und seit langer Zeit fast belegt ist. Weiter machte er darauf aufmerksam, daß man es doch nicht so weit kommen lassen sollte, daß erst wieder die Aufsichtsbehörde die Stadt Schöneberg zwingen müsse, die Isolierpavillons zu errichten.

Im Anschluß an die Ausführungen des Oberbürgermeisters kam es nun zu den gewöhnlichen persönlichen Auseinandersetzungen, die von dem Stadtv. Sandmann (lib. Vg.) veranlaßt wurden. Stadtv. Jöbel (lib. Frakt.) rief einem seiner Fraktionsgenossen, der von dem Stadtv. Sandmann ungeredeterweise persönlich angegriffen wurde, die Worte zu: „Geben Sie ihm doch ein drauf!“ Der Vorsitzende rief den Stadtv. Jöbel zur Ordnung, aber erst nachdem vom Stadtv. Sandmann darauf aufmerksam gemacht worden war. Stadtv. Jöbel hielt den gemachten Jurus aufrecht und erklärte, daß der Stadtv. Sandmann kein Talent besitze, um seine Worte zu verstehen. Darauf begann in den Reihen der „Unabhängigen Vereinigung“ und der „Liberalen Vereinigung“ ein großer Tumult, und die Herren dieser beiden Fraktionen verließen bis auf den letzten Mann den Saal. Die zurückgebliebenen Mitglieder der liberalen Fraktion und der sozialdemokratischen Fraktion reichten zur Verantwortl. Redakteur: Carl Dermuth, Berlin-Rixdorf. Für den

Beschlußfähigkeit nicht aus, und somit mußte die Sitzung geschlossen werden.

Die Herren der „Unabhängigen Vereinigung“ und der „Liberalen Vereinigung“ haben nun einmal ihrem verärgerten Herzen Luft gemacht. Der Plan dazu scheint bereits zu Beginn des Jahres von den Mitgliedern gefaßt zu sein, denn schon in der vorigen Sitzung unternahmen die Herren einen Anlauf zu einem derartigen Vorgehen.

Für die sozialdemokratische Fraktion besteht keine Ursache, sich in diesen persönlichen Zwist einzumischen; sollten jedoch darunter die städtischen Interessen leiden, so werden unsere Genossen selbstverständlich diesem Treiben energisch entgegenzutreten.

Steuern der Stadt Schöneberg für 1909. Es werden erhoben 90 Prozent zur staatlich veranlagten Einkommensteuer; 2 an Gemeindegrundsteuer 2/10 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke und 4/10 pro Mille des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke; 3. als Gewerbesteuer 150 Prozent der staatlich veranlagten Beträge der Klassen 1 und 2 und 100 Prozent der staatlich veranlagten Beträge der Klassen 3 und 4; 4. als Betriebssteuer, neben der Normalbetriebssteuer des Stadtkreises, 50 Prozent Zuschlag der Stadtgemeinde. Von der Heranziehung der staatlich veranlagten Einkommensteuer sätze von 2,40 und 4 Mark ist abgesehen; 5. Umsatzsteuer wird wie bisher 1 Prozent des Wertes der bebauten Grundstücke und 2 Prozent der unbebauten Grundstücke erhoben.

Friedrichshagen.

Der zweite Lichtbildvortrag des Zirkus „Von Urtier zu Menschen“, den der hiesige Arbeiter-Bildungsausschuss veranstaltet hat, findet Freitag, den 29. Januar 1908, abends 8 Uhr im Lesch's Bürgerkaffee, Friedrichstr. 119 (Rundteil) statt. Als Vortragender für den ganzen vierteligen Zirkus wurde bekanntlich Herr R. H. Baage, Dozent an der freien Hochschule Berlin, gewonnen. Der erste Vortrag, der die „Entstehungsgeschichte der Erde“ behandelte, erfreute sich eines regen Besuchs. Im zweiten Vortrag wird Herr Baage über das Thema: „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“ sprechen. Die Beteiligung an dem Vortrage kostet 30 Pf. Karten für alle drei noch stattfindenden Vorträge stellen sich billiger; sie sind zum Preise von 75 Pf. in Lesch's Bürgerkaffee und in den bekannten Bezirkslokalen zu haben. Wir laden zu reger Beteiligung ein. Jeder Vortrag ist in sich abgeschlossen, so daß auch jeder, der den vorhergehenden Vortrag nicht hörte, daran teilnehmen kann.

Nieder-Schöne-weide.

Mit der Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter von 12 auf 18 beschäftigte sich neben anderen Dingen die letzte Gemeindevertreterversammlung. Nachdem der Referent die Notwendigkeit der Erhöhung begründet hatte, wurde der Antrag einer dreigliedrigen Kommission zur Durchberatung überwiesen. Die Kreissteuer wird in diesem Jahre um 1—2 Proz. niedriger in den Etat eingelegt. Für die Gemeindefeuerwehr wurden 300 M. bewilligt. Die von der Gemeinde beabsichtigte und notwendig werdende Einrichtung eines Friedhofes kann noch nicht geteilt werden, da der Forstfiskus das hierzu erforderliche Land noch nicht hergegeben hat; letzteres kann erst dann geteilt werden, wenn für das zur Eingemeindung bestimmte Land der Bebauungsplan vorliegt.

Es wird die höchste Zeit, daß in dieser Frage ein lebhafteres Tempo einsetzt. Bekanntlich läuft in anderthalb Jahren der Vertrag mit Köpenick, wohin die hiesige Gemeinde bisher ihre Toten gebracht hat, ab.

Ober-Schöne-weide.

Im Polizeigewahrsam erhängte sich der 56 Jahre alte Straßenreiner Eisner, dessen Verhaftung wegen Stillschleppersverbrechens erfolgt war. Er wurde in Ober-Schöne-weide überbracht, als er ein neunjähriges Mädchen nach einem unbebauten Grundstück verlockt hatte und sich dort an demselben vergehen wollte. Der Täter wurde nach der Polizeiwache gebracht und dort in vorläufigen Gewahrsam genommen. Als später seine Ueberführung nach dem Untersuchungsgefängnis erfolgen sollte, wurde Eisner am Ofenrohr erhängt vorgefunden. Den Windaufzug, den der Mann zu dem Selbstmord benutzte, hatte er jedenfalls bei sich gehabt. Wie das Mädchen später angab, hatte der Straßenreiner sich schon häufiger in strafbarer Weise vergangen.

Besteuerung des Wertzuwachses. Recht unverständlich ist die ablehnende Haltung der Mehrheit in der hiesigen Gemeindevertretung dieser Frage. Wenn in Erwägung gezogen wird, in welche finanzielle schlechte Lage die Gemeinde gebracht ist durch die ungeheure schnelle Entwicklung des Ortes und der damit zusammenhängenden Anleihepolitik zur Verteilung der in so kurzer Zeitfolge an die Gemeinde herantretenden Bedürfnisse — so ist der ablehnende Standpunkt der Gemeindevertreter doppelt verwirflich.

In letzter Zeit sind der Gemeinde 55 Dektar Forstland eingemeindet, für welches Areal schon ungeheure Summen aufgewendet sind, um es der Bebauung zu erschließen. Müßte die Gemeinde nicht die Zeit aus, so werden die Terraingesellschaften müßelos die ohne Zweifel eintretende Wertsteigerung des Bodens einstreichen, wohingegen der Gemeinde in absehbarer Zeit immense Kosten für Straßenunterhaltung, Schulbauten usw. zufließen werden. Von unseren Genossen ist auch jetzt bei der Vorbereitung des Etats auf diese für die Gemeinde überaus lohnende Einnahmequelle — leider vergeblich hingewiesen worden.

Friedenan.

Die Erbschaftswahl zur Gemeindevertretung findet bereits Anfang nächsten Monats statt. Im bürgerlichen Lager beschäftigt man sich schon reger mit der Aufstellung der Kandidaten. Bis jetzt kommen nicht weniger denn fünf in Betracht. Der Verein für Handel und Gewerbe hat einen Kaufmann Herrn Hans Berger auf den Schild erhoben, während der Gastwirtverein einen Herrn Kieß präsentiert. Im evangelischen Arbeiterverein ist man sich bei der Auswahl der Kandidaten in die Haare geraten. Da von Seiten des Vorstandes ein Herr Oberlehrer vorgeschlagen war, wurde in der letzten Mitgliederversammlung dieses Vereins gegen diesen Vorschlag protestiert und die Aufstellung eines Arbeiteres verlangt. Die Angelegenheit wurde einer Kommission überwiesen, welche die Sache ordnen soll. Das Friedenaner Blättchen beschwört seine Leser, sich ja auf einen Kandidaten zu einigen, da sonst der Sozi in das bisher so gemüthliche Dorparlament einziehen würde. Interessant ist das Verhalten einer Anzahl Geschäftsleute. Vor ein paar Wochen wurden die Arbeiten zum Bau eines Oberrealsgymnasiums in Submission ausgeschrieben. Sämtliche Arbeiten mit zwei Ausnahmen wurden an die Mindestfordernden nach auswärts vergeben. Damals entriesteten sich die Geschäftsleute von Friedenan und wendeten sich einzeln an unsere Genossen mit dem Ersuchen, die Sache im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Diese lehnten es höflich ab und ersuchten die Herren, sich an die von ihnen gewählten Gemeindevertreter zu wenden oder bei der jetzt stattfindenden Erbschaftswahl für die Wahl eines Sozialdemokraten zu wirken. Es ist nun abzuwarten, ob die Leute eine Lehre daraus gezogen haben. Der Kandidat unserer Partei ist der Genosse Paul Richter, Kaufmann.

Reinickendorf-West.

Ein Wachstum der politischen Organisation konnte auch im verflochtenen halben Geschäftsjahr verzeichnet werden. Wie der Vorsitzende des Wahlvereins, Genosse Vahr, in der Generalversammlung mitteilte, sind in den sechs Monaten 45 neue Mitglieder aufgenommen worden, so daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 308 incl. 96 weibliche Mitglieder beträgt. Einer Einnahme von 647,95 M. steht eine Ausgabe von 497 M. gegenüber. In der Berichtszeit wurden 1 öffentliche Versammlung, 2 Mitgliederversammlungen, ein kombinierter Jahlabend und 7 Vorstandssitzungen abgehalten; außerdem wurden drei Flugblattverbreitungen und eine Kalenderverbreitung vorgenommen. Aus der Neuwahl für den Vorstand gingen hervor: 1. Vorsitzender Vahr, 2. Vorsitzender Auschminder,

Kassierer Reuhof, Schriftführer Schif, Beisitzer Genossin Alder, Revisorin Teibl, Hebig und Kleinmann, Bibliothekare Schiller und Bergerwaldhalm. In die Zeitungskommission wurden Hamann und Klingberg und in die Lokalkommission Heinsicht und Demelt gewählt. Eine lebhafteste Diskussion rief die Frage der Beschäftigung nichtorganisierter Reiner in freien Lokalen hervor. Ein Antrag, in welchem es den in freien Lokalen beschäftigten Reiner zur Pflicht gemacht wird, sich dem Zentralverband der Gastwirtschaftsgehilfen anzuschließen, fand einstimmige Annahme.

Mariendorf-Südende.

Ans der Organisation. In der am Dienstag von etwa 120 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erhaltete der Vorsitzende, Genosse Suder, den Vorstandsbericht. Aus dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl ist von 182 auf 217 männliche und 59 weibliche Mitglieder gestiegen. Nach den Beitstellungen der Bezirksführer sind hiervon 165 Mitglieder gewerkschaftlich organisiert; aus der Landesliste sind 58 männliche und 16 weibliche Mitglieder ausgeschieden. Im verflochtenen halben Jahre haben drei Mitgliederversammlungen und eine Vollversammlung stattgefunden; Flugblattverbreitungen fanden drei statt, bei denen 7600 Exemplare zur Verteilung gelangten. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte waren 12 Vorstandssitzungen erforderlich. — Aus demassenbericht des Genossen Med ist folgendes zu entnehmen: 3. Quartal: Einnahme 304,00 M., Ausgabe 244,00 M.; 4. Quartal: Einnahme 260,70 M., Ausgabe 238,23 M., bleibt mithin ein Kassensaldo von 24,57 M. Es folgten nach diesem die Berichte der übrigen Funktionäre des Wahlvereins. Hierbei wird von den Bezirksführern Klage darüber geführt, daß bei den Flugblattverbreitungen die Genossen in ganz geringer Zahl sich beteiligten. Die vorgenommene Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Jeserich; 2. Vorsitzender Genosse Deinet; Kassierer Genosse Med; Schriftführer Genosse Leip; Beisitzerin Genossin Reichardt; Revisoren und Zeitungskommission die Genossen Suder, Singer und Juhn. Als Vertreter der Lokalkommission kommen die Genossen Bösel und Haedel in Betracht. Als Bibliothekare wurden die Genossen Begner und Orseling gewählt. Die Bezirksführer, bestehend aus den Genossen Schwarz, R. Lehmann, Kahner, Deinet, Lig und Herzog wurden von der Generalversammlung bestätigt. — Nach den Wahlen beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Arbeitslosenzählung. Da auch der hiesige Gemeindevorsteher, Herr Weisphal, für eine Arbeitslosenzählung nach dem Hauslistenystem nicht zu haben ist, werden die Gemeindevertreter von den Versammelten beauftragt, in der nächsten Gemeindevertreterversammlung entsprechende Anträge zu stellen. (Ist inzwischen geschehen.) — Zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Suder und Jeserich, zur Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin die Genossen Jeserich, Hebig und Spannberg delegiert.

Mühlensdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst der Gemeindevorsteher beauftragt, die Parzelle 72/35 an die Berliner Stadthöhe aufzulassen. Eine Armenkasse, in welcher die Gemeinde Nieder-Schönhausen 20 M. Unterstützung von hiesiger Gemeinde fordert, da die Familie noch hier anständig ist, wird dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Der Antrag des Steuererhebers O. Sonntag um Erhöhung seines Gehalts um 100 M. jährlich wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, die Bürgersteige zu regulieren. Auf Antrag des Genossen Wärsch soll die Berliner Stadthöhe ersucht werden, bei Ausführung von Kirchhofarbeiten zunächst die hiesigen Arbeiter zu berücksichtigen. Auch soll die Gemeinde Bankos veranlaßt werden, die Lampen, welche die Straße ihres Rittergutes beleuchten, regelmäßig anzufachen zu lassen, damit nicht fortgesetzt Beschwerden einlaufen.

Alt-Ostende.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Sonnabend den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr 1908 entgegen. Wie überall, so konnte auch hier von einer umfangreichen Parteiarbeit berichtet werden. Es fanden statt: 5 Mitgliederversammlungen, 9 öffentliche Versammlungen, 3 Agitationstouren und eine Anzahl Flugblattverbreitungen. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Geschäftsjahres 188 und am Ende desselben 141. Hierbei ist zu bemerken, daß die Wohnort der Genossen, die bisher dem hiesigen Wahlverein angegliedert waren, einen eigenen Wahlverein gegründet haben. Der Kassensbericht weist für das 4. Quartal eine Einnahme von 142,89 M. und eine Ausgabe von 180,35 M. auf. Es ist mithin ein Defizit von 37,56 M. zu verzeichnen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten ist infolge der sich auch hier fühlbar machenden Arbeitslosigkeit von 184 auf 169 zurückgegangen. Aus dem Bericht des Bibliothekars ist hervorzuheben, daß die Bibliothek nicht genügend in Anspruch genommen wurde. Derselbe steht bekanntlich auch den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Verfügung. Aus der Wahl für den Vorstand gingen folgende Genossen hervor: Sühle erster, Dürre zweiter Vorsitzender, König Kassierer, Wilmowski Schriftführer, Georg Seifert und Wilhelmine Dürre Beisitzer. Als Revisoren wurden Winkemann, Belau und Klein und in die Lokalkommission Rein, Dürre und Heinsicht gewählt. Als Zeitungsspediteure fungieren Wilt, Dürre, Kaufmann. Mitglieder der Zeitungskommission sind Seifert, Schröder und Kühle. Als Bezirksführer fungieren für Bezirk I: Dürre, Bezirk II: Kühle, Bezirk III: Heinsicht, Bezirk IV: Kämpel, Bezirk V: Dayer und Heinrich Schulz. Als Bibliothekar wurden Winkemann und Grau gewählt. Zur Kreis-Generalversammlung wurden Hauptmann und Schneider delegiert.

Jossen.

In der gut besuchten Generalversammlung gab Genosse Gieske den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß am 17. Januar 1909 121 männliche und 17 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Es fanden statt: 12 Mitgliederversammlungen, 3 Volksversammlungen, außerdem 2 Agitationsoverammlungen in Dabendorf und Rächst-Neudorf. Der Jahresbericht des Kassierers Genosse Saupé ergab folgendes: Die Gesamteinnahme betrug 485,02 M., die Ausgabe 400,31 M., mithin blieb ein Bestand von 84,71 M. An den Zentralvorstand wurden 243,98 M. abgeführt. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Saupé; 2. Vorsitzender Genosse Budzus; Kassierer Genosse Wilmann; Schriftführer Genosse Jeserich; als Beisitzerin Genossin Tischerich; Lokalkommission Genosse Wilschendorf und Genosse Robert Scholz; Revisoren Genosse Rafow und Genosse Rönnebeck; Parteispediteur Genosse Ratusch; Richterlicher und Bibliothekar Genosse Gieske. Bezirksführer: 1. Bezirk Genosse E. Lehmann; 2. Bezirk Genosse Biesmad; 3. Bezirk Genosse Börnide; 4. Bezirk Genosse Wiesen; 5. Bezirk (Dabendorf) Genosse Wendorf. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Tischerich und Wilmann sowie Genossin Tischerich delegiert. Unter Verschiedenem wurde noch eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die Vorbereitung den in diesem Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu erledigen hat. In die Kommission wurden gewählt die Genossen O. Kofow, E. Rönnebeck, W. Gieske, R. Grobe und Jul Piedrad.

Bernau.

Landesdiebstähle. Schon seit längerer Zeit wurden von den Kolonisten, größtenteils Berliner Arbeitern, welche sich in der Gegend von Schwanebeck, Jepernitz usw. bei Bernau angeheilt haben, laute Klagen über fortgesetzte Einbrüche in ihren dortigen Döbchen usw. geführt. Die Diebe nahmen was sie fanden, Anzüge, Ketten, Gartengeräte, kurzum alles, was ihnen in den Weg kam, selbst Wirtschaftsgüter wie Äpfel, Kammern usw. mit. Nachdem die Polizei schon längere Zeit Spuren verfolgte, gelang es derselben endlich am Montag, die Diebe in der Person der Arbeiter Brülle und Koldowitsch, Weinbergstraße hier selbst wohnhaft, zu ermitteln. Eine Hausdurchsuchung förderte ein ganzes Lager von obengenannten Gegenständen ans Tageslicht, welches von der Polizei beschlagnahmt wurde. Brülle und Koldowitsch wurden in Untersuchungshaft genommen.